

Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen der Stadt Wien

Büro für Auslandsbeziehungen

Mit Beschluß des Wiener Gemeinderats vom 7. November 1994 wurde ein Ressort für Außenbeziehungen der Stadt Wien eingerichtet, das vom Amtsführenden Stadtrat Dr. Hannes Swoboda geleitet wird. Zur Unterstützung und Betreuung der außenpolitischen Aktivitäten der Geschäftsgruppe wurde zudem das Büro für Auslandsbeziehungen neu geschaffen. Im ersten Arbeitsjahr des geschaffenen Ressorts für Außenbeziehungen der Stadt Wien konnten die komplexen politischen Handlungsbereiche, die sich für die Bundeshauptstadt ergeben, erfolgreich in Angriff genommen werden. „Stadtaußenpolitik“ versteht sich im komplementären Sinne zur Diplomatie der Bundesregierung. Spezifische Schwerpunkte resultierten aus den neuen Herausforderungen u. a. durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, den Reformprozeß in den Nachbarländern sowie den globalen Wettbewerb um Wirtschaftsstandorte.

Wien in Europa

Durch den EU-Beitritt Österreichs ergaben sich für die verschiedenen Gebietskörperschaften neue Aufgabenstellungen. Dem Subsidiaritätsprinzip Rechnung tragend konnte Wien im ersten Jahr der Mitgliedschaft seine spezifischen Interessen in den Entscheidungsprozeß der EU einbringen. Im Ausschuß der Regionen (AdR), der sich aus insgesamt 222 Vertretern regionaler und lokaler Gebietskörperschaften zusammensetzt und in dem von Wiener Seite Bürgermeister Dr. Michael Häupl und Außenstadtrat Dr. Hannes Swoboda vertreten sind, brachte Wien in diesem ersten Jahr der Vollmitgliedschaft durch aktive Teilnahme in den Fachkommissionen 3 (Verkehrs- und Kommunikationsnetze), im Unterausschuß 3 (Telekommunikation) und in der Fachkommission 4 (Städtepolitik) seine urbane Kompetenz ein. Unter anderem wurde für die Regierungskonferenz '96 die Forderung nach Aufwertung des AdR zu einem Organ der EU sowie Verankerung des Klagerechts für Regionen mit Gesetzgebungskompetenzen vorbereitet.

Um Wien als zentraleuropäische Metropole und als Drehscheibe zwischen Ost und West in der EU zu positionieren, wurden gemeinsam mit der Magistratsdirektion umfangreiche Vorbereitungsarbeiten für die Inbetriebnahme des Wiener Verbindungsbüros in Brüssel im Laufe des Berichtsjahres getätigt. Das bereits umgewidmete Haus in der Avenue de Trevuren mit einer Fläche von 650 m² ist ein Teil der Magistratsdirektion und wird in Büro-Gemeinschaft mit dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) geführt.

Umfassende Europainformation sowie eine breitangelegte Diskussion über die gesamteuropäische Integration konnten in der Arbeit des Europaforum Wien umgesetzt werden.

Mit der am 21. Dezember erfolgten Zustimmung der Europäischen Kommission im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN startete ein umfassendes mit EU-Mitteln unterstütztes Programm zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Revitalisierung der Gürtelzone und anschließender Stadtgebiete. Ebenso konnte auch die Teilnahme Wiens am EU-Förderprogramm INTERREG zur grenzüberschreitenden Kooperation mit den Nachbarstaaten Ungarn, Slowakei und Tschechische Republik gesichert werden.

Wien – „Gemeinsam Initiativen setzen“

Unter der Vorsitzführung Wiens widmete sich die Arbeitsgemeinschaft Donauländer (ARGE-Donauländer) den Schwerpunkten Migration und Flüchtlinge, Verkehr und Wirtschaftskooperationen. Vor allem durch die Gründung des Ost-West-Komitees der Städteinitiative EURO CITIES sowie in deren Unterorganisation „Telecities“ konnte Wien an dem Ziel, die Interessen europäischer Städte in der EU zu vertreten, aktiv mitarbeiten. Im Oktober trafen sich auf Einladung Athens Bürgermeister südosteuropäischer Hauptstädte zu einem Gedankenaustausch. Dank der Initiative Wiens erörterten Repräsentanten der Hauptstädte Ex-Jugoslawiens anlässlich dieser Konferenz gemeinsam Probleme. Der Know-how-Austausch auf bilateraler Ebene konzentrierte sich u. a. auf die Hauptstädte in Nachbarländern (Budapest, Prag, Bratislava, Laibach, Zagreb, Belgrad und Sarajewo).

„Wien hilft“ – Die humanitäre Seite der Auslandsbeziehungen

Humanitäres Engagement konnte in Hilfsprojekten in Gaza (Medikamentenlieferung) und Albanien (Saatgut und landwirtschaftliche Maschinen für ehemalige politische Gefangene, Stadtplanungsprojekte) aber v. a. in Bosnien gezeigt werden. Der Stadtrat für Außenbeziehungen Dr. Hannes Swoboda überreichte im Jänner Bürgermeister Dr. Tarik Kupusović in Sarajewo einen Betrag von 300.000 Schilling als Soforthilfe. Bei einem „Bosnien-Forum“ im Rathaus im Dezember wurde gemeinsam mit Dr. Kupusović die „Zukunftspartnerschaft Wien – Sarajewo“ initiiert. Anlässlich „50 Jahre Befreiung vom NS-Regime“ setzte Wien Gesten des Dankes bei den ehemaligen Alliierten.

ten des 2. Weltkrieges Großbritannien, USA und Rußland durch die Mitfinanzierung eines Sonderkindergartens in London, die Einladung von behinderten Jugendlichen aus 46 US-Bundesstaaten nach Wien sowie durch die Lieferung von medizinisch-technischen Geräten an Moskauer Spitäler.

Offensive Außenwirtschaftspolitik

Mit dem Ziel, einerseits Wien als Wirtschaftsstandort zu stärken und Wiener Unternehmen andererseits Exportmärkte zu eröffnen, konzentrierten sich die internationalen Beziehungen der Stadt auch auf die Pflege bzw. Herstellung von Wirtschaftskontakten auf wichtigen internationalen Märkten. Mit Unterstützung des Vienna Representative Office in Tokyo wurde das „Wien-Festival“ in der südjapanischen Millionenstadt Fukuoka mit einer erfolgreichen „Vienna-Product“-Präsentation im Kaufhaus Iwataya Ende Oktober durchgeführt. In Asien konnte im Mai 1995 ein zweites Wiener Asien-Büro in Hong Kong eröffnet werden. Zu diesem Anlaß konnten Stadtrat Swoboda und Wirtschaftskammer-Präsident Walter Nettig u. a. Gespräche mit dem britischen Gouverneur Chris Patten und offiziellen Vertretern Chinas führen. Weiters unterzeichnete Dr. Swoboda im April 1995 mit dem Vizebürgermeister von Peking Zheng Yi ein „Memorandum of Understanding“ über die Errichtung einer Müllverbrennungsanlage in der chinesischen Hauptstadt. Neben follow-up-Aktivitäten und der Kontaktpflege in Südostasien und den USA fand in Europa die Wiener Wirtschaftsoffensive in Präsentationen in Cannes, Brüssel, Oslo und London ihren Niederschlag.

Wien – Ort der internationalen Begegnung

Wien ist mit New York und Genf einer der drei Hauptsitze der Vereinten Nationen und seit Jänner 1995 überdies die einzige UNO-Stadt in der EU. Einer der Höhepunkte für die Stadt war im vergangenen Jahr der Besuch des UNO-Generalsekretärs Dr. Boutros-Ghali, welcher mit einem Besuchsprogramm in Wien das Jubiläumsjahr („50 Jahre Vereinte Nationen“) einleitete.

Stadtentwicklung und Stadtplanung

Nach Vorliegen des Stadtentwicklungsplanes und des Verkehrskonzeptes galt es, in Befolgung des Gemeinderatsbeschlusses Vorsorge für die Schließung des Wald- und Wiesengürtels im Süden und Nordosten der Stadt zu treffen und Konzepte zur Umsetzung der beschlossenen Pläne zu erarbeiten. Diese Tätigkeit bildeten Arbeitsschwerpunkte des Jahres 1995.

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union brachte neue Aufgabenstellungen für die Abteilung hinsichtlich multilateraler Projekte. Daneben wurden aber auch die Aktivitäten von Mitarbeitern der Abteilung in internationalen Organisationen bzw. im internationalen Rahmen weitergeführt: In der Gruppe für städtische Angelegenheiten beim OECD-Umweltkomitee (OECD-Environment Directorate – Group on Urban Affairs) ist Österreich durch einen Mitarbeiter der Abteilung vertreten. In der Projektgruppe „Die Ökologische Stadt“, die mit besonderer Priorität versehen wurde, soll den in Städten besonders deutlich hervortretenden Problemen der Umweltbelastung mit integrativen Strategien entgegengetreten werden. In dieser Projektgruppe ist der Wiener Vertreter auch einer der stellvertretenden Vorsitzenden.

Über Einladung der Stadt Berlin hat Wien, obwohl Österreich damals noch kein EU-Mitglied war, in einem Städtenetzwerk im Rahmen des ECOS-Programmes der EU mitgewirkt. Zwei Arbeiten wurden im Berichtsjahr abgeschlossen:

Es handelte sich dabei um eine vergleichende Studie von Städten in West- und Mitteleuropa hinsichtlich Verkehr und Migration („Comparative Studies for Metropolitan Areas in Western and Central Europe concerning the Topics, Transport and Migration“), an der – neben Berlin und Wien – Brüssel, Budapest und Lissabon teilnahmen. Die Ergebnisse zeigten, daß mehrere Problemfelder in den fünf Städten durchaus vergleichbar sind und daher ein weiterführender Gedankenaustausch in Richtung gelungener Problemlösungen („best practices“) sinnvoll erscheint. Berlin (Migration) und Wien (Verkehr) sind daher bemüht, finanzielle Unterstützung der EU für Folgeprojekte unter Einbeziehung einer größeren Zahl von Partnerstädten zu erhalten.

Durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union (EU) ergaben sich nicht nur neue Bedingungen für internationale Zusammenarbeit, sondern auch Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Förderungsaktionen:

Vor allen anderen ist hier die von der Stadtplanungsabteilung in maßgeblicher Funktion betriebene Einreichung des URBAN-Projektes „Gürtel Plus“ zu nennen:

Die Gemeinschaftsinitiative „URBAN“ zielt auf die Verbesserung der Lebensbedingungen in städtischen Problemgebieten. Daher soll in Wien durch wirtschaftliche, arbeitsmarktpolitische, soziale und kulturelle Initiativen die Chancengleichheit der Bewohner des ausgewählten Stadtgebietes, ungeachtet ihrer Herkunft und in enger Zusammenarbeit mit ihnen, deutlich und nachhaltig verbessert werden. Zu diesem Zweck wurde ein operationelles Programm für jenes Gebiet von Wien entwickelt, das im Sinne der Problemlage die meisten bzw. größten Defizite aufweist (überalterte Bausubstanz, schlechte Wohnungsausstattung, hoher Ausländeranteil, hohe Arbeitslosenrate): die Zone entlang des Westgürtels (siehe Tafel nach S. 256). Der Projekteinreichung wurden neben der Entwicklung

eines problemorientierten Projektmanagements drei miteinander sachlich und räumlich verknüpfte Themenschwerpunkte (Prioritätsachsen) zugrunde gelegt:

- Sanieren und Arbeit Schaffen durch Qualifizieren, Organisieren und Investieren (SAQUORI). Der Sanierungsbedarf der Gebäude und öffentlichen Räume im Gebiet bietet ein weites Spektrum für Beschäftigungsinitiativen. Dabei sollen ökologische Kriterien und die Revitalisierung der lokalen Wirtschaftsstruktur beispielhaft erwähnt werden.
- Neue soziale und kulturelle Öffentlichkeit (NESKÖFF). Die öffentliche Selbstdarstellung der unterschiedlichen Lebensgefühle und kulturellen Bedürfnisse soll die Integration von sozial und ethnisch abseits stehenden Gruppen ermöglichen. Als Mittel dazu bieten sich unter anderem Selbsthilfegruppen und Öffentlichkeitsarbeit an.
- URBAN Intervention Gürtel West (URBION). Hier steht der „eigentliche“ Gürtelbereich im Mittelpunkt, der sich als (nicht nur im Problemgebiet) nachgefragtes Terrain für eine multikulturelle Jugendkultur, Avantgarde anbietet.
- Projektmanagement, technische Hilfe (PROTECH) für Abwicklung und Monitoring des Programmes.

Die Finanzierung der 31,9 MECU (rund 410 Millionen Schilling) über den vorgesehenen Zeitraum bis 1999 soll durch den Bund (im Rahmen von Aktivitäten, die auch sonst gefördert würden), die Stadt Wien (ebenso), Private und zu knapp 40 Prozent durch die EU (EFRE und ESF) erfolgen.

Daneben wurden zahlreiche weitere Initiativen gesetzt, EU-Mittel für Projekte, an denen Wien beteiligt ist, zu nutzen. Ein Schwerpunkt der Abteilung lag dabei im Telematik-Bereich, für den gemeinsam mit in- und ausländischen Partnern Projekte im Rahmen entsprechender EU-Programme entwickelt wurden.

In der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) war das Land Wien in diversen Gremien durch die Abteilung vertreten und hat an der Erarbeitung von Grundlagen und Empfehlungen mitgewirkt. Die Beratungen der ÖROK konzentrierten sich im vergangenen Jahr auf jene Gebiete Österreichs, für die regionale Förderungen der Europäischen Union in Anspruch genommen werden können sowie auf die diesbezüglichen innerösterreichischen Abstimmungen. Die Abteilung war insbesondere mit Beiträgen zu INTEREG-Programmen und mit Vorschlägen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eingebunden.

Im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost (PGO), einer gemeinsamen Organisation der Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien zur Vorbereitung und Koordinierung raumrelevanter Aktivitäten, wurden folgende Ergebnisse erarbeitet:

Zur Beurteilung verkehrlicher und siedlungspolitischer Maßnahmen im Sinne einer guten Positionierung Wiens und der gemeinsamen Region mit Niederösterreich und Burgenland in der Europäischen Union und zu den benachbarten Reformstaaten wurde von den drei Ländern eine „Straßenverkehrserhebung Außenverkehrsregion Wien“ beauftragt. Erhoben wurden die Quelle-Ziel-Beziehungen für die Wien und die Region betreffenden nationalen und internationalen Relationen in Form einer Postkartenbefragung, ergänzt durch Querschnittszählungen. Ergebnisse sind in der ersten Jahreshälfte 1996 zu erwarten. In enger Abstimmung mit dieser Verkehrserhebung wird an der Aktualisierung der „Verkehrsentwicklung in der Ostregion“ (mit Prognose für 2010) gearbeitet. Dazu sollen aktuelle Befragungen an 14 Grenzstellen Aufschlüsse über die Verkehrsbeziehungen der Ostregion zu den benachbarten Staaten geben.

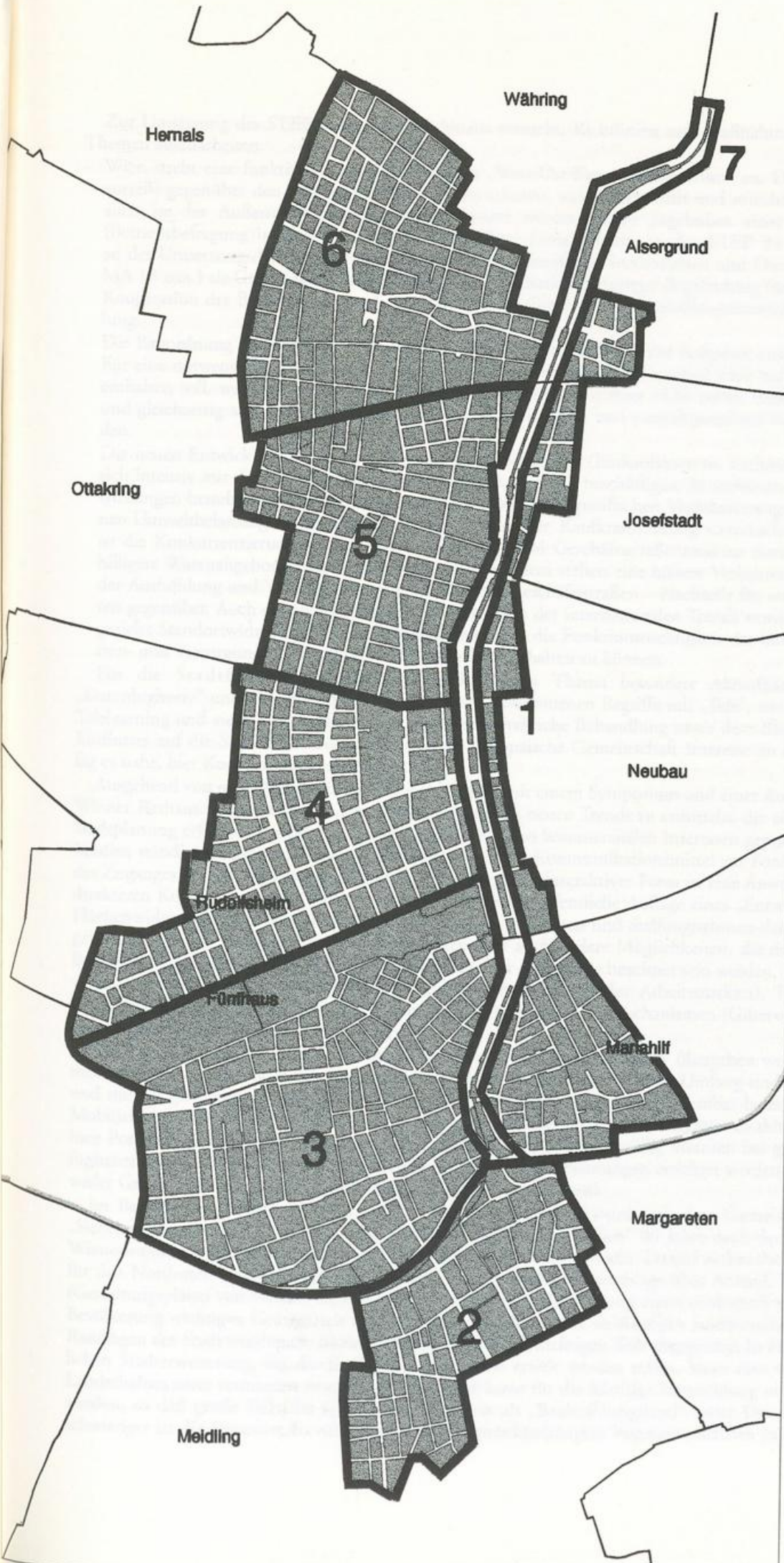
Auf diesen Erhebungen beruhen die Arbeiten zum „Verkehrskonzept Nordraum Wien“, analog zu jenem bereits abgeschlossenen für den Südraum, um eine Beurteilung einzelner Projekte hinsichtlich ihrer Wirkungen auf die Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung des untersuchten Gebietes zu ermöglichen.

Am 29. Juni 1995 wurde im Wiener Landtag das von der PGO ausgearbeitete „Siedlungspolitische Konzept Ostregion“ (SKO) beschlossen. Durch die Konzentration der Bebauung in Entwicklungszentren außerhalb des Umlandes sowie durch eine kompaktere und flächensparendere Bebauung, gemeinsam mit einer effektiven Sicherung der Grüngebiete, soll die weitere Zersiedlung des Wiener Umlandes verhindert werden. Wesentliches Element des SKO ist die Verbesserung der Verkehrsangebote durch den Ausbau des Schienenregional- und Nahverkehrssystems. Künftig sollen die zentralen Bereiche (d. h. die Mehrzahl der Arbeitsplätze) in Wien von Zentren der Region aus in der gleichen Zeit erreicht werden können, wie etwa die Innenstadt aus den Wiener Randbezirken. Das flächenhafte Siedlungswachstum im Umland soll gebremst werden, um ein weiteres Anwachsen des KFZ-Verkehrs und damit der Umweltproblematik zu verhindern und Landschaftspotentiale zu erhalten.

Am 10. und 11. Oktober 1995 fand im Wiener Rathaus die Enquete „Neue Europaregion – neue Dynamik“ statt, bei der sowohl Politiker wie auch Fachleute eine verstärkte Zusammenarbeit in der Ostregion einmahnten.

Im Rahmen der Umsetzung des Stadtentwicklungsplanes 1994 (STEP 94) bildeten jene Maßnahmen, die zur Erreichung der darin getroffenen Festlegungen dienen, das Haupttätigkeitsfeld.

Der am 15. April 1994 vom Wiener Gemeinderat beschlossene STEP 94 – ergänzt um das Maßnahmenprogramm zum Verkehrskonzept und um das Landschafts- und Freiraumkonzept für den Nordosten sowie den Süden und Westen Wiens – legt die langfristigen Ziele für die Stadt- und die Verkehrsentwicklung fest. Die Zielvorstellungen für eine qualitätvolle und umweltschonende Stadtentwicklung sind räumlich konkretisiert in drei Karten dargestellt, welche die Grundlage für die auszuarbeitenden Leitlinien der Bezirksentwicklung und Stadtteilplanungen, sowie für parzellenscharfe Festlegungen in Form der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne darstellen. Dementsprechend bildete auch die Mitwirkung bei den Festlegungen und Veranlassungen der nachgeordneten Ebenen der Stadtplanung einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeiten.



URBAN - WIEN Gürtel plus

Magistrat der Stadt Wien

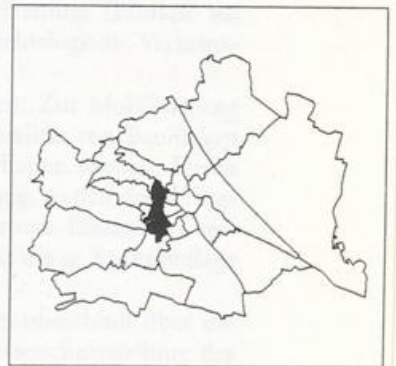
Geschäftsgruppe Stadtentwicklung,
Stadtplanung und Außenbeziehungen
der Stadt Wien

GEBIETSABGRENZUNG

Tellgebietsabgrenzung

- 1 Innengürtel
- 2 Gaudenzdorf-Wilhelmsdorf
- 3 Rudolfsh.-Fünfhaus: Süden
- 4 Rudolfsh.-Fünfhaus: Norden
- 5 Neulerchenfeld
- 6 Kalvarienbergviertel
- 7 Gürtelraum

— Bezirksgrenze
Gebietsübersicht



Wien

STADTPLANUNG WIEN

URBAN - WIEN
GÜTEL plus

Wien

GERÄTEERZEUGUNG
URBAN

Tafelberg

Roboter

Wien

Wien

Wien

Wien

Wien

Wien

Wien

Wien

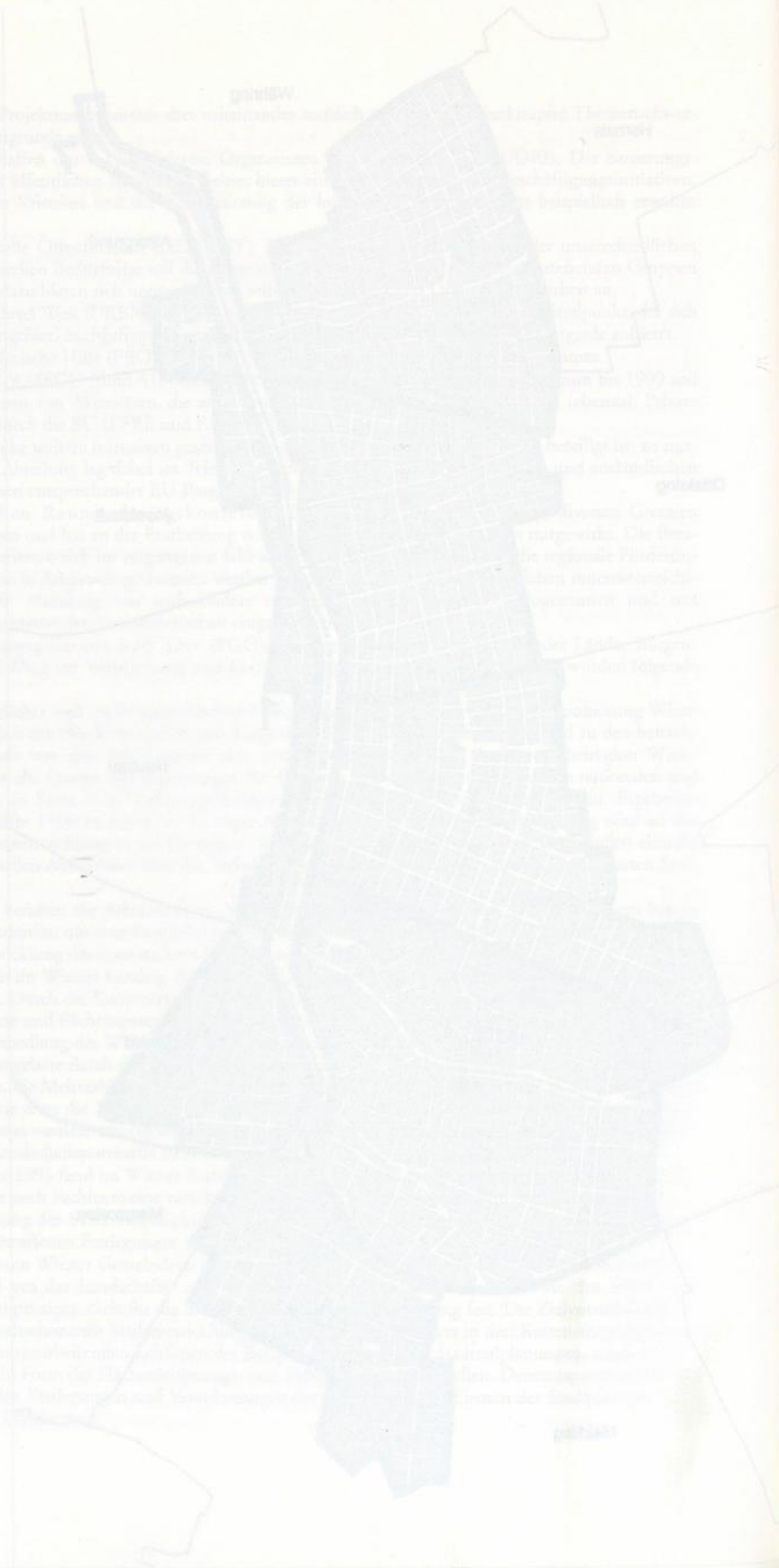
Wien

Wien

Wien

Wien

STÄTTPLANNING WIEN



Zur Umsetzung des STEP wurde darüber hinaus versucht, Richtlinien und Maßnahmenvorschläge zu folgenden Themen auszuarbeiten:

- Wien strebt eine funktionale Spezialisierung als „West-Ost-Kompetenzzentrum“ an. Dazu müssen die Standortvorteile gegenüber den konkurrierenden Städten erkannt, weiter ausgebaut und sowohl in der Innenwirkung wie auch in der Außenwahrnehmung stärker betont werden. Erste Ergebnisse einer breit angelegten Studie (Betriebsbefragung in deutschen Städten und Wien) flossen bereits in den STEP 94 ein und sollen auch den an der Umsetzung der übergeordneten Zielsetzungen beteiligten Institutionen und Dienststellen (WWFF, WBSF, MA 18 usw.) als Grundlage dienen. Daraus ergab sich auch eine weitere Begründung für eine verbesserte regionale Kooperation der Bundesländer und der Länderregion Ost hinsichtlich Siedlungsentwicklung und Betriebsansiedlung.
- Die Bauordnung für Wien (BO-W) erfüllt in ihrem ersten Abschnitt die Aufgaben eines Raumordnungsgesetzes. Für eine notwendig gewordene Neufassung des § 1, der die raumordnerischen Ziele auf der Grundlage des STEP enthalten soll, wurden zahlreiche Vorschläge ausgearbeitet. Mit ihrer Hilfe sollen Fehlentwicklungen verhindert und gleichzeitig angestrebte Ziele im Sinne einer nachhaltigen und umweltgerechten Entwicklung gefördert werden.
- Die neuen Entwicklungen bei Großformen des Einzelhandels (Einkaufszentren, Fachmarktzentren) waren Anlaß, sich intensiv mit der Beeinflußbarkeit der Folgewirkungen zu beschäftigen. In mehreren Studien wurden die Auswirkungen bestehender Fachmarktzentren hinsichtlich ihrer spezifischen Verkehrserzeugung und damit verbundener Umweltbelastungen, des Flächenverbrauchs und der Kaufkraftbindung untersucht. Am meisten nachteilig ist die Konkurrenzierung der bestehenden Zentren- und Geschäftsstraßenstruktur durch das gleiche, aber meist billigere Warenangebot in Stadtrandlagen anzusehen; dem stehen eine höhere Verkehrserzeugung und – als Folge der Aushöhlung und Verödung der gut erreichbaren Geschäftsstraßen – Nachteile für weniger mobile Konsumenten gegenüber. Auch die zu erwartenden Auswirkungen der internationalen Trends wurden abgeschätzt, um durch gezielte Standortwidmung und Größenbeschränkungen die Funktionstüchtigkeit der historisch gewachsenen Zentren- und Versorgungsinfrastruktur weiterhin aufrechterhalten zu können.

Für die Stadtforschung gewann ein sehr junges Thema besondere Aktualität: Telematik. „Internet“, „Datenhighway“ und die unterschiedlichen in Mode gekommenen Begriffe mit „Tele“, wie Telearbeit, Teleshopping, Telelearning und viele andere erfordern deren wissenschaftliche Behandlung unter dem Blickwinkel ihres möglichen Einflusses auf die Stadtentwicklung. Da auch die Europäische Gemeinschaft Interesse an dieser Entwicklung zeigt, lag es nahe, hier Kooperationen einzuleiten.

Ausgehend von einer Veranstaltung „Global Village“ mit einem Symposium und einer Ausstellung/Präsentation im Wiener Rathaus wurde versucht, jene Elemente in diesen neuen Trends zu ermitteln, die eine allfällige Reaktion der Stadtplanung erfordern, wobei die – sicher maßgeblich von kommerziellen Interessen geprägte – Entwicklung dieser Medien ständig neu einzuschätzen ist. Die Nutzung dieser Kommunikationsmittel zur Förderung und Erleichterung des Zuganges der Bevölkerung zu Informationen in gezielter interaktiver Form ist eine Anwendung im Interesse eines direkteren Kontaktes mit den Bürgern. Als Test wurde die öffentliche Auflage eines „Entwurfes zur Festsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes“ via Internet angeboten und Stellungnahmen dazu auf gleichem Weg eingeholt. Die neuen Kommunikationsformen bieten aber auch andere Möglichkeiten, die das künftige Verhalten der Bevölkerung beeinflussen könnten. Als Themen, die hier genauer zu beachten sein werden, können beispielhaft Telearbeit (verkehrsvermindernd, Erweiterung und Strukturänderung des Arbeitsmarktes), Telelearning (Einfluß auf Qualifikationsniveau) oder auch die verschiedenen Formen von Regelmechanismen (Güterverkehrslogistik, Verkehrsteilnehmer-Information usw.) genannt werden.

Der Baulückenkataster konnte fertiggestellt und an die künftigen Nutzer übergeben werden. Zur Mobilisierung innerstädtischer Reserven wurde ein Kataster entworfen und erstellt, in dem Umfang und Qualität von Baulücken und minder genutzten Liegenschaften im dichtbebauten Stadtgebiet aktuell abrufbar bereitgehalten werden. Deren Mobilisierung ist von vielen Faktoren, nicht zuletzt von der Bereitschaft der Eigentümer abhängig, so daß das verfügbare Potential nicht genau angegeben werden kann. Größenordnungsmäßig könnten bei gezieltem Einsatz der verfügbaren Instrumente theoretisch insgesamt bis zu 12–13.000 Wohnungen errichtet werden, für die in Stadtrandlage weder Grünland geopfert noch Infrastruktur geschaffen werden muß.

Im Bereich der generellen Grün- und Freiraumplanung wurde mit dem Gemeinderatsbeschluß über die „Sicherung eines übergeordneten Grün- und Freiraumsystems in Wien“ 90 Jahre nach der Unterschutzstellung des Wienerwaldes das Ziel eines geschlossenen Grüngürtels um Wien erreicht. Darauf aufbauend werden – ähnlich wie es für den Nordosten bereits ausgearbeitet wurde – durch konkrete Vorschläge über Ankauf, Widmung und Nutzung (Gestaltungspläne) von Flächen auch die Grundlagen für die Realisierung dieses ökologisch und für die Erholung der Bevölkerung wichtigen Grüngürtels erarbeitet. Aus den meist eher weitläufigen landwirtschaftlichen Flächen in den Randlagen der Stadt wurden die ökologisch und funktionell wichtigen Teile abgegrenzt. In Einklang mit der erforderlichen Stadterweiterung, für die brauchbare Strukturen erzielt werden sollen, kann eine weitere Zersiedelung des Landschaftsraumes vermieden werden. Gewisse Spielräume für die künftige Entwicklung müssen aber offengehalten werden, so daß große Teile des Grünlandes weiterhin als „Bauhoffnungsland“ unter Druck stehen werden. Noch schwieriger ist die Situation der oftmals schon sehr zurückgedrängten Vegetationsflächen in den Höfen des dichtbe-

bauten Stadtgebietes. Das bestehende Rechtsinstrumentarium bietet nur in wenigen Fällen eine Handhabe gegen weitere Zerstörung und so gut wie keine für die Wiederherstellung der noch im vergangenen Jahrhundert sehr zahlreichen Hausgärten. Die bevorstehende Novellierung der Bauordnung für Wien bot den Anlaß, hier Vorschläge einzubringen. Schließlich sind auch historische Gärten in ihrem Erscheinungsbild nur unzureichend vor störenden Zugriffen gesichert. Im Sinne einer denkmalpflegerischen Behandlung stand eine Bestandsaufnahme der Schutzwürdigkeit solcher Garten- und Parkanlagen am Anfang einer intensiveren Beschäftigung mit dieser Thematik.

Der Beantwortung einer aktuellen, aber dennoch kaum gestellten Frage waren zwei Aktivitäten der Freiraumplanung gewidmet: Wie soll ein Park des ausgehenden 20. Jahrhunderts gestaltet sein? Im vergangenen Jahr wurden daher zwei Wettbewerbe begonnen, von denen sich einer mit einem Detail dieser komplexen Frage auseinandergesetzt hat. Für zehn Örtlichkeiten wurden die besten Ideen für kostengünstig umzusetzende Land-Art-Installationen gesucht. Nach Entscheidung des Preisgerichtes wurden sieben realisiert und vermittelten der Bevölkerung einen Eindruck über die aktuellen Möglichkeiten und Wege, Attraktivitäten im Freiraum anzubieten. Als Beispiele sollen das Schattenkino an der Donaustadtstraße, der Zwergengarten oder die Schmetterlingsrampe erwähnt werden. Alle Installationen wurden nach Dokumentation, die auch veröffentlicht wird, wieder entfernt. Der zweite Wettbewerb hat die Gestaltung einer Parkanlage im Stadterweiterungsgebiet Hirschstetten, also in relativer Nähe zum „natürlichen“ Freiraum, zum Ziel; dessen Jurierung wird erst 1996 erfolgen.

Die Anforderungen an die Bundesstraßenplanung werden immer komplexer. So mußten auf Grund der zusätzlichen Anforderungen des Bundesministeriums im Zusammenhang mit dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz für die bereits früher eingereichten Projekte B 13a und B 227/B 14/B 10 umfangreiche Adaptierungsarbeiten durchgeführt werden, um Generelle Genehmigungen zu erwirken.

Für die vorgesehenen Stadterweiterungsgebiete im 22. Bezirk wurde im Rahmen der Generellen Bundesstraßenplanung ein Generelles Projekt für die B 3d-Donau Straße, Abzweigung Hirschstetten, bearbeitet. Dabei wurde insbesondere im Hinblick auf die Verbindung mit Niederösterreich die Trasse bis zur Landesgrenze entlang der Ostbahn festgelegt. Hier ergab sich auch die Notwendigkeit, diese Planung mit jener der ÖBB über den Ausbau der S 80 abzustimmen.

Im Bereich der Landesgrenze Wien – Niederösterreich wurde weiters ein Generelles Projekt für die B 10a-Buda- pester Straße, Abzweigung Schwechat, zur Anbindung des Albener Hafens ausgearbeitet.

Der zentrale Bereich von Floridsdorf, der heute von der Floridsdorfer Hauptstraße und der Brünner Straße (derzeitige B 226/B 7) geprägt ist, wurde nach verkehrlichen, stadtstrukturellen und gestalterischen Gesichtspunkten im Rahmen einer Generellen Studie bearbeitet. Dabei wurde besonders auf eine verbesserte Situation für Fußgänger und Radfahrer, eine Aufwertung der Einkaufsstraße und auf eine Begrünung des Straßenraumes Bedacht genommen.

Das fertiggestellte Hauptnetz für den Radverkehr wurde im Rahmen der Radverkehrsplanung innerhalb der Abteilung mit den Bezirksverantwortlichen abgestimmt und der Öffentlichkeit präsentiert. Anschließend wurde dieses Konzept zur Umsetzung den zuständigen Fachabteilungen übergeben, die bereits Folgebearbeitungen in Lauf gesetzt haben. Des weiteren wurden die Daten (Routen) in das Geographische Informationssystem der Stadt Wien (GIS) aufgenommen, um eine praktikable Grundlage für Aktualisierungen, Ergänzungen und Erweiterungen zur Hand zu haben.

Damit am 1. August 1995 die flächendeckende Parkraumbewirtschaftung auch in den Bezirken 6 bis 9 eingeführt werden konnte, wurden die generellen Planungsaspekte für diese Maßnahme vorher in der Parkraumbewirtschaftungskommission behandelt. Diese setzt sich aus politischen Vertretern der betroffenen Bezirke, des Wiener Gemeinderates, der Interessensvertretungen (Wirtschafts- und Arbeiterkammer), den Wiener Verkehrsbetrieben und den zuständigen Fachdienststellen des Magistrates zusammen. Von dieser Kommission wurde auch festgelegt, daß die verkehrlichen Auswirkungen dieser Reglementierung genau untersucht werden sollen. Dazu war es wichtig, die wesentlichen mobilitätsbestimmenden Faktoren und die Einschätzungen der Bevölkerung zu dieser Maßnahme noch vor deren Einführung zu erfassen (Vorher-Untersuchung). Die Vorbereitungen zur Nachher-Untersuchung waren Ende 1995 bereits angelaufen, so daß Ergebnisse Mitte 1996 erwartet werden. Diese sind jedenfalls Voraussetzung für Entscheidungen über eine allfällige weitere Ausdehnung des Gebietes.

In Zusammenwirken mit der PGO hat die Abteilung auch die Überlegungen zum Regionalverkehr intensiv weitergeführt. Neben den bereits vorher erwähnten Analysen und Planungen für den Nordostraum (Wien und Niederösterreich nördlich der Donau) wurde aus gegebenem Anlaß auch das Projekt eines Donau-Oder-Elbe-Kanals hinsichtlich österreichischer und internationaler Auswirkungen geprüft.

Die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) erfüllen in Wien einen wichtigen Teil der ÖV-Aufgaben, die mit den im Einflußbereich der Stadt Wien stehenden Verkehrsträgern (v. a. Wiener Linien) abzustimmen sind. Als Folge der Privatisierung der ÖBB wird der wirtschaftliche Nutzen von Strecken höher eingestuft, als die gemeinwirtschaftliche Aufgabe der Verkehrsbedienung. Daraus ergibt sich ein vermehrter Aufwand für die Wiener Verkehrsplanung, das vorhandene Schienennetz in Abstimmung mit der Stadtentwicklung optimal zu nutzen. Die solcherart erarbeiteten technischen Vorschläge sind Grundlage für Verhandlungen mit dem Bund über die Finanzierung solcher Maßnahmen.

Neben den laufenden Verhandlungen und Abstimmungen zwischen ÖBB und Stadt Wien, beispielsweise zu zahlreichen Einzelmaßnahmen und zur Fahrplangestaltung, die mit wechselndem Erfolg geführt werden, standen für Wien Intervallverdichtungen und Park & Ride-Anlagen im Vordergrund.

Die Vorlage eines Entwurfes der Europäischen Union für ein Transeuropäisches Schienennetz, das in Österreich lediglich die Brennerstrecke als hochwertig einstuft, und andererseits Bestrebungen einer „Magistrale für Europa“, die von München aus zunächst Wien und Budapest erreichen soll, waren Anlaß, die Interessen Wiens gegenüber der EU zu definieren und zu vertreten. In vergleichbarem Zusammenhang ist auch eine Untersuchung gemeinsam mit den Mitgliedsländern der „ARGE-Donauländer“ (d. h. aller Anrainerländer der Donau) zu sehen, in der vor allem mit Blickrichtung auf die östlichen Nachbarn zunächst eine Bestandserhebung aller Verkehrsplanungen durchgeführt wurde.

Die Generelle U-Bahnplanung befaßte sich 1995 vor allem mit den im Generellen Maßnahmenprogramm des Verkehrskonzeptes angesprochenen Variantenuntersuchungen der vier Linienverlängerungen, welche einer genauen Kosten-/Nutzen-Beurteilung zu unterziehen sind.

Die Arbeiten über die Linienverlängerung U1-Süd (von Reumannplatz Richtung Rothneusiedl) und U6-Nord (von Franz-Jonas-Platz Richtung Stammersdorf) sind angelaufen, jene für die Planung der U1-Nord (von Kagran Richtung Rennbahnweg) werden einem EU-weiten Vergabeverfahren unterzogen und sind daher erst später möglich.

Die Variantenuntersuchung über die Erschließung des Raumes Stadlau/Aspern durch eine U-Bahnlinie – entwickelt aus einer Verlängerung der U2 ab Karlsplatz über den Praterstern oder die Schlachthausgasse, oder einer Verzweigung der U3 in Erdberg – steht vor der Fertigstellung.

Die Oberflächenplanung und Folgemaßnahmen mit Hauptaugenmerk auf die künftige Gestaltung der Simmeringer Hauptstraße im Rahmen der Generellen Planung U3-Ost konnte abgeschlossen und den zuständigen Dienststellen zur Detailplanung übergeben werden.

Unter das Kapitel Sonderaufgaben fiel neben der Ausstellungs- und Veranstaltungstätigkeit des Architekturzentrums Wien im Messepalast/Museumsquartier (gemeinsam mit der Geschäftsgruppe Kultur und dem Unterrichtsministerium) auch die Abhaltung des 6. Architekturseminars in der Remise Vorgartenstraße. Unter dem Titel „Der öffentliche Raum“ wurde die grundsätzliche Problematik zunächst theoretisch in einem Symposium und anschließend an konkreteren Projekten behandelt.

Gemeinsam mit der MA 21A wurde im Museumsquartier und an vielen anderen Örtlichkeiten in Wien das Festival „80 Tage Wien-Architektur“ durchgeführt. In Anlehnung an Jules Vernes Roman wurde vom Architekturzentrum Wien in den 80 Tagen vom 25. August 1995 bis 12. November 1995 eine Entdeckungsreise durch den eigenen „Lebensraum Stadt“ angeboten. Es war eines der wesentlichen Motive von „80 Tage Wien“, die Stadt zu öffnen und für Besucher wie Bewohner erlebbar zu machen und in der Erfahrbarkeit von Stadtplanung und Architektur neue Wege zu zeigen; ein anderes Motiv war die Transparenz, die Vermittlung von Informationen an die Wienerinnen und Wiener. Nicht zuletzt sollte dem neuen Klima der Stadtentwicklung und Architektur in Wien Rechnung getragen werden, das sich seit einigen Jahren auch zunehmend internationaler Beachtung erfreut.

Es wurde versucht, den unterschiedlichen Bedürfnissen des an Architektur, Stadtplanung und Kultur interessierten Publikums gerecht zu werden, aber auch der breiten Öffentlichkeit (Familien, Schüler usw.) einen Zugang zum Thema zu ermöglichen. Nicht zuletzt hat das Festival selbst viele andere Kulturinitiativen, Architektengruppen, Magistratsabteilungen und Künstler animiert, das „Abenteuer Stadt“ mit Ausstellungen und Events vor Ort zu erkunden und damit zu einem die ganze Stadt überspannenden Ereignis zu machen.

Die Abteilung ist gemäß Geschäftseinteilung für die fachliche Öffentlichkeitsarbeit aller Planungsdienststellen der Geschäftsgruppe zuständig. In enger Zusammenarbeit mit dem Büro der Geschäftsgruppe, der Gruppe Planung der Stadtbaudirektion und den Abteilungen 19, 21 A, 21 B, 21 C und 53 wurden zahlreiche Ausstellungen in der Wiener Planungswerkstatt und vor Ort in den Bezirken und verschiedene Präsentationen im In- und Ausland durchgeführt. Daneben wurden einige Konferenzen und Symposien organisiert und 22 Broschüren, Folder und Bücher produziert.

Bei den Ausstellungen in der Wiener Planungswerkstatt sind besonders die Themen Stadtachse U1-Kagran, Wien – Stadtmöbel und Wien – Architektur hervorzuheben. Internationale Beiträge zum Thema lieferten Präsentationen des Architekten Bogdan Bogdanovich und Arbeiten Kroatischer Architekten. Darüber hinaus wurden den Architekten Otto Wagner und Adolf Loos Ausstellungen gewidmet. In den Bezirken fanden Präsentationen zu den Themen Stadterweiterungsgebiete (Langobardenstraße, Floridsdorf, Simmering), Bezirksentwicklungsplanungen Innen-West (Bezirke 1 bis 9 und 14 bis 20), der Schule in Wien 23, Carlberggasse, eine Plandokumentauflage mittels Internet, Fußgängerfreundliche Planungen in der Roßau, Planungen des Karmeliter Viertels sowie der Grünvernetzung im 14. Bezirk statt. Die Geschäftsgruppe Stadtplanung war auch bei der Fahrradmesse, der 19. INTA-Konferenz in Wien sowie beim Donauinseltfest durch Beiträge zur aktuellen Stadtentwicklung präsent. Die Ausstellung „Wien auf dem Weg ins 21. Jahrhundert“ wurde anlässlich einer UNO-Vorbereitungskonferenz zur HABITAT II in den Vereinigten Arabischen Emiraten (Dubai) gezeigt. Die mehrsprachig gestalteten Ausstellungen über Stadterhaltung, Stadterneuerung und Architektur wurden in Laibach, Dresden und Madrid gezeigt.

Konferenzen, Fachtagungen bzw. Bürgerveranstaltungen zu den Themen Stadtentwicklungsplan, 1000 ha-Programm und Verkehrskonzept für Wien sowie zum Leben und Arbeiten in Floridsdorf und Donaustadt (Fachtagung „5 vor 21“) wurden organisiert.

Im Rahmen der Reihe „Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung“ wurden Beiträge zu den Themen Bspielbare Stadt, Sport in der Stadt und eine Kurzfassung des Stadtentwicklungsplanes und des Ver-

kehrskonzeptes in englischer Sprache publiziert. In der Reihe „Werkstattberichte“, d. h. einfach gestaltete Berichte im Rahmen dieser Reihe, gab es einen Beitrag zur nachhaltigen Stadt. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten drei Broschüren im Rahmen der Reihe „Der Stand der Dinge“ zu den Themen Wien – Stadterhaltung/Stadterneuerung, Wien – Stadtmöbel und Wien – Architektur. Weiters wurde eine aktualisierte und erweiterte Fassung des Handbuchs für Kleingärtner mit dem Titel „Das Kleingartenwohnhaus“ herausgebracht.

In der Wiener Planungswerkstatt und in den angeschlossenen Vortragsräumen wurden zahlreiche Fachvorträge zur aktuellen Situation der Wiener Stadtplanung und Architektur gehalten. Im Rahmen der Besuche von Delegationen ausländischer Fachleute wurden über 50 Gruppen mit einer Gesamtteilnehmeranzahl von rund 1.000 Personen durch Mitarbeiter der Planungsabteilungen informiert und betreut.

Neben der Verwendung der bekannten und bewährten Informationsmedien (Pläne, Bücher, Broschüren usw.) erscheint der Einsatz moderner Technologien, wie schon im Jahr 1994, gerade in Zusammenhang mit den zu vermittelnden auf die Zukunft gerichteten Inhalten besonders interessant. Mit einem weiteren Versuch wurde deren Wirksamkeit und die praktischen Einsatzmöglichkeiten getestet: Im Zuge der Ausstellung für die Planungen „Innen-West“ wurde eine Bild- und Tondokumentation auf CD-ROM erarbeitet. Auf diesem Medium sind vorerst 20 aktuelle Planungen und Projekte unterschiedlich detailliert dokumentiert, wobei sowohl dem Standort und dem Projekt als auch den Architekten entsprechendes Augenmerk geschenkt wird.

Architektur und Stadtgestaltung

Im Rahmen der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen der Stadt Wien sind der Abteilung Agenden der „Stadtgestaltung“ übertragen. Laut Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien sind darunter folgende Schwerpunkttätigkeiten zu verstehen:

- Mitwirkung an der Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen
- Erstellung von Entwürfen von Projekten für die Gestaltung öffentlicher Räume
- Vergabe von Architektenleistungen an Ziviltechniker und deren Betreuung, Anbots- und Rechnungsprüfung, Führung von Vertragsverhandlungen und Koordinieren des Planungsablaufes
- Verfassen von Plänen für städtische Hochbauten
- Architektonische Begutachtung und Beratung im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens
- Stadterhaltung und architektonische Begutachtung im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens in Schutzzonen
- Beratung in architektonischen und städtebaulichen Gestaltungsfragen, Beauftragung von Studien und Durchführung von Architekturwettbewerben.

Die übertragenen Tätigkeiten werden in folgenden Referaten wahrgenommen:

1. Gestaltung öffentlicher Raum
2. Generelle Grundlagenplanung
3. Städtischer Nutzbau
4. Architektonische Begutachtung
5. Stadterhaltung – Schutzzonen

Die unterschiedlichen Planungsaufgaben werden in Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen, Interessensvertretungen, politischen Institutionen und nicht zuletzt mit der Bevölkerung erarbeitet und tragen wesentlich zur Prägung des Stadtbildes bei.

Mit der Beauftragung von Ziviltechnikern (Architekten) und Konsulenten sind oft schwierige Vertragsverhandlungen und Gebührenberechnungen sowie umfangreiche Schlußabrechnungen für langfristige Bauvorhaben verbunden. Die Abteilung hat in diesem Fall die Preisprüfung für Architektenleistungen im Rahmen der Stadt Wien wahrzunehmen; sie wird laufend von Fachdienststellen, den Stadtwerken-Wiener Linien, Wienstrom, Kuratorien und sonstigen Institutionen zu Gebührenfragen beigezogen. Bei Überschneidungen von Ziviltechnikerleistungen sowie bei Bauvorhaben größeren Umfanges ist eine beratende Tätigkeit im Rahmen der MD-Stadtbaudirektion, Dezernat 4, mit Prüfungen, Begutachtungen und Mitarbeit an den Vertragsverhandlungen wahrzunehmen. In Anbetracht der Besonderheit einzelner Projekte wurden Sonderregelungen getroffen, so daß Honorare eingespart werden konnten.

1. Referat „Gestaltung öffentlicher Raum“

Im Referat „Gestaltung öffentlicher Raum“ stehen jene Planungen im Vordergrund, die neben verkehrsberuhigenden Maßnahmen vor allem die gestalterische und funktionelle Verbesserung des Wohnumfeldes zum Inhalt haben.

Diese Tätigkeit umfaßt grundsätzlich vier Arbeitsbereiche:

- 1.1 Oberflächenplanungen
- 1.2 Möbelierung des öffentlichen Raumes
- 1.3 Diverse andere Gestaltungsaufgaben
- 1.4 Begutachtung von privaten Ansuchen im öffentlichen Raum

1.1 Oberflächenplanungen

Für Projekte, die im Rahmen der U-Bahnplanung betrieben werden, wie z. B. U3-Ost (Bauabschnitte U3/19–U3/22, 11, Simmeringer Hauptstraße, U3-West (Bauabschnitte U3/16–U3/18, 16, Vorplatzbereiche Paltaufgasse), U6-Nord (Bauabschnitte U6/11–U6/16, 21, Franz-Jonas-Platz, wird die begleitende Oberflächengestaltung der diversen Stationsvorplätze bzw. der Straßenplanung fortgesetzt.

Oberflächenplanungen, werden weiterbearbeitet, wobei es sich teilweise um Architektenbeauftragungen handelt, wie z. B. in B1 – Lothringer Straße, 1, Georg-Coch-Platz, 2, Karmeliterviertel, 3, Radetzkyplatz, 3, Landstraßer Hauptstraße 2. Teil, 20, Gaußplatz, 22, Süßenbrunn Ortskern bzw. um Eigenplanungen der Abteilung, wie 1, Singerstraße, 5, Margaretenplatz, 5, Am Hundsturm, 6, Fritz-Grünbaum-Platz, 7, Siebensternplatz, 10, Kurhalle Oberlaa-Vorplatz, 15, Äußere Mariahilfer Straße, 21, Amtsstraße, 23, Maurer Hauptplatz, 23, Kalksburger Kirchenplatz und weitere 40 kleinere Projekte.

Eine umfangreiche Tätigkeit des Referates betrifft die neuen Oberflächenplanungen für 10 Stadterweiterungsgebiete (11., 21. und 22. Bezirk). In Abstimmung mit den diversen Planungsträgern, den befaßten Architekten und den beteiligten Dienststellen werden konzeptionell und im Detail Oberflächenprojekte erarbeitet, wobei mit möglichst geringem finanziellem Aufwand optimale Gestaltungsstrukturen entstehen sollen.

Mitgearbeitet bzw. federführend war die Abteilung in den Arbeitskreisen 1, Donaukanalbereich – Innere Stadt, 2, Praterstraße (Überarbeitung der bestehenden Gestaltung), 10, Studie Fußgeherzone – Favoritenstraße (Überarbeitung der bestehenden Gestaltung), Fachkommission Verkehr – Straßenraumgestaltung, wie beim Gestaltungskonzept „URBAN-WIEN – Gürtel Plus“ (Gumpendorfer Straße – Nußdorfer Straße).

1.2 Möblierung des öffentlichen Raumes

In den letzten Jahren war die Überarbeitung der gesamten Stadtmöblierung ein ganz wesentlicher Bestandteil der Tätigkeit des Referates, wobei Neuentwicklungen ausgearbeitet und in Form von Prototypen der Öffentlichkeit im Rahmen von zwei Ausstellungen („Wiener Stadtmöbel“ in der Planungswerkstätte und im Zuge des Architekturfestivals „80 Tage Wien“ auf der Mariahilfer Straße) 1995 präsentiert wurden. Eine Bearbeitung für folgende neue Möblierungselemente wurde durchgeführt:

- „Rechnungsgesteuertes Betriebsleitsystem“ – Anzeigen gemeinsam mit den Wiener Linien
 - kostenpflichtige Fahrradabstellanlagen (Boxensystem) gemeinsam mit dem ÖAMTC
 - Überdachte Fahrradabstellanlagen (nicht kostenpflichtig)
 - graphische Überarbeitung der Stationsumgebungspläne gemeinsam mit den Wiener Linien und der ADV
- Begleitend wurde gemeinsam mit der MA 18 die Broschüre „Stand der Dinge – Wiener Stadtmöbel“ hergestellt. Eine Weiterbearbeitung des Ringstraßenbeleuchtungs- und -möblierungskonzeptes ist ein ebenso bedeutendes Bearbeitungsgebiet. Eine phasenweise Verwirklichung, möglichst ohne verlorenen Aufwand, wird gewährleistet.

1.3 Diverse andere Gestaltungsaufgaben bzw. damit zusammenhängende Agenden

Die gestalterischen Begleitbearbeitungen bzw. Begutachtungen von Straßenprojekten der MA 28, die Teilnahme an Koordinierungsbesprechungen im Rahmen der Dezentralisierung für alle 23 Bezirke, die Teilnahme an den Besprechungen im Zuge der U-Bahnplanungen (Innenausbauausschuß Leitsysteme, Architektur usw.) wie an Bürgerdiskussionen (projektsbezogen) wurden durchgeführt. Öffentlichkeitsarbeit wurde im Zuge von Pressekonferenzen, Ausstellungen usw. geleistet.

1.4 Begutachtung von Ansuchen für private Einrichtungen im öffentlichen Raum

Durch eine abteilungsinterne Umstrukturierung wurde dieser Aufgabenbereich aus funktions- und gestaltungsbezogenen Aspekten in das Referat „Gestaltung öffentlicher Raum“ seit September 1995 integriert.

Folgende Themengebiete werden behandelt:

- Schanigärten, Kioske, Warenausräumungen, Automaten, Vitrinen, Postkasten, Litfaßsäulen usw.
- Die Erarbeitung einer Studie über Schanigärten und deren Möblierung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer, dem WIFI und dem Institut für Fremdenverkehrsentwicklung wurde begonnen und soll 1996 fortgesetzt werden.
- Weiterbearbeitung der praxisgerechten Umsetzung der Ergebnisse des Wettbewerbes „Kioske im öffentlichen Raum“ im Bewilligungsverfahren.

Seit September 1995 wurden rund 130 Ansuchen behandelt.

2. Referat „Generelle Grundlagenplanung“

Im Rahmen dieses Referates werden grundsätzliche stadtgestalterische Fragestellungen und Themen behandelt sowie städtebauliche Großprojekte in Hinblick auf ihre stadtgestalterische Relevanz überprüft und gegebenenfalls deren Entwicklung bzw. Umsetzung begleitet.

2.1 Stadterhaltungskonzept

Schwerpunktmäßig stand die Weiterentwicklung des neuen Stadterhaltungskonzeptes hinsichtlich der Neuformulierung des Schutzzonengedankens im Vordergrund. Im Sinne dieses Konzeptes wurden im Zuge der Neubearbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für die Schutzzonen Hetzendorf, Pötzleinsdorf, Atzgersdorf, Neuwaldegg, Oberdöbling und Kahlenbergerdorf Objektkategorisierungen sowie detaillierte städtebauliche Untersuchungen zwecks Überprüfung der Schutzzonenabgrenzungen und Bebauungsbestimmungen durchgeführt. Schriftliche Begründungen der Unterschutzstellungsmaßnahmen konnten hierbei für Pötzleinsdorf, Atzgersdorf, Neuwaldegg und Kahlenbergerdorf ausgearbeitet werden. Für Hetzendorf und Oberdöbling soll dies 1996 nachgeführt werden.

Die 1994 neu erstellte Ausstellung zum Thema Stadterhaltung wurde 1995 in Laibach, Madrid und Dresden präsentiert, wobei auch Kontakte mit den jeweiligen Dienststellen im Ausland stattgefunden haben und Vergleiche mit dem neuen Schutzzonenmodell von Wien gezogen werden konnte. Die Wiener Architekturausstellung wurde hierbei, mit Ausnahme von Dresden, ebenfalls gleichzeitig zur Schau gestellt.

Von Prof. Achleitner wurde für den 6. und den 14. Bezirk eine Bewertung der Bauten aus der Zwischenkriegszeit durchgeführt. Aus dieser Bewertung heraus sollen in der Folge für hochwertige Ensemblegebiete Schutzmaßnahmen festgelegt bzw. Gestaltungskonzepte (für großflächige Siedlungen) ausgearbeitet werden.

Der seit 1991 aufliegende Schutzzonenatlas wurde auf Grund der jeweiligen Neufeststellungen entsprechend aktualisiert.

In Zusammenarbeit mit der MD-ADV wurde, im Sinne der Arbeitsschritte für das neue Schutzzonenmodell für Wien, für die Schutzzoneninventarisierung ein EDV-Programm zur Erfassung von Häuserdaten entwickelt. In diesem sollen im Jahr 1996 entsprechende Inventarisationsdaten erfaßt und in ein geographisches Informationssystem (GIS) übertragen werden.

2.2 Koordinierung von Planungsabläufen

Donau-City

Die städtebauliche Entwicklung der künftigen Donau-City, die Gestaltung der öffentlichen Bereiche innerhalb und in den Randzonen des neuen Stadtteils sowie der sozialen Infrastruktur wurde weiterhin in Arbeitskreisen unter Mitwirkung bzw. Federführung der Abteilung koordiniert. Die entstehenden Hochbauprojekte (Wohnbauteil, Boardinghouse, Hotel) wurden auf ihre städtebauliche und gestalterische Verträglichkeit überprüft.

Wienfluß

Das „Gestaltungsprojekt Wienfluß 1991“ wurde aktualisiert, um Vorbereitungen für weitere Planungsstufen treffen zu können. Im Bereich der Wienflußmündung ergaben neue Randbedingungen bei der Projektierung des Entlastungskanals Abänderungen für das Oberflächenprojekt.

Nordsteg und Nordbrücke, Donaustadtbrücke

Die notwendige Sanierung der Nordbrücke erfordert die Errichtung einer zweispurigen Ersatzbrücke über die Donau und Neue Donau. Diese soll so gestaltet werden, daß sie nach der Sanierung der Nordbrücke dauerhaft von Radfahrern und Fußgehern genutzt werden kann.

Die architektonische Begleitplanung für beide Brücken wurde und wird weiterhin von der Abteilung betreut und koordiniert, ebenso wie die der neuen Donaustadtbrücke.

Lärmschutzwände

Durch das steigende Verkehrsaufkommen im Wiener Stadtgebiet, aber auch infolge der in Aussicht genommenen Reaktivierung von ÖBB-Stammstrecken (z. B. Floridsdorfer Hochbahn) sowie Intervallverdichtungen auf Schnellbahnstrecken und den damit verbundenen höheren Lärmpegeln nimmt das Erfordernis an Lärmschutzmaßnahmen zu. Die vermehrte Ausführung von Lärmschutzwänden, auch im Bundesstraßenbereich, hatte deren gestalterische Begleitarbeitung zur Folge.

Lärmschutzkatalog

Für das Jahr 1996 ist die Erstellung eines Lärmschutzkataloges vorgesehen, in dem alle im europäischen Raum gängigen Lärmschutzsysteme gesammelt und Parameter wie Herstellungs-, Wartungs-, Instandhaltungs- und Erneuerungskosten, Lebensdauer und als wesentlicher Punkt die Gestaltungsmöglichkeiten ausführlich und vergleichbar klassifiziert werden. Es wird angestrebt, daß sich unter der Federführung der Stadt Wien und des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr alle österreichischen Bundesländer aktiv an der Erstellung dieses Kataloges beteiligen, indem gemeinsam die Wünsche und Anforderungen formuliert werden, die in der Studie behandelt werden sollen. Vorarbeiten dazu erfolgten im Jahre 1995.

2.3 380 kV-Leitungen

In enger Zusammenarbeit mit den Wiener Stadtwerken – Wiener Linien und Ziviltechnikern (Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen) wurden die aktuellen Projekte (z. B. 380 kV-Leitung Bisamberg im Bereich Schutzzone Hagenbrunner Straße, Umlegung der Freileitung Kraftwerk Donaustadt-Simmering) weiter bearbeitet.

2.4 Visualisierung

Um Planungsabsichten gegenüber Dritten objektiver vermitteln zu können, werden laufend moderne Technologien (CAD, CD-I, CD-ROM) auf ihre Einsatzfähigkeit für die Stadtplanung überprüft.

In diesem Zusammenhang wurde gemeinsam mit der MA 21B der Bereich Meidlinger Hauptstraße/Philadelphiabrücke von der Firma Grintec auf Grundlage der Mehrzweckkarte dreidimensional dargestellt, wobei das von der Firma Grintec entwickelte Programm „GO-3DM“ zur Anwendung kam.

Dieses Programm wurde in der Folge im Rahmen des Arbeitskreises Stadtplanung und EDV zum Ankauf für die Stadt Wien empfohlen und soll im Jahr 1996 in der Planungsabteilung der Stadtplanung Wien zum Einsatz kommen.

2.5 Kleingartenhandbuch

Am 25. Juli 1994 wurde das Wiener Kleingartengesetz unter Berücksichtigung der im Auftrag der Abteilung von Arch. Hagmüller erstellten Kleingartenstudie novelliert.

Nunmehr ist in Wien auf Erholungsgebiete Kleingärten – Ganzjähriges Wohnen gewidmeten Flächen die Errichtung von „Kleingartenwohnhäusern“ (50 m² Grundfläche, 5,5 m Gebäudehöhe, 250 m³ Gesamtstruktur) möglich.

Um die neuen möglichen Gestaltungsspielräume aufzuzeigen und zu interpretieren, wurde im Auftrag und in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung von Arch. Hagmüller ein Handbuch „Das Kleingartenwohnhaus“ erarbeitet. Nachdem die 1. Auflage rasch vergriffen war, wurde eine 2. Auflage nachgedruckt.

2.6 Ausstellung „Wien Architektur – Der Stand der Dinge“

Um den hohen Standard der Wiener Architektur international zu präsentieren, wurde im Auftrag und in permanenter Zusammenarbeit mit den Architekten Kapfinger und Sarnitz die Ausstellung „Wien Architektur – Der Stand der Dinge“ sowie ein umfangreicher Ausstellungskatalog erstellt. Die Präsentation fand am 6. Juni 1995 in der Wiener Planungswerkstatt statt.

2.7 Mitarbeit in Arbeitskreisen

Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit

Der Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit, der unter anderem von Vertretern der MA 18, 19, 21A, 21B, 21C gebildet wird, hat die Aufgabe, die Tätigkeiten der Abteilungen öffentlich wirksam darzustellen und zu koordinieren (Ausstellungen, Grätzelfeste usw.). Insbesondere werden Kontakte zum Stadtratbüro, zu Pressestellen der Stadt Wien (die ebenfalls Vertreter in den Arbeitskreis entsenden) sowie zu öffentlichkeitswirksamen Institutionen koordiniert (Architekturzentrum, Wiener Planungswerkstatt u. a.). Die Grundlagen für die Darstellung der Stadtplanungsabteilungen im „Internet“ wurden vorbereitet.

FNA 133

Dieser Fachnormenausschuß beschäftigt sich mit der Normierung „graphischer Öffentlichkeitsinformationen“ (Bildzeichen). Er setzt sich aus Vertretern der Privatwirtschaft (Semperit), Handelskammer, Österreich-Werbung und Vertretern der Stadt Wien, unter anderem der MA 19, zusammen. Derzeit wird die ÖNORM überarbeitet und um mehrere neue Piktogramme erweitert.

S 80/B 3d

In Zusammenarbeit mit ÖBB, MA 18 und MA 21C wurde die künftige Trasse der B 3d sowie die künftige Bahntrasse der S 80 vor allem in ihrer Höhenlage strukturell und gestalterisch behandelt.

Arbeitskreis U-Bahnverlängerungen

Trassenvarianten für eine mögliche U-Bahnführung in den Nordosten Wiens wie auch die Verlängerung der U6 nach Norden wurden in Arbeitskreisen bearbeitet, wobei von der Abteilung die gestaltungsrelevanten Fragestellungen behandelt wurden.

2.8 Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, Bezirksentwicklungspläne

Zu den laufenden Überarbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes sowie zu den Entwürfen der Bezirksentwicklungspläne wurden Stellungnahmen aus Sicht der Stadtgestaltung abgegeben.

3. Referat „Städtischer Nutzbau“

In diesem Referat sind alle städtischen Hochbauplanungen mit Ausnahme des Wohnbaues zusammengefaßt, wobei eine weitere Aufgliederung vorgenommen wurde, wie in

3.1 Schulbau

3.2 Kindergärten, Heime

3.3 Sport- und Bäderbau, Amtshäuser, Museen, Feuerwehr, Rettung und diverse Nutzbauten

3.4 Krankenanstalten und Pflegeheime

Die anfallenden Planungsaufträge werden teils durch Eigenplanungstätigkeit, teils durch Vergabe an Ziviltechniker erfüllt, wobei es dem Referat obliegt – ausgehend von der Grundlagenbeschaffung –, den Planungsablauf bis zur Fertigstellung der Bauwerke zu koordinieren.

Bei Fremdvergaben sind Vertragsverhandlungen zu führen, Honoraransprüche bis zur Schlußrechnung zu prüfen und gestalterische und funktionelle Anliegen während der Planungs- und Bauphase zu wahren. Die Projekte werden nach Ausarbeitung des Vorentwurfes den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

3.1 Schulbau

Im Schulbau der Stadt Wien haben verschiedene zum Teil bereits einige Jahre zurückliegende gesetzliche Maßnahmen zur Schulorganisation, wie Reduktion der Klassenschülerhöchstzahl, Einführung von Förder- und Leistungsgruppen, Integration von behinderten Kindern sowie diverse Schulversuche, zusammen mit steigenden Geburtenraten und Zuwanderung, zu einem erheblichen Mehrbedarf an Klassenraum geführt. Seit Juli 1993 gibt es außerdem gesetzliche Grundlagen für ganztägige Schulformen, wofür ebenfalls Schulraum (Freizeitbereich, Küche, Speisesaal usw.) geschaffen werden muß.

Diesem Umstand wurde im Rahmen der Schulraumkommission Rechnung getragen und zur Deckung des Schulraumbedarfes ein eigenes Bauprogramm aufgestellt. Unter dem Titel „Schulbauprogramm 2000“ wurde seit 1990 die Planung für 68 Schulneubauten und Schulerweiterungen aufgenommen, wofür Investitionen von rund 10 Milliarden Schilling aufzuwenden sind.

Die Umsetzung der von der Schulverwaltung eingereichten Raumprogramme ist in Entwurf und Planung Aufgabe der Abteilung. Sie gestaltet sich in vielen Fällen äußerst schwierig, da vor allem im innerstädtischen Gebiet kaum ausreichend große Bauplätze zur Verfügung stehen. Die Folge sind längere und aufwendigere Planungs- und Bauphasen, verbunden mit etappenweiser Errichtung und Abbruch von Altgebäuden.

Als Entscheidungsgrundlage für die Auswahl der Standorte und für die Vorgangsweise hinsichtlich der Planungsbeauftragungen wurden im Schulbaureferat erforderlichenfalls Bebauungsstudien erstellt. Durch eine solche gewissenhafte Aufbereitung von Planungsvorhaben konnte die Beschlußfassung in den übergeordneten Gremien erleichtert und somit auch der Ausbauwunsch der Schulverwaltung rascher erfüllt werden.

Im letzten Jahr wurden Bebauungsstudien für die Erweiterung bzw. den Neubau folgender Schulstandorte erstellt: für die Hauptschule in 2, Novaragasse, Volks- und Hauptschule in 8, Pfeilgasse und in 11, Enkplatz sowie für die Volksschulen in 11, Wilhelm-Kress-Platz, 20, Vorgartenstraße 50 und 21, Rittingergasse.

Das „Schulprogramm 2000“, für das im vergangenen Jahr für allgemeinbildende Pflichtschulen 1,1 Milliarden Schilling und für berufsbildende Pflichtschulen 180 Millionen Schilling zur Verfügung standen, wurde mit neuen Vorentwurfsplanungen weitergeführt.

Die Planungen für neue Schulbauprojekte wurden begonnen, und zwar für die Hauptschule in 9, Glaser-gasse, das 3. Zentralberufsschulgebäude und die Volksschule in 12, Längenfeldgasse, die Volksschule in 21, Rittingergasse, die Hauptschule in 21, Peitlgasse, die Volks- und Hauptschule in 22, Am Kaisermühlendamm, die Hauptschule in 23, Steiner-gasse, und für die Volksschulen in 23, nördlich Franz-Schuhmeier-gasse und Erlaaer Straße.

3.2 Kindergärten und Heime

Der Arbeitsbereich des Referates Kindergärten und Heime umfaßt alle im Verwaltungsbereich des Amtes für Jugend und Familie liegenden Bauvorhaben; das sind Neubau und Instandsetzung aller städtischen Kindergärten, Kinderheime und Kindererholungsheime, Krisenwohngemeinschaften sowie Jugendämter und sonstige Beratungsstellen der MA 11.

Steigende Geburtenzahlen sowie eine verstärkte Zuwanderung führten in den letzten Jahren zu einer raschen Bevölkerungszunahme. Parallel zu den zu errichtenden Wohnungen ist ein flächendeckender Ausbau von Kindertagesheimen angelaufen. Das Verhältnis von neu zu errichtenden Wohnungen zu einer Kindergartengruppe wird derzeit auf Grund einer von der Infrastrukturkommission festgesetzten Formel ermittelt. Unter Berücksichtigung verschiedener Parameter wird ein Verhältnis von ca. 180–220 Wohneinheiten: 1 Kindertagesheim-Gruppe erreicht (bisher 90:1). Als Zielvorstellung wird eine Nutzfläche von 150 m² und eine Freifläche von 600 m² pro Gruppe angenommen. Derzeit beträgt der Anteil an städtischen Kindergärten rund 54 Prozent. In 343 Kindergärten können insgesamt 34.539 Kinder betreut werden.

Das verstärkte Programm zur Abdeckung der erforderlichen Kindergartenplätze ist 1993 angelaufen und sieht bis 1996 die Errichtung von 95 städtischen Kindergärten mit 384 Gruppen und 78 Mehrzweckräumen vor. Die Gesamtinvestition dafür beträgt 2,772 Milliarden Schilling. Von den 95 Projekten werden 81 im Zuge von Wohnbauvorhaben errichtet, 14 Kindertagesheime werden direkt aus dem Budget der Stadt Wien finanziert. Die Planung der Kindertagesheim-Neubauten wird neben Eigenplanungen größtenteils von beauftragten Architekten durchgeführt. Diese Projekte werden vom Referat ab Vorentwurf bis Detailplanung betreut.

Einen weiteren Tätigkeitsschwerpunkt stellt die Anhebung des Standards der bestehenden Kindertagesheime dar. Im Zuge von Generalinstandsetzungen werden die teilweise noch aus der Vor- und Zwischenkriegszeit stammenden Gebäude den heutigen Erfordernissen angepaßt und gegebenenfalls auch erweitert. Alle Instandsetzungsarbeiten an bestehenden Kindertagesheimen bis hin zu den Generalinstandsetzungen werden fast ausschließlich vom Referat selbst geplant.

Auf dem Gebiet des Heimwesens wird neben der Sanierung des Bestandes vor allem die Errichtung von Krisenzentren und sozialpädagogischen Wohngemeinschaften vorangetrieben. Diese Einrichtungen sind eine Alternative zur herkömmlichen Heimbetreuung und bieten Platz für 6–8 Jugendliche und deren Betreuer. In nächster Zukunft ist eine verstärkte Einplanung solcher Wohngemeinschaften sowohl in bestehenden Wohnbauten als auch in den Stadterweiterungsgebieten beabsichtigt.

1995 wurden das Krisenzentrum in 1, Neutorgasse, die Generalinstandsetzung in 10, Lippmangasse, der 3. Bauteil in 10, Wienerberg, die Erweiterung des Gebäudes in 15, Auer-Welsbach-Park, der Wohnpark in 20, Dresdner Straße, die Projekte in 21, westlich Brünner Straße/nördlich Marchfeldkanal, 21, westlich Brünner Straße/südlich Marchfeldkanal, in 21, Hahnemanngasse, in 22, Süßenbrunner Straße 60, und in 22, Gunertweg 3 fertiggestellt.

Derzeit in Bau sind die Generalinstandsetzung des Gebäudes in 10, Bernadottengasse, der 1. Bauteil in 11, Leberberg, weiters die Gebäude in 11, Lindenbauergasse, 12, Karl-Löwe-Gasse, 14, Kendlerstraße, 21, Carminweg, 21, Empergasse, 21, Satzingerweg, 22, Hagedornweg, 22, Wulzendorfstraße, 22, Ullreichgasse, 22, Rosenbergstraße und in 23, Carlberggasse.

Derzeit in Planung sind die Projekte in 2, Nordbahnhofgelände, 10, Grundackergasse, 11, Lorystraße, 11, Thürlhofstraße, 12, Wienerbergstraße (Generalinstandsetzung), 14, Linzer Straße, 20, Handelskai, 20, Ospelgasse, 20, Hofbauer-Areal, 21, Ocwirkgasse, 21, Trillergasse, 22, Donau-City, 22, Marshallhof, 23, Steingasse und in 23, Osramgründe.

3.3 Amtshäuser, Bäder, Sportbauten, Museen, Feuerwehr, Rettung und diverse andere (Betriebs-)Gebäude

Schwerpunkte der Tätigkeiten waren, um den vermehrten Bedarf an Büroflächen vor allem für Bürgerserviceeinrichtungen abzudecken, neben Um- und Zubauten auch der Ausbau von Dachgeschossen. Weiters wurde die Erschließung der Amtshäuser durch Zu- und Umbauten in Form von Liften und Rampen verbessert. Bemerkenswerte Um- und Zubauten wurden im Amtshaus 8, Schlesingerplatz 2 und 4, durchgeführt. Weiters wurde die 1. Bauetappe mit der Adaptierung des ehemaligen Bezirksgerichtes für Büronutzung, Liftinstallation im historischen Stiegenhaus fertiggestellt und die 2. Bauetappe mit Neubau des Trauungssaales im Amtshaus 9, Währinger Straße, begonnen. Fertiggestellt wurde die 2. Bauetappe (Liftzubau an historisch bedeutungsvollem Gebäude), begonnen die 3. Bauetappe mit der Neugestaltung des Festsaales.

Nötige Um- und Zubauarbeiten, vor allem in Kinderfreibädern bedingt durch das Bäderhygienegesetz, wurden in Eigenplanungstätigkeit durchgeführt.

Das Erlebnisbad Penzing wurde im Rohbau fertiggestellt, mit den Ausbauarbeiten gemäß Zeitplan begonnen, jedoch verzögert sich durch den Brand im Dezember 1995 in der Energiezentrale der Fertigstellungstermin.

Am Dianabad wurde mit den Abbrucharbeiten gemäß Zeitplan begonnen.

Im Bereich der Feuerwehr wurde der Rohbau der Hauptfeuerwache Floridsdorf fertiggestellt, mit den Ausbauarbeiten und Einrichtungsarbeiten begonnen.

In der Feuerwache Donaustadt wurden Zu- und Ausbauarbeiten zu einer Hauptfeuerwache rohbaumäßig abgeschlossen.

Die Feuerwache Donau-City befindet sich im Vorprojektstadium, wobei auch ein Stützpunkt für den ASBÖ errichtet werden soll.

Im Bereich der Rettung wurden Um- und Zubauten bei Betriebs- und Garagengebäuden durchgeführt und Werkstättengebäude und Stützpunkte neugebaut.

Was den Stützpunkt neben der Hauptfeuerwache Floridsdorf betrifft, so wurde der Rohbau fertiggestellt und mit den Ausbauarbeiten begonnen. Die Zentralwerkstätte im Arsenal wurde neugebaut.

Die Stützpunkte für die MA 48 in 12, Wundtgasse, 23, Speisinger Straße stehen vor Baubeginn, in 11, Alberner Hafestraße vor Projektbeginn.

Fertiggestellt und eröffnet wurde die durch Zubau, Aufstockung und Umbau erweiterte und völlig neu gestaltete Volkshochschule in 10, Arthaberplatz; fertiggestellt der Zubau an das als Jagdhaus Maria Theresias historisch besonders interessante „Teichhaus“ im Lainzer Tiergarten.

3.4 Krankenanstalten und Pflegeheime

Die Planungsarbeiten für die Errichtung der Notstromanlage im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe wurden weitergeführt und weitgehend abgeschlossen. Besonderes Augenmerk wurde auf die Fassadengestaltung gelegt, um das Gebäude in die wertvolle historische Bausubstanz zu integrieren. Ebenso wurde die Ausführungsplanung für das Projekt „E-Übergabestation“ beendet. Weiters wurde an Konzepten zur Entwicklung einer Zytostatikaufbereitung für das Pulmologische Zentrum gearbeitet. Umfassende Leistungen wurden für die Umgestaltung der geburtshilflichen Abteilung der Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik erbracht. Mit detaillierten Planunterlagen der medizintechnischen Einrichtungen sowie der Möblierung wurde das Projekt von der Abteilung fertiggestellt. Die Öffnung eines zusätzlichen Eingangs im Bereich der Kinderinfektionsabteilung des Wilhelminenspitals machte die Errichtung eines Portierhäuschens notwendig. Mit den Vorarbeiten wurde im Berichtsjahr begonnen. Im Haus 2 des Pflege- und Therapiezentrums wurde ein Projekt zur Umwandlung der bestehenden Schlafsäle in moderne Komfortzimmer mit innenliegenden Naßräumen erarbeitet.

Im Krankenhaus Lainz wurde für den Pavillon 7 (1. Chirurgie) ein Entwurf für den Rückbau der durch die Verlegung der Intensivstation freiwerdenden Räumen erstellt.

Bedingt durch das Projekt 1. Chirurgie wurde für den Pavillon 7 (Dermatologie) die notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen geplant.

Im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel wurde der Neubau eines außenliegenden Verbindungsganges geplant, so daß die Verlegung der Neurologischen Ambulanz vom Kurhaus in den Pavillon C möglich ist. Weiters wurden digitale Bestandspläne als Grundlage für die Planung einer Brandmeldeanlage erstellt.

Digitale Bestandspläne wurden für das Personalwohnheim angelegt, das Kurhaus saniert und die physikalische Therapie erweitert.

Im Kaiser-Franz-Josef-Spital wurden am Pavillon P das Dachgeschoß für die Psychiatrie ausgebaut, Auswechslungspläne und Detailpläne für die Generalunternehmerausschreibung erstellt, weiters für die Feuerwehrzufahrt von der Triester Straße Einreichpläne geschaffen sowie am Zielplan mitgearbeitet. In der Krankenanstalt Rudolfstiftung wurde in der Geburtshilfeabteilung ein „Rooming in“-Zentrum geschaffen und für die Röntgenabteilung Detailpläne als Grundlage für die Installation neuer Geräte ausgearbeitet. Im Sozialmedizinischen Zentrum Ost wurden Ausbauarbeiten im Bereich 3. Ausbaustufe durchgeführt.

Im Pflegeheim Baumgarten wurden für den Pavillon 5 für die bereits in Bau befindliche Generalsanierung die Planungsarbeiten festgesetzt.

Im Pflegeheim Liesing wurde für das Neugebäude Einreichunterlagen für den Dachgeschoßausbau erstellt.

4. Referat „Architektonische Begutachtung“

Der Aufgabenbereich dieses Referates liegt in der Begutachtung von Bauansuchen in architektonisch-stadtgestalterischer Hinsicht im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens für das gesamte Wiener Stadtgebiet ausschließlich der Schutzzonen.

Die Tätigkeit stellt eine direkte objektbezogene Auseinandersetzung mit Stadtbildfragen dar und erstreckt sich auf Neu-, Zu- und Umbauten, Verkaufsstände, Portale, Reklameanlagen, sowie Fensterauswechslungen und Außenwandöffnungen. Bei der Beurteilung der Projekte wird aktiv darauf Einfluß genommen, daß die beabsichtigten Bauführungen keine optische Beeinträchtigung des Stadtbildes bewirken (§ 85 der BO für Wien).

Zur Visualisierung und Rückkoppelung der Tätigkeit des Referates wurde eine Sammlung von signifikanten Beispielen zu stadtspezifischen Themen angelegt. Diese exemplarische Fotodokumentation von Positiva und Negativa soll die Beratungstätigkeit des Referates unterstützen bzw. auch transparenter für den Bauwerber gestalten. Darüber hinaus dient sie als Grundlage für eine Studie über die Dachzonen Wiens, die 1995 beauftragt worden ist.

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit dieses Referates wurden im Berichtsjahr rund 11.000 Bauansuchen sowie etwa 4.800 Akten in Verbindung mit Fensterauswechslungen und Abgasstutzen bearbeitet und an die Baupolizei weitergeleitet.

5. Referat „Stadterhaltung-Schutzzonen“

In diesem Referat werden Bauvorhaben in erhaltungswürdigen Gebieten (Schutzzonen) aus architektonischer und kulturhistorischer Sicht begutachtet. Zu behördlichen Bewilligungsverfahren in Schutzzonen wurden 1995 etwa 900 schriftliche Begutachtungen abgegeben. Die Mitarbeiter des Referates nehmen in diesem Zusammenhang auch an Bauverhandlungen, Lokalausweisen, Besprechungen usw. teil. Für Fensteränderungen wurden etwa 90 vereinfachte Begutachtungs- und Bewilligungsverfahren durchgeführt. Zu vorliegenden Projekten sowie anderen Vorhaben, die das äußere Erscheinungsbild der Schutzzonenobjekte beeinflussen, fanden rund 1.600 Besprechungen und 550 Begehungen statt.

In konzeptioneller Hinsicht werden wissenschaftliche Projekte zur Untersuchung, Erfassung und Bewahrung des gesamten Stadtbildes entwickelt. Ein neu entwickeltes Inventarisationsprogramm für eine schnelle und effektive Erfassung der Bestandsinformationen über Schutzzonenobjekte wurde 1994–1995 als Grundlage für die Katalogi-

sierung im Sinne des §7 (4) BO eingeleitet. Aufnahmen von Beispielen der ausgeführten baulichen Änderungen an Gebäuden in Schutzzonen wurden für die Begründung einer systematischen Dokumentation der regulierten Veränderungen des Stadtbildes vorbereitet. Zusammengestellt wurden Unterlagen zu einer Retrospektive der Konstituierung der Stadtbildpflege und der Stadterhaltung in Wien. Auf Grund der Untersuchung der historischen Straßenbeschilderung wurden Bedingungen für die Herstellung der Straßenbenennungstafeln in Schutzzonen festgelegt.

Die Teilnahme bzw. Mitarbeit bei „Sanierungstagen“, „Eureka-Projekt“, mit dem Bundesdenkmalamt, dem Österreichischen Bauinstitut-Institut für Bauforschung, der Stadterneuerungs-Gebietsbetreuungen, der Technischen Universität Wien, Instituten für Baukunst und Bauaufnahmen, Kunstgeschichte, Denkmalpflege und Industriearchäologie unterstützt nicht nur die fachspezifische Begründung der Stadterhaltung, sondern dient vor allem der Beratung von Bauwerbern und der Vertiefung des Verständnisses der Öffentlichkeit für die positiven Aspekte der Stadterhaltung.

Druckerei und technische Dokumentation

Die Abteilung unterteilt sich in die beiden größeren Dezernate Druckerei und Reproanlage, betreibt neben einer umfangreichen technisch-wissenschaftlichen Bibliothek auch die Verkaufsstelle für die Kartenwerke der Stadt Wien und stellt den technischen Dienststellen des Magistrates Vermessungshilfspersonal samt der erforderlichen Ausrüstung zur Verfügung.

Im Rahmen der Tätigkeit als Fachdienststelle werden der gesamte Magistrat, der Krankenanstaltenverbund sowie die Wiener Stadtwerke im Bedarfsfalle bei allen sich ergebenden wirtschaftlichen und/oder technischen Fragen im Bereiche der Vervielfältigung, der Schwarzweiß- und Farbkopie, der Druckvorbereitung und des Druckes, der technischen Fotografie und des Mikrofilmes fachkundig und kompetent beraten. Für alle Magistratsdienststellen werden außerdem die Beschaffung und Wartung aller graphischen Spezialerfordernisse vom Filmmaterial bis zum Mikrofilmlesegerät übernommen.

Im Rahmen des Parteienverkehrs werden aber auch allen Interessierten, vom Studenten über Ziviltechniker bis zum engagierten Bürger, die Kartenwerke der Stadt Wien, wie Plandokumente, Stadtkarten aller Maßstäbe einschließlich der digitalen Mehrzweckstadtkarte, zugänglich gemacht; schließlich stehen die Vervielfältigungsreferate den betroffenen Bürgern in allen magistratsinternen Bereichen – beispielsweise bei der Erstellung von Auszügen aus Bauakten – als graphisches Dienstleistungsunternehmen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung.

In der hauseigenen Druckerei in Wien 3, Am Modenapark, wurden im abgelaufenen Kalenderjahr insgesamt 2.923 Druckaufträge mit einem Gesamtvolumen von 18,659.456,97 S übernommen, reprotechnisch bzw. digital aufbereitet, teilweise nach Kundenwünschen graphisch überarbeitet, gedruckt, in der Buchbinderei endgefertigt, verpackt und ausgeliefert. Als größter Kunde tritt dabei die Magistratsdirektion-Verwaltungsakademie in Erscheinung, die im abgelaufenen Jahr nicht nur die Vervielfältigung von 168 verschiedenen Skripten für diverse Kurse und Seminare mit einer Auflage von je 200 bis 900 Stück beauftragt hat, sondern auch die Evidenthaltung der Wiener Rechtsvorschriftensammlung betreut, was für den Druckbetrieb mit einem Auftragsvolumen von 1.400 Seiten Austausch- bzw. Ergänzungsblättern mit einer mittleren Auflage von etwa 1.000 Stück verbunden war. Da diese Texte für das elektronische Informationssystem im IBS bereits durch die Magistratsdirektion – Verwaltungsakademie digital erfaßt werden, bot es sich geradezu an, diese Vorlagen digital zu übernehmen. Leider stellte sich in Testläufen heraus, daß die beiden Systeme nur beschränkt miteinander verknüpfbar sind und eine immer noch ziemlich arbeitsaufwendige „Nachbehandlung“ von seiten des Satzes erforderlich ist. Parallel dazu haben im Laufe des Jahres mehrere Probe-läufe und Besprechungen mit Erfahrungsaustausch zwischen den beiden Abteilungen stattgefunden, so daß gemeinsam ein für beide Seiten akzeptabler Weg der zukünftigen Durchführung solcher Aufträge erarbeitet werden konnte. Als Erleichterung der angespannten Situation bei diesen Aufträgen käme auch die Anschaffung einer zusätzlichen Hochleistungs-„Print“-maschine in Frage, die ähnlich einem Kopierer allerdings von digitalen Vorlagen arbeitet und bei Tests für alle Seiten akzeptable Qualitätsstandards und Kapazitätsmerkmale gezeigt hat. Auch das MD-Präsidialbüro nimmt die Dienste der Hausdruckerei für die Erzeugung aller Arten von Einladungen zu Veranstaltungen, Empfängen, Ausstellungseröffnungen u. ä. und für die Herstellung von Diplomen anlässlich diverser Hochzeitsjubiläen, der Verleihung von Wirtschaftsauszeichnungen und anlässlich der 25- oder 40jährigen Dienstzugehörigkeit von Mitarbeitern des Magistrates in Anspruch, zumal die oftmals knappen Termine stets verlässlich gehalten werden und auch die erforderlichen Korrekturen in letzter Minute berücksichtigt werden. Generell hat sich der schon in den letzten Jahren wahrgenommene Trend zur farbigen Gestaltung im Berichtszeitraum voll bestätigt. Ausschlaggebend dafür ist die technische Entwicklung vor allem auf dem Kopiersektor, die heute schon färbige Vervielfältigungen auf digitaler Basis im Formatbereich A4 und A3 zu durchaus akzeptablen Preisen ermöglicht, die allerdings im Gewerbe bei kleinen Auflagen und Einzelblattkopien teilweise noch künstlich hochgehalten werden.

Dieser Trend zeigte sich auch bei den Druckaufträgen. So ist eine spürbare Zunahme der Zahl an Aufträgen für Folder, Ausstellungskataloge und diverse Informationsbroschüren im Farbdruck zu verzeichnen.

Die Reproanlage im Rathaus konnte auch im Jahre 1995 eine ausgezeichnete Auslastung in allen Teilreferaten verzeichnen.

So betreut die hauseigene Adressieranlage im Rathaus insbesondere das Büro des Herrn Bürgermeisters, des Herrn Magistratsdirektors, der Stadträte aller Ressorts, die Klubs aller Fraktionen sowie das Kulturamt und den Pressedienst der Stadt Wien. Zu den Obliegenheiten dieses Referates gehört neben dem Ausdruck von Etiketten bzw. dem direkten Bedrucken von Kuverts auch die Pflege und Erweiterung des vorhandenen Adressenpools.

Das Referat technische Fotografie stellt seine Fachkenntnisse für Fotoreproduktionen der historischen Archive der Magistratsabteilungen 8 und 9 sowie für Auszüge besonderer Anforderungen diverser Nutzer dieser Archive zur Verfügung. Außerdem werden auch Personal und Ausrüstung für die diversen Dokumentationen baulicher Tätigkeiten im Stadtgebiet von den Schachtaufnahmen für die Magistratsdirektion – Baudirektion U-Bahn-Bau über die Modellfotografie von Einreichprojekten, die Dokumentation über die Neubautätigkeit diverser Bau-träger und die Unterlagen für die Fortführung des Schutzzonenatlases für die MA 19 – Stadtgestaltung bis hin zur Gesamtdokumentation über das Projekt „Schulschiff“, den Altlastenkataster oder die Dokumentation über Brunnenprojekte auf der Donauinsel bereitgestellt. Innerhalb der Abteilung wird ein Bildarchiv über Wienphotos und die Begleitdokumentation von Jahrhundertwerken der Stadt geführt.

Die Großflächenkopie mit ihren Angeboten verschiedenster Arten von Vervielfältigungen und Maßstabsveränderungen großflächiger Vorlagen in schwarz-weiß und Farbe ist derzeit in der Rathausstraße 14–16 situiert und wird vor allem von den im Hause befindlichen Planungsabteilungen MA 18 und MA 21 A, B, C und der MA 41 – Stadtvermessung stark in Anspruch genommen. Auch ein Teil der in der ebenfalls zur Abteilung gehörenden Kartenverkaufsstelle erhältlichen kartographischen Produkte wird hier erzeugt. Die Kundenanforderungen von Auszügen aus diversen Bauakten der Baupolizei wird zwar in deren Außenstellen beauftragt, aber ebenfalls in diesem Referat bearbeitet und im Rahmen des Parteienverkehrs der Kartenverkaufsstelle ausgeliefert und verrechnet.

In der Kopierstelle für A3- und A4-formatige Aufträge im Rathaus wurden im Jahr 1995 mehr als 5,5 Millionen Kopien für die verschiedensten magistratsinternen Nutzer, aber auch in Form von Einzelblattkopien für alle Privatpersonen, die im Rathausbereich mit den diversen Ämtern und Behörden zu tun haben, hergestellt.

Das Referat Mikrofilm betreute und ergänzte die bereits seit Jahren existierenden Sammlungen von Plandokumenten, Stadtkarten, Plänen städtischer Wohnhausanlagen, Brücken und U-Bahn-Plänen und vielen anderen technischen Unterlagen. Aber auch auf dem Verwaltungssektor hat sich der Mikrofilm trotz des Siegeszuges der EDV als optimales Speicher- und Archiviermedium vor allem über längere Zeiträume hinweg bestätigt. So werden etwa die Aufenthaltsbewilligungsverfahrensakten für die MA 62, die Grundstückstransfer- und Verwaltungsakten der MA 40, aber auch die Rechnungen und Berichte für die Buchhaltungsabteilungen und nicht zuletzt „in eigener Sache“ der Zeitschriftenrundlauf der technisch-wissenschaftlichen Bibliothek auf Mikrofilm gebannt.

Der Druck großformatiger Vorlagen samt all seinen nötigen reprotchnischen Vor- und Zwischenprodukten und eine Heidelberger Druckmaschine sind aus traditionellen Gründen ebenfalls im Rathausbereich situiert.

Hier werden diverse Aufdrucke auf Kuverts, wie Absender oder P. b. b., Visitenkarten und Einladungen im „Schnellschuß-Verfahren“ abgewickelt.

Eine eigene Druckmaschine steht dem Präsidialbüro zur Verfügung, auf der Diplome für die Verleihung von diversen Auszeichnungen und Ehrenzeichen durchgeführt werden.

Die Aufträge für den großformatigen Druck betreffen vor allem kartographische Druckwerke wie die Anträge (Sternläufe) und Plandokumente für die MA 21 A, B, C oder diverse Kartenwerke im Auftrag der MA 41 – Stadtvermessung, für die auch die beiden Teilbereiche Astralonkopie und Reprofotografie zur Grundlagenerstellung für die Abteilungen und die Herstellung druckfähiger Vorlagen tätig werden. Die Reprofotografie ermöglicht fotooptische Maßstabsveränderungen von jeder Vorlage auch für Logos und Plakatentwürfe; so wird zum Beispiel auch der Luftbildplan von Wien auf diesem Wege vom Filmnegativ oder -positiv auf Fotopapier vervielfältigt. Der Plakatdruck hat sich in den letzten Jahren als zweites Standbein dieses Referates etabliert. Als Auftraggeber treten die verschiedensten mit Informations- und Öffentlichkeitsarbeit befaßten Abteilungen und Dezernate in Erscheinung.

Auf Grund der in den letzten Jahren begonnenen Einführung digitaler Technologien auch auf dem Druck- und reprotchnischen Sektor der MA 20 und nicht zuletzt auch wegen der Tatsache, daß die Wartung und Reparaturen des vorhandenen Maschinenparks auf Grund des teilweise hohen Alters einiger Maschinen unwirtschaftlich oder wegen nicht mehr zu beschaffender Ersatzteile sogar unmöglich werden, wurde im Laufe des Jahres eine abteilungsinterne Arbeitsgruppe gebildet. Diese sollte der Frage nach zeitgemäßen Alternativen vor allem zu den „bedrohten“ Produktionsverfahren Klimschkamera und Roland-Druckmaschine nachgehen, sich aber auch Gedanken um einen neuen strukturellen Aufbau der Abteilung machen, um gewisse Doppelgleisigkeiten, die sich aus den gleichartigen Aufgabenstellungen zweier räumlich getrennter Produktionsstätten nun einmal ergeben, zu minimieren oder sogar ganz auszuschalten.

Der für den Produktionsablauf optimale Lösungsansatz einer gemeinsamen räumlichen Situierung aller Referate inklusive der mit Verwaltungstätigkeiten beschäftigten Teilbereiche kann auf Grund der vorgegebenen Rahmenbedingungen zwar leider nicht realisiert werden; es ging also in erster Linie darum, innerhalb dieser Vorgaben Lösungen für Veränderungen zu finden, die realisierbar aber auch arbeitstechnisch und personell zumutbar sind. Den grundlegenden Ansatz stellte der Gedanke dar, gleichartige Vorgänge kompetenzmäßig und möglichst auch räumlich zu komprimieren, wobei der räumliche Aspekt durch die Größe und das beträchtliche Gewicht von Druckmaschinen den schwieriger zu bewältigenden Teil darstellt.

Ein Seitenblick auf das mit ähnlichen Problemen konfrontierte Gewerbe der graphischen Dienstleistungen zeigte dessen Versuch einer grundsätzlichen Aufspaltung der Aufgabenstellung in die Bereiche „Druck“ und „Copyshop“, wobei weiterhin existierende Überlappungsbereiche etwa in der Auftragsübernahme/Kundenbetreuung oder der Endfertigung nicht außer acht gelassen werden dürfen, um nicht alte Problembereiche durch andere zu ersetzen. Eine ähnliche Komprimierung von Aufgaben ergäbe sich auch aus den Vorschlägen der Arbeitsgruppe, wobei viele Details noch im einzelnen abzuklären sind und eine schrittweise Umsetzung dieser Veränderungen in den nächsten Jahren angestrebt wird.

Die technisch-wissenschaftliche Bibliothek konnte ihren Buchbestand trotz reduzierter Budgetmittel im abgelaufenen Jahr um 229 Titel oder 599 Bände auf 18.902 Titel oder 33.464 Bände erhöhen. Die Inanspruchnahme konnte mit beinahe 10.000 Entlehnungen von Fachbüchern, Vorschriften, Normen, Gesetzen und EU-Rechtsdokumenten mit steigender Tendenz bestätigt werden. Zusätzlich werden 390 Abonnements von Fachzeitschriften verwaltet, die teilweise direkt versandt werden, zu zwei Dritteln aber in einem Zeitschriftenrundlauf wöchentlich 220 Lesern zur Verfügung gestellt werden, was einen Jahresdurchsatz von 39.466 Einzelheften ergibt. Außerdem wird ein Mikrofiche-Zeitschriftenarchiv geführt und laufend durch den Neuzuwachs ergänzt. Auf dem in der Bibliothek stationierten Kopiergerät wurden im abgelaufenen Jahr mehr als 190.000 Seiten kopiert und den Fachdienststellen zur Verfügung gestellt.

Die bereits bewährte Einrichtung der Führung einer eigenen Verkaufsstelle für die Kartenwerke der Stadt Wien konnte im Berichtszeitraum eine weiterhin starke Inanspruchnahme verzeichnen. So wurden im Rahmen des Parteienverkehrs dieser Einrichtung mehr als 10.000 Interessenten bürgernah bedient. Dazu zählt neben dem Verkauf von Stadtkarten und Plandokumenten auch die Abholung von angeforderten Auszügen aus den Plänen der Baupolizei. Die Dreiteilung der für die Flächenwidmungs- und Bebauungspläne zuständigen MA 21 fand auch in der stark erhöhten Kundenfrequenz der Kartenverkaufsstelle ihren Niederschlag. So wurden im Berichtszeitraum 9.800 Plandokumente im Gesamtwert von 427.315,50 S verkauft. Die bereits bestens eingeführten Produkte der digitalen Mehrzweckstadtkarte erfreuen sich weiterhin steigender Bekanntheit sowohl innerhalb des Magistrates als auch bei externen Nutzern und damit verbunden auch stark steigender Auftragszahlen. So wurden 1995 etwa 550 Aufträge mit einem Gesamtvolumen von fast 100 Millionen Schilling bearbeitet. Davon konnten 22,8 Millionen Schilling an budgetwirksamen Einnahmen verbucht werden.

Insgesamt verwaltet die Abteilung ein Gesamtbudget von knapp 25 Millionen Schilling für die Aufrechterhaltung der graphischen Produktion und die Vergaben für die Vermessungen der Mehrzweckkarte der Stadtvermessung. Dem stehen Einnahmen in der Höhe von 37,8 Millionen Schilling und ein Gesamtproduktionswert von 126,7 Millionen Schilling gegenüber.

Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West

Für die Abteilung besteht die Aufgabe, die festgelegten Stadtentwicklungsziele auf zwei Planungsebenen zu konkretisieren. Zum einen werden für Bezirke und Stadtteile großräumige städtebauliche Strukturplanungen zur Steuerung von räumlichen Entwicklungsprozessen ausgearbeitet und zur Diskussion gestellt, zum anderen werden mit der Vorbereitung, Erstellung und verfahrensmäßigen Abwicklung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne die rechtsverbindlichen Entwicklungsspielräume fixiert.

In diesem Rahmen war das Jahr 1995 gekennzeichnet durch den Fortgang einer sehr dynamischen inneren Stadtentwicklung. Deshalb wurden für mehrere Bezirke und Bezirksteile Leitlinien zur Bezirksentwicklung oder Stadtteilplanungen erarbeitet. Gleichzeitig sind für 3,22 Prozent des von der Abteilung zu beplanenden Stadtgebietes neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne erstellt worden, die für zahlreiche Projekte die planungsrechtliche Basis zur baulichen Realisierung bieten. Inhaltlich können diese Planungen vor allem der Stadterneuerung, der inneren Stadtverdichtung, der Schaffung von Wohnraum und der Schaffung von Arbeitsplätzen zugeordnet werden. Neben diesen zentralen Aufgabestellungen zählt das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes betreffend der Aufhebung des § 1 der Bauordnung für Wien, gemeinsam mit der Aufhebung mehrerer Plandokumente, zu den zu berichtenden Ereignissen. In Konsequenz dieses Erkenntnisses mußte von der Abteilung nicht nur die umgehende Neubearbeitung von 7 Plandokumenten eingeleitet werden, sondern es löste auch die Vorarbeiten für eine umfassendere Novellierung der planungsrelevanten gesetzlichen Bestimmungen in der Wiener Bauordnung aus, an der die Abteilung wesentlichen Anteil nimmt. Schließlich erzwang dieses Erkenntnis und die am 30. November 1995 im Wiener Landtag beschlossene Neufassung der §§ 1 und 2 mit den zugehörigen Überleitungsbestimmungen (kundgemacht am 31. Jänner 1996 im Landesgesetzblatt 10/1996) sämtliche gültigen Plandokumente einer Überprüfung hinsichtlich ihrer rechtlichen Übereinstimmungen mit den nun im § 1 enthaltenen gesetzlichen Planungszielen zuzuführen. Mit diesen rechtlich neugefaßten Bestimmungen werden die Planungsaufgaben auf die nächsten 10 Jahre in hohem Maß determiniert.

A) Stadtteilplanung

Die thematische Vielfalt der Stadtteilplanung ist durch Bezirksentwicklungskonzepte oder Leitlinien zur Bezirksentwicklung, Sektoralplanungen wie Grünraum- und Verkehrskonzepte sowie durch städtebauliche Rahmenplanungen beigeleitend zu konkreten größeren Projekten als Vorbereitung der Flächenwidmungsverfahren beschrieben:

Durch die, teils bereits 1994, durch die Bezirksvertretungen beschlossenen Leitlinien für die Bezirksentwicklung der Bezirke Mariahilf, Alsergrund, Hernals und Döbling konnten mit der Kenntnisnahme dieser Beschlüsse durch den Gemeinderat und der Publikation dieser Leitlinien vier Bezirke bearbeitungsmäßig abgeschlossen werden.

Für den 14. Bezirk wurden die im Vorjahr begonnenen Stadtteilplanungen fortgesetzt, die in der weiteren Folge zu Leitlinien zur Bezirksentwicklung zusammengefaßt werden sollen. Der Schwerpunkt lag im Bereich des dicht bebauten Gebietes von Penzing. Aufbauend auf der Analyse der derzeitigen Situation und nach Abschätzung der absehbaren Entwicklung wurden mögliche künftige Problemlagen und Entwicklungsspielräume mit Hilfe von Szenarien dargestellt. Daraus können künftige Handlungserfordernisse und Lösungsvorschläge abgeleitet werden. Zusammen mit den Überlegungen zur Grünraumvernetzung im Bereich Hadersdorf-Weidlingau und den verkehrsverbessernden Maßnahmen im Bereich Hütteldorf stellen sie die wesentlichen Inhalte für die Leitlinien dar. Diese Planungen konnten in Form von Ausstellungen auch der Bevölkerung präsentiert werden. Als punktuelle Bearbeitung wurde für den Bereich Hadersdorf-Weidlingau eine Studie über die Verkehrswirksamkeit einer zusätzlichen IV-Querung über die Westbahn ausgearbeitet. Aufbauend auf den Ergebnissen dieser Studie soll eine Machbarkeitsstudie erarbeitet werden.

Für den 5. Bezirk wurden die Bearbeitungen zu den Leitlinien mit der Ausarbeitung eines Entwurfes fortgesetzt und der Bezirksvertretung zur Diskussion übergeben.

Durch das Vorliegen konkreter Verwertungsabsichten von Teilbereichen des Aspangbahnhofes im 3. Bezirk wurden unter gemeinsamer Beauftragung mit den Österreichischen Bundesbahnen und Bundesdienststellen diverse Nutzungsvarianten untersucht, insbesondere unter Beachtung der Verkehrserzeugung und ökonomischer Restriktionen. Unter den geprüften Planfällen ist die Gründung eines Technologieparks in diesem Bereich hervorzuheben. Als dem Themenfeld der Stadterneuerung zurechenbare Aktivitäten zählen die Planungen für den Gürtelbereich:

Für einen der wenigen baulich ungenutzten Bereiche des 6. Bezirkes zwischen Gumpendorfer Gürtel, Gumpendorfer Straße und Wallgasse einschließlich des Areals des Fritz-Imhoff-Parks wurde als Grundlage eines Gutachtenverfahrens die Machbarkeit einer Bebauung in Varianten untersucht. Eine gemischte Nutzung, eventuell in Verbindung mit einer Wohnquartiersgarage wird den weiteren Projektentwicklungen zugrunde gelegt. Der zentrale Schwerpunkt lag jedoch in der Ausarbeitung eines Operationellen Programmes für den westlichen Gürtelbereich einschließlich der anschließenden gründerzeitlichen Bezirksteile. In Fortsetzung der zahlreichen laufenden Arbeiten der Stadterneuerung, wie zum Beispiel die Blocksanierungen, und der Neuformulierung der Entwicklungs- und Gestaltungsziele für die Mittelzone des Gürtels war die Erklärung zum Gesamtprojekt für die Erlangung der Förderung der Europäischen Union ein wichtiger Arbeitsschritt. Unter dem Projektstiel „Urban Wien Gürtel Plus“ wurde das gemeinsam mit einer Reihe städtischer Dienststellen erstellte Programm und von Bundesseite eingereichte Projekt Ende 1995 von der EU genehmigt. Für die städtischen Problemgebiete entlang des Westgürtels wurde damit die Strategie zur sanften Stadterneuerung weiterentwickelt. Das Programm mit einem Gesamtvolumen von 415 Millionen Schilling ist auf eine Laufzeit von fünf Jahren ausgelegt.

In Verfolgung dieses Gesamtprojektes wurden bereits für die Gestaltung des Bereiches Urban-Loritz-Platz und für die Aufwertung der Gürtelmittelzone, aufbauend auf die Urban-Design-Studie 1994, weiterführende und vertiefende Planungen konzipiert. In diesem Zusammenhang ist die zielführende Nutzung der Stadtbahnbögen ein wesentliches Anliegen; die Vergabe der verfügbaren Bögen an private Interessenten ist soweit vorbereitet, daß nun die Wiener Linien die Vergabe durchführen werden. Im Rahmen der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit wurde eine Plakatausstellung an mehreren Orten im 9. Bezirk präsentiert, welche die Ergebnisse der Bearbeitung „Wie geht's in der Roßau?“, Entwicklung eines fußgängerfreundlichen Stadtviertels, zum Inhalt hatte. Als Basis einer zeitgemäßen Öffentlichkeitsarbeit wurden die umfangreichen Änderungen des städtischen Umfeldes im Zuge der U3-Verlängerung nach Ottakring durch eine Compturanimation, die in ein Video eingearbeitet wurde, dargestellt. Das Video wurde unter anderem im Rahmen der Ausstellung „80 Tage Wien“ und in Ausschnitten im ORF gezeigt. Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit war jedoch eine inhaltlich umfassende Wanderausstellung von Frühjahr bis Sommer 1995, die für die Bezirke 1 bis 9 und 14 bis 20 einen breiten Querschnitt der aktuellen Planungen und Projekte zeigte.

B) Flächennutzungsplanung

Im Berichtsjahr wurden über 1,9 Millionen Schilling für Bestandserhebungen, städtebauliche Studien und Neufassung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne von der Abteilung aufgewendet. Von Auftragnehmern wurden dabei städtebauliche Bestandsaufnahmen und Vorentwürfe für Teilgebiete des 1., 2., 3., 5., 6., 14., 16., 17., 18., 19. und 20. Bezirkes ausgearbeitet.

Zur Erhaltung, Wiederherstellung bzw. Entwicklung eines charakteristischen Ortsbildes und -gefüges wurden in Teilbereichen des 5., 7., 8., 9., 14., 15., 17., 18. und 19. Bezirkes Schutzzonen definiert. Die Inhalte der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne der Abteilung sind sehr unterschiedlich und reichen von punktuellen Korrekturen bis zu Großprojekten und ganzen Stadtteilen. Folgende Kategorien lassen sich unterscheiden:

– Stadtteile:

Das sind großflächige Bearbeitungen von Bezirksteilen nach bestimmten Zielsetzungen wie Erhaltung von Ortskernen, Sicherung bau- und kulturhistorisch wertvoller Bebauung, Absicherung privater und öffentlicher Grünflächen, Entkernung der Hofbereiche, Erhaltung charakteristischer Straßenräume und Anpassung der Verkehrsflächen an die Erfordernisse (z. B. 5, Johannagasse/Gaudenzdorfer Gürtel, 8, Hamerlingplatz, 9, Servitenviertel, 14, Achtundvierzigerplatz/Ameisbachzeile, Waidhausenstraße/Baumgarten, 15, Winkelmannstraße/Siebeneichengasse, 16, südlich Sprengersteig, Paulinensteig und Wilhelminenstraße sowie Johann-Staud-Straße, 17, Heuberg, Cottageviertel im 18. und 19. Bezirk usw.).

Dominierend sind Projekte größerer bis sehr großer Dimension für gemischte Nutzungen wie 15, Meiselmarkt, Hackengasse/Beingasse, Gernotgasse, 16, Austria-Tabak-Werke, 17, Händelgasse, 19, Geweygasse und Projekte für Volks- und Sonderschulen wie 2, Kleine Sperlasse, 7, Neustiftgasse und 20, Engerthstraße. Das sind bestens erschlossene Standorte.

Etwas anders gelagert sind Projekte auf gut erschlossenen Standorten, wo auf untergenutzten oder freiwerdenden Betriebsbaugeländen zumeist Wohnprojekte mit Büro- und Geschäftsanteil zum Tragen kommen (14, Heinrich-Collin-Straße, Breitenseer Straße und Mitisgasse, 16, Heigerleinstraße und 20, Handelskai – ehemalige Garvenswerke) oder wo wieder Betriebe angesiedelt werden wie in 3, Dietrichgasse/Siemens. Für die Remisen in 16, Maroltingergasse und 18, Kreuzgasse wurde das Verfahren zur Festsetzung im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für die ausgewählten Projekte der Gutachterverfahren in Lauf gesetzt.

Mit einer gesonderten Festsetzung wurde für den Um- und Zubau des Technischen Museums Vorsorge getragen.

– Stadterneuerung:

Große Flächen im 2., 3., 5., 8., 9., 14., 16. und 20. Bezirk wurden mit neuen Bebauungsbestimmungen auf die aktuellen Planungsziele ausgelegt. Festlegungen von Schutzzonen und Wohnzonen und die Erhaltung der Grünbestände weisen auf die erwünschte Qualitätserhaltung im urbanen Bereich hin.

Trotzdem wurden die Spielräume für Sanierungen, Erneuerungen und bauliche Änderungen genutzt. Blocksanierungskonzepte wurden berücksichtigt. Der in den inneren Bezirken zu beobachtende Boom zu Aufstockung und Dachgeschoßausbauten zeigt, daß sich auch im qualitativ hochwertigen, frei finanzierten Wohnbau einiges tut. Die Standortgunst und ausgezeichnete Versorgung sorgt dafür, daß das dichtbebaute Gebiet für höhere Einkommenschichten weiter an Attraktivität gewinnt.

Für den Bereich 16, Paltaufgasse, wurde eine Verordnung gemäß Stadterneuerungsgesetz (Assanierungsgebiet) festgesetzt.

– Gebietsbearbeitung:

Besonders am Westrand der Stadt mit den sensiblen Grün- und Wohnstrukturen wurden unter dem Ziel „strukturerhaltender Maßnahmen“ neue Flächenwidmungspläne erarbeitet. Die Sicherung des Wald- und Wiesengürtels, von Kleingärten, von dauerbewohnten Kleingärten (1.261 Kleingärten wurden von Erholungsgebiet Kleingarten auf Erholungsgebiet Kleingarten – ganzjähriges Wohnen umgewidmet), von Gartensiedlungsgebieten (258 Baulose) und von offenen Einfamilienhausbebauungen unter Berücksichtigung moderater Entwicklungsspielräume sind hier vorrangig (14. Bezirk, Kolpeterberg, Am Ameisbach Gr. H und K Knödelhütte, 16, Schottenwiese, Sprengersteig, Waidäcker, 17, Hanslteich, Heuberg).

– Wohnen:

1995 sind in den Bezirken 1–9 und 14–20 rund 4.450 Wohnungen und 630 Heimplätze gewidmet worden. Kleinere Projekte im locker bebauten Gebiet sind dabei nicht erfaßt. Das betrifft auch einen großen Teil des freifinanzierten Wohnbaues.

Die Ausweisung von Wohnzonen zum Schutz der bestehenden Wohnnutzungen und die Festlegung diverser baulicher Entwicklungsspielräume schlug sich in zahlreichen Wohnhaussanierungen, Aufstockungen oder Dachgeschoßausbauten nieder.

– Arbeitsplätze:

Allein die 1995 beschlossenen und vorgesehenen Widmungen in den Bezirken 1 bis 9 und 14 bis 20 werden die baurechtlichen Voraussetzungen für mindestens 2.600 Arbeitsplätze schaffen. Dabei ist nicht gerechnet, daß in Einkaufszentren, Schulen und in diversen Streulagen noch kleinere Einheiten mit entsprechenden Arbeitsplatzzahlen enthalten sind.

Von der Abteilung wurden im Jahre 1995 50 Anträge an den Gemeinderat bzw. an die örtlich zuständige Bezirksvertretung gestellt. 39 Anträge betrafen Abänderungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. 11 Anträge wurden wegen Verhängung und Verlängerung von Bausperren gestellt, 1 Antrag betraf die Festsetzung eines Assanierungsgebietes. Eine Vielzahl von Antragsentwürfen – insbesondere bei größeren Bearbei-

tungsgebieten – wurden im Einvernehmen mit den Bezirksvertretungen in gesonderten Informationsveranstaltungen im Rahmen der öffentlichen Auflage entweder bei der Bezirksvorstehung oder im Plangebiet selbst durch Mitarbeiter der Abteilung der Bevölkerung vorgestellt, mit dieser diskutiert und Vorschläge und Anregungen von Bewohnern, Eigentümern und Betriebsinhabern bei der Ausarbeitung der neuen Widmung mitberücksichtigt.

Dem Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung wurden in 8 Sitzungen 47 Flächenwidmungs- und Bebauungsentwürfe, die Abänderungen bzw. Aufhebungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungsplanes und Bebauungsplanes zum Ziel hatten, vorgelegt.

Insgesamt wurde im Jahre 1995 eine Fläche von 434,9 ha behandelt, die Fläche der Bausperren beträgt 233,0 ha.

Der Abteilung wurden 1.764 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen von der Baubehörde (MA 37, MA 41) zur Behandlung zugeleitet. Für Einreichungen nach dem Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnbausanierungsgesetz (WWFSG 89) wurden 189 gutachterliche Stellungnahmen abgegeben (MA 50). 1.613 schriftliche Ansuchen bzw. Anfragen von Privaten und von Dienststellen, den Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan betreffend, wurden untersucht und behandelt und 100 Ansuchen um Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes überprüft. Die Mitarbeiter der Abteilung nahmen an 580 Besprechungen teil.

Stadtteilplanung und Flächennutzung Süd

Die laufende Überprüfung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit den sich ändernden gesellschaftlichen Entwicklungen und stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen wurde in Abstimmung mit neuen Erkenntnissen zur Stadterweiterung und den städtebaulichen Leitprogrammen für die Bezirke 10, 11, 12, 13 und 23 durchgeführt.

Im Jahre 1995 wurden daher zahlreiche Erhebungen, Entwürfe und städtebauliche Studien erstellt, die inhaltlich neben den Schwerpunkten alte Ortskerne, Stadterneuerung und Kleingartenfragen auch auf die Ausarbeitung von Expertenverfahren für Wohnprojekte in Stadtentwicklungszonen ausgerichtet waren. Daneben mußten für Teilbereiche im 13. und 23. Bezirk Plandokumente, die auf Grund der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes betreffend des § 1 der Bauordnung für Wien aufgehoben wurden, kurzfristig überarbeitet werden, um eine kontinuierliche Weiterführung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes zu gewährleisten, da nach dem 29. Februar 1996 eine Bausperre gemäß § 8 (1) der BO für Wien bestanden hätte. Die Arbeiten wurden entweder von Mitarbeitern der Abteilung selbst oder im Auftragswege ausgearbeitet.

Es wurden 1995 7,9 Millionen Schilling für Bestandserhebungen, städtebauliche Studien und die Erarbeitung von Entwürfen zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan durch Architekten, die Ausrichtung von Expertenverfahren, die Durchführung von Ausstellungen anlässlich der öffentlichen Auflagen von Planentwürfen der Abteilung sowie den erforderlichen Plänen und Modellen aufgewendet.

Von den Auftragnehmern wurden dabei städtebauliche Bestandsaufnahmen und Vorentwürfe für Teilgebiete im 11. Bezirk im Bereich Hyblerpark-U3, im 12. Bezirk im Bereich Edelsinnstraße und Strohberggasse, im 13. Bezirk in den Bereichen Firmiangasse, Adolfsstorgasse und Sommerergasse und im 23. Bezirk in den Bereichen Akaziengasse, Zwerggrabengasse und Ortskern Atzgersdorf erarbeitet, sowie für die Bereiche 10, Laaer-Berg-Straße und 23, Osrangründe sowie 23, Südraum Wien-U6 jeweils ein Digitales Stadtmodell erstellt.

Bebauungsstudien, Studien für Verkehrsorganisationen, Grünraum- und Landschaftsplanungen wurden im 10. Bezirk für die Bereiche Absberggasse-Laaer Berg-Straße, Wienerberg, Reisingergasse und Favoritenstraße, im 11. Bezirk für die Bereiche Lorystraße, Leberberg und Thürlnhofstraße und im 23. Bezirk für die Bereiche Maurer Hauptplatz, In der Wiesen, Rosenhügel und Liesing – Multifunktionales Zentrum ausgearbeitet. Darüber hinaus wurde für den Südraum ein Radwegekonzept erstellt.

Zur Findung der bestmöglichen Bebauung für einzelne Bereiche in den Entwicklungszonen wurden Expertenverfahren im 10. Bezirk für die Bereiche Wienerberg-Triester Straße, Hebbelgasse-Favoritenstraße, Altes Landgut und Reisingergasse und im 11. Bezirk für den Bereich Lorystraße durchgeführt.

Von der Abteilung wurden im Jahre 1995 insgesamt 66 Anträge an den Gemeinderat bzw. an die örtlich zuständige Bezirksvertretung gestellt. 58 Anträge betrafen Abänderungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. 8 Anträge wurden wegen Verhängung und Verlängerung von Bausperren gestellt.

Eine Vielzahl von Antragsentwürfen – insbesondere bei größeren Bearbeitungsgebieten – wurde im Einvernehmen mit den Bezirksvertretungen (im 10., 11. und 23. Bezirk) in gesonderten Informationsveranstaltungen im Rahmen der öffentlichen Auflage entweder bei der Bezirksvorstehung oder im Plangebiet selbst durch Mitarbeiter der Abteilung der Bevölkerung vorgestellt, mit dieser diskutiert und Vorschläge und Anregungen von Bewohnern, Eigentümern und Betriebsinhabern bei der Ausarbeitung der neuen Widmungen mitberücksichtigt.

Die Schwerpunkte der Neufestsetzungen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne lagen dabei im 10. Bezirk in den Bereichen Grundäckergasse, Urselbrunnengasse und Absberggasse, im 11. Bezirk in den Bereichen Etrichstraße-Kaiserebersdorfer Straße, Haidestraße, Thürlnhofstraße und Gadnergasse, im 12. Bezirk in den Bereichen Schönbrunner Schloßstraße, Ruckergasse, Hervicusgasse, Eckartsaugasse und Rosagasse, im 13. Bezirk in den Bereichen Mantlergasse, Seuttergasse, Firmiangasse und Schweizertalstraße und im 23. Bezirk in den Bereichen Baslergasse, Lemböckgasse, Anton-Krieger-Gasse, Brunner Straße, Zwerggrabengasse und Akaziengasse.

Zur Erhaltung von für das örtliche Stadtbild wesentlicher Ensembles wurden im Jahre 1995 Schutzzonen im Bereich 11, Kaiserebersdorfer Straße–Münichplatz im Einvernehmen mit den zuständigen Fachdienststellen vorgeschlagen bzw. der Beschlußfassung zugeführt.

Die eingeleitete Überprüfung der bestehenden Kleingartenanlagen und kleingärtnerisch genutzten Flächen im Hinblick auf deren widmungsmäßige Sicherung bzw. Sanierung wurde fortgesetzt. Es wurden dabei vor allem die Ansuchen betreffend das ganzjährige Wohnen in den Kleingartenanlagen, die bezirkweise in einzelnen Veranstaltungen mit den Bezirksvertretungen und der Bezirkskleingartenkommission abbesprochen waren, berücksichtigt. Es konnten dem Gemeinderat Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, die zusammen 18,7 ha an Erholungsgebiet-Kleingarten-Flächen ausweisen, von der Abteilung zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Dabei wurden bestehende Anlagen widmungsmäßig gesichert bzw. Kleingartengebiete für ganzjähriges Wohnen ausgewiesen, und zwar im 10. Bezirk im Bereich Bitterlichstraße, im 11. Bezirk in den Bereichen Etrichstraße und Werkstättenweg, im 12. Bezirk im Bereich Eibesbrunnergasse, im 13. Bezirk in den Bereichen Josef-Pommer-Gasse und Gemeindeberggasse und im 23. Bezirk im Bereich Tullnertalgasse.

Von der Abteilung wurden alle für die Tätigkeit des Fachbeirates für Stadtplanung erforderlichen Bürogeschäfte gemäß der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien abgewickelt. Dem Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung wurden in 8 Sitzungen 130 Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwürfe, die 58 Abänderungen bzw. 72 Aufhebungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungsplanes und Bebauungsplanes zum Ziele hatten, und 7 Planungsvorhaben von der MA 19 vorgelegt.

Insgesamt wurden von den drei Magistratsabteilungen 21 A, B und C 163 Anträge ausgearbeitet. Diese Beschlüsse des Gemeinderates bzw. der diversen Bezirksvertretungen wurden in Form von Plandokumenten kundgemacht, von der Abteilung an die Magistratsdienststellen versendet und im Wege der MA 20 für den Verkauf vorbereitet. Von der Abteilung wurden alle Akten der beschlossenen Plandokumente archiviert und die Einschreiter zu allen Beschlüssen, die von den drei Magistratsabteilungen ausgearbeitet wurden, verständigt. Insgesamt wurde im Jahre 1995 eine Fläche von 2.934 ha in den 163 Anträgen behandelt. 2.293 ha waren von Abänderungen, Aufhebungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes betroffen. Mit den 641 ha Bausperren, die im Jahre 1995 behandelt wurden, stehen zum Jahreswechsel 1995/96 773 ha unter Bausperre. Das bedeutet, daß für rund 7,7 km² des Stadtgebietes neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne vorbereitet werden und Bauführungen in diesem Gebiet nur mit dem Einverständnis der Planung und in Übereinstimmung mit den künftigen Bebauungsbestimmungen durchgeführt werden können.

Die große Anzahl der Stellungnahmen, die umfangreichen Motivenberichte und die Verständigungen der Einschreiter im Verfahren bei den Abänderungen und Neufestsetzungen zu den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen konnte mit der gemeinsam mit der MD-ADV bereits 1986 entwickelten speziellen Nutzung des IBS bewältigt werden. Ohne die Computerunterstützung wären die zahlreichen Berichte zu den Stellungnahmen und die Änderungen in den Motivenberichten, die in den einzelnen Antragsphasen immer wieder neu gefaßt und geschrieben werden müssen, nicht zu bewältigen.

Im Jahre 1995 wurden 31.564 Adreßänderungen bzw. Zuordnungsänderungen bei der Fortführung des RBW (Räumliches Bezugssystem Wien) durchgeführt und damit den Anforderungen des vergrößerten Anwenderbereiches Rechnung getragen. Die Schwerpunkte lagen dabei bei der Einarbeitung der Orientierungsnummernbescheide der MA 37, der Fortführung für die Wählerevidenz und den Änderungen zum IBS (Adreßprotokoll Profi) für die Gebührenvorschrift, Verrechnung und Verwaltung.

Mit den dezentralen graphischen Arbeitsplätzen (mit Bildschirm, Digitalisierbrett und Kontrollplotter), die von einem mit dem Zentralrechner gekoppelten Kleinrechner gesteuert werden, wurde die Nachjustierung bzw. die Abstimmung des generalisierten Flächenwidmungsplanes auf die Blockstrukturen des RBW und die Nutzungseinheiten fortgesetzt und die neuen Beschlüsse eingearbeitet. Für die Maßnahmendatei der MA 28 (Das Graphische Baustellenkoordinationssystem und das Straßeninformationssystem), deren Grundlage das RBW bildet, wurden die entsprechenden Änderungen von der Abteilung im RBW durchgeführt. Die Blockstrukturen des RBW, die Netzknoten, aber auch die Nutzungseinheiten pro Block wurden auf Grund des von der MA 41 bearbeiteten Bildfluges 1994 überarbeitet und die laufenden Anforderungen der Mehrzweckkarte mit eingearbeitet.

Auf dem 1989 installierten Anschluß an das Bundesrechenzentrum wurden im abgelaufenen Jahr ab April 1995 die Einzelabfragen von der Grundstücksdatenbank als Grundlagen für die Bebauungsplanbearbeitungen für ganz Wien von Mitarbeitern der Abteilung wieder aufgenommen. Es wurden dabei 21.128 Abfragen von April bis Dezember 1995 durchgeführt.

Für die von der MA 7 im Wege des Gemeinderatsausschusses für Kultur verfügbaren Neubenennungen bzw. Umbenennungen von Verkehrsflächen, Parks und Wohnhausanlagen wurden 59 Ansuchen behandelt, von denen 52 einer amtlichen Benennung zugeführt werden konnten. Die graphischen Unterlagen für die Bekanntgabe im Amtsblatt der Stadt Wien wurden von der Abteilung angefertigt.

Die Baubehörde (MA 35, MA 37) hat der Abteilung 1.117 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen übermittelt. Weiters wurden 667 Ansuchen bzw. Anfragen von Privaten und von Dienststellen, den Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan betreffend, untersucht und behandelt. Die Vertreter der Abteilung nahmen an 436 Verhandlungen als Amtssachverständige teil.

Auf Grund des Wohnhaussanierungsgesetzes wurden 1.264 Ansuchen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Flächenwidmungsplan und dem Bebauungsplan geprüft. 1.217 davon waren Anfragen des Amtes der Wiener Landesregierung hinsichtlich Wohnungsverbesserungen und 47 Anfragen wurden vom Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds bzw. von Privaten im Hinblick auf beabsichtigte Sanierungsmaßnahmen an Wohnhäusern bei der Abteilung eingebracht.

Stadtteilplanung und Flächennutzung Nordost

Der Schwerpunkt der Tätigkeit lag einerseits in der Fortführung bzw. Aktualisierung genereller Leitprogramme für das gesamte nordöstliche Stadtgebiet und andererseits in der Überarbeitung der Flächennutzung und Bebauung für ausgewählte Plangebiete, vielfach mit Einschluß von Expertenverfahren und umfangreicher Bürgerbeteiligungen. Durch die so auf genereller und detaillierter Planungsebene erzielten Ergebnisse wurden das Ausmaß und die Grenzen des planlichen Handlungsspielraumes für künftige vertiefende Planungen abgesteckt. Auf eine weitgehende Vergleichbarkeit der Entwicklungskonzepte sowie der kleinräumigen Planungsaktivitäten im Hinblick auf Erhebungsgrundlagen, Planannahmen und Schärfegrad der Aussagen wurde dabei erhöhtes Augenmerk gerichtet. Ausgelöst von der Aufhebung des § 1 der Bauordnung für Wien durch den Verfassungsgerichtshof ist auch in bezug auf den Raumordnungsteil eine weitreichende Diskussion eingeleitet worden. Eine angemessene Überleitungsphase, die den abteilungsorganisatorischen Möglichkeiten Rechnung trägt, soll in diesem Zusammenhang die Rechtssicherheit und -kontinuität gewährleisten. Im Rahmen eines Arbeitskreises wurden mehrere Beiträge zur Reform erarbeitet, die in einen ersten Diskussionsentwurf eingeflossen sind.

Eine Studie über das für Wohnzwecke un- bzw. untergenutzte Baulandpotential in verkehrsmäßig und technisch gut erschlossenen Gebieten des nordöstlichen Stadtgebietes wurde fertiggestellt. Als Ergebnis eines zweistufigen Auswahlverfahrens konnte das mit verschiedenen Dienststellen akkordierte Ergebnis ein an Zahl und Flächenumfang beträchtliches Verdichtungspotential nachweisen. Unter Voraussetzung des anhaltenden starken Wohnungsbedarfs ist damit ein räumlicher Rahmen für zielgerichtete Maßnahmen zur Baulandmobilisierung geschaffen worden.

21. Bezirk

Das im letztjährigen Bericht erwähnte Flächennutzungskonzept für den 21. Bezirk wurde detailliert und in publikationsfähiger Form aufbereitet.

Im Sektor Öffentlichkeitsarbeit wurde weiters eine Wanderausstellung für den 21. und 22. Bezirk über „Planungen für Floridsdorf“ konzipiert, die Texte und Vorlagen für Plakate, Mitnahmebroschüren, Zeitungsartikel und Werbeeinschaltungen usw. verfaßt sowie die personelle Ausstellungsbetreuung durchgeführt. Diese Veranstaltung bot einen Informationsquerschnitt über alle möglichen, für die Bürger sichtbaren Veränderungen ihres Bezirkes. Sowohl geplante Wohnbauten, Kindergärten, Bürohäuser als auch um- bzw. neugestaltete Straßen und Plätze sowie neue Grünräume wurden gezeigt. Das Echo war nachhaltig und überwiegend positiv.

Auf Basis des Leitprojektes für den Stadtteil „Floridsdorf Ost“ wurden die rechtlichen Voraussetzungen für ein Pilotprojekt „Wohnen mit Car-sharing“ (Arbeitstitel „autofreies Wohnen“) vorbereitet. Dies umfaßte einen detaillierten Bebauungsplan für den Eckbereich Donaufelder Straße/Fultonstraße, in dem besonderer Wert auf die Festlegung ökologischer Komponenten gelegt wurde. Der Versiegelungsgrad wurde minimiert, Gebäudestellungen im Hinblick auf die passive Nutzung der Sonnenenergie optimiert, die Gestaltung von Freiflächen vorgegeben, Zweckwidmungen für Nebengebäude (Fahrradabstellanlagen, Mülltrennung usw.) vorgeschlagen und ein Fußwegnetz festgelegt. Im gleichen Zusammenhang wurde ein Arbeitskreis zur Ausarbeitung von Vorschlägen zur Änderung des Wiener Garagengesetzes gegründet; die Ergebnisse werden heuer im Landtag vorgelegt. Letztlich arbeitet die Abteilung auch im Projektteam „autofreies Wohnen“ der MD-Stadtbaudirektion mit.

Ein weiteres Musterprojekt im Bereich „Floridsdorf Ost“ stellt das neben der „Frauenwerk-Stadt“ geplante Vorhaben „Home-worker“ dar, für das die Vorarbeiten abgeschlossen wurden.

Für einen an den Lorettoplatz in Jedleseer anschließenden Bereich wurde ein städtebauliches Gutachterverfahren durchgeführt. Die Umsetzung in den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan fand unter reger Mitwirkung der Bevölkerung statt. Das prämierte Projekt wird in der Folge so abgeändert, daß der alte Baubestand an der Anton-Bosch-Gasse in die neue Struktur integriert wird.

Im Bereich Großfeldsiedlung/Jerusalemgasse führte die Information der Anrainer über ein im Rahmen von Nachverdichtungsüberlegungen ventiliertes Wohnprojekt im Hinblick auf die vehementen Widerstände der Bewohner zum Abbruch des Flächenwidmungsverfahrens. Die Zielsetzung an bereits gut erschlossenen Standorten bauliche Ergänzungen vorzunehmen, wurde der Bevölkerung jedoch als weiterhin vordringlich dargestellt.

Im Anschluß an den bisherigen Arbeitsschwerpunkt Stadterweiterungssachse Brünner Straße wurden detaillierte Bestandsanalysen für die untergenutzten Stadtbrachen am Gelände der ehemaligen Regionalbahneinrichtungen durchgeführt. Außerdem waren für die Stadtkarten ergänzende Erhebungen notwendig, da der rasante Baufortschritt (schleichende Stadterweiterung) in seit vielen Jahren zwar gewidmeten, jedoch früher landwirtschaftlich genutzten Gebieten an den Ortsrändern von Stammersdorf daten- und grundlagenmäßig noch nicht nachgeführt werden konnte. Auf Basis dieser Erhebungen werden nun Bebauungsstudien zur Abrundung der Entwicklung hergestellt.

Hervorzuheben sind weiters großflächige Bearbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes im Bereich der Nordrandsiedlung sowie zwischen der Prager Straße und der ÖBB-Trasse. Im Zuge letzterer wurde auch der neue Standort für die alte Hauptschule Leopold-Ferstl-Gasse gewidmet. Dieses Vorhaben war vor allem wegen der Lage des Standortes an einem Brunnenschutzgebiet diffizil zu behandeln. Da die Anrainer bisher kein bauliches Gegenüber hatten und auch Parkplätze dafür verlegt werden mußten, bedurfte es aufwendiger Erklärungs- und Überzeugungsarbeit.

Für den nach Übersiedlung der Hauptschule freiwerdenden Baublock südlich des Franz-Jonas-Platzes wurde ein Wettbewerb vorbereitet. Erstmals wird dieser thematisch und organisatorisch vom Städtebau bis zur Realisierung übergreifend durchgeführt. Ein Novum ist auch die öffentliche Ausschreibung für Teams bestehend aus Architekten und Developern. Hintergrund dieser Idee war das Bemühen, ein architektonisch hervorragendes Projekt zu erzielen, für dessen Errichtung auch gleich ein Bauherr zur Verfügung steht.

22. Bezirk West

Das beauftragte Leitprogramm für Donaustadt West konnte weiterbearbeitet und abgeschlossen werden. Es gliedert sich in ein Leitbild (Teil A), ein Entwicklungskonzept (Teil B) und einen internen Anhang mit Grundlagen, Berechnungsannahmen und einer Projektdokumentation (Teil C).

Für das Projekt der Donau-City wurde das Plandokument überarbeitet und der Beschlußfassung zugeführt. Im unmittelbaren Nahbereich wurden konkrete Planungen für die Errichtung weiterer Infrastruktureinrichtungen (Feuerwache, Rettungsstation) begonnen.

In Anbetracht der teilweise weit zurückreichenden bzw. nicht bestehenden Flächenwidmungs- und Bebauungsbestimmungen wurden für die locker bebauten Gebiete im Bereich der Alten Donau fünf Planentwürfe vorbereitet. Für den dichter bebauten Bereich von Kaisermühlen wurde eine Problemanalyse in Auftrag gegeben.

Das Planverfahren für das geplante Büro- und Geschäftszentrum IZD und den anschließenden Wohnpark Alte Donau konnte zum erfolgreichen Abschluß gebracht werden. Insgesamt 800 Wohnungen, ein Hotel, ein Boarding House, Büros, Geschäfte, ein Kindertagesheim und eine Volksschule sollen hier errichtet werden.

Die planliche Nutzungsfestlegung für die gegenwärtig unbebaute Fläche nördlich Bernoullistraße wurde einer Beschlußfassung zugeführt. Die Überarbeitung des Gebietes beidseits des Nordabschnitts der Industriestraße konnte ebenfalls beschlußreif gemacht und die Bearbeitung des Industriegebietes im Bereich Gotramgasse mit Berücksichtigung möglicher Trassen für eine eventuelle U-Bahn fortgeführt werden. Vorarbeiten erfolgten im Hinblick auf eine Aktualisierung der Bestandsaufnahme für Stadlau West sowie für eine Abänderung bzw. Aufwertung des kleingartenähnlichen Siedlungsgebietes Kleiner Neuhaufen.

Im Rahmen des vom Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds und der Abteilung durchgeführten städtebaulichen Expertenverfahrens Kagran Nord im Gebiet Doningasse/Wagramer Straße wurde von der eingeladenen Landschaftsplanerin und den eingeladenen Architekten aus den Vereinigten Staaten und Österreich ein genereller Entwurf für eine Wohnbebauung (rund 500 Wohnungen) mit entsprechenden Folgeeinrichtungen, Kultur- und Freizeitanlagen sowie Gewerbebetrieben erarbeitet. Die weitere Überarbeitung dieses „internationalen Wohnbauexperimentes“ soll die Realisierung im Rahmen der Richtlinien des sozialen Wohnbaues und der Bauordnung für Wien ermöglichen. Der Entwurf wurde der Fachöffentlichkeit sowohl in der Wiener Planungswerkstatt als auch im Architekturzentrum Wien präsentiert. Zur Dokumentation und Veröffentlichung bisheriger Arbeitsergebnisse wurde eine Broschüre erstellt.

Für den Bereich Kagran Zentrum erfolgte eine Voruntersuchung für eine Stadtteilplanung und Flächennutzung. Eine Flächenermittlung ermöglicht einen Vergleich von Verkaufsflächen mit der Zahl der Stellplätze und stellt Reserveflächen für eine Erweiterung und verbesserte Ausstattung des Hauptzentrums dar.

Durch den Beschluß des Gemeinderates für das Stadterweiterungsgebiet Kagran West (Gebiet um Attemsgasse) im Juni 1995 wurde die Phase der Erstellung der generellen planlichen Rechtsverordnung abgeschlossen. Der weitere schrittweise Ankauf und die Freimachung der Grundflächen werden die Errichtung von insgesamt rund 3.400 Wohnungen für rund 8.500 Einwohner und von Betrieben mit etwa 2.200 Arbeitsplätzen ermöglichen. Auf Grund dieses Bebauungsplanes konnte vom Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds für den Bereich Dückegasse-Prandaugasse, in dem der Großteil der Grundflächen bereits verfügbar ist, ein Bauträgerwettbewerb für rund 500 Wohnungen durchgeführt werden, um bei gleichzeitigem Qualitätserhalt preisgünstiges Bauen zu ermöglichen.

Für das Stadterweiterungsgebiet Süßenbrunn wurde der Entwurf für einen neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan erstellt, wobei der Bebauungsplan für die erste Bauphase festgelegt wurde. Diese sollte vor allem etwa 600 Wohneinheiten und ein rund 4,8 ha großes Gewerbegebiet umfassen. Zur öffentlichen Auflage fand vor Ort eine Ausstellung statt, bei der auch ein Modell und die Beiträge der Konsultanten für Grünraum, Ökologie und Verkehr gezeigt wurden. Bei einer Bürgerversammlung im Herbst wurde über die Einarbeitung der Stellungnahmen berichtet. Stets wurde jedoch auf den Zusammenhang dieser Planungen mit der Sicherstellung der erforderlichen Infrastruktur hingewiesen.

Für ein rund 58 ha großes Gebiet östlich des Ortskernes Kagran wurde eine Bestandsaufnahme durchgeführt sowie ein Vorentwurf und Entwurf für einen neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan erstellt. Im Gebietskern sollen stadtteilbezogene Erholungsflächen situiert werden, anschließend Wohngebiete und an den Ver-

kehrstraßen gemischte Baugebiete mit Betriebsbaugebieten; bestehende Kleingartenanlagen sollen widmungsmäßig berücksichtigt werden.

Das städtebauliche Modell für das Gebiet zwischen Alter und Neuer Donau wurde in einem Teilbereich aktualisiert, ein Modellausschnitt wurde in der Ausstellung „Architektur im 20. Jahrhundert: Österreich“ im Deutschen Architektur Museum, Frankfurt am Main, gezeigt.

22. Bezirk Ost

In dem in Zusammenarbeit mit dem Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds vorbereiteten zweistufigen städtebaulichen Expertenverfahren Aspern-Süd wurde durch die Abgabe von 7 Beiträgen durch die Architektengruppe Stadtteilplanung die erste Verfahrensstufe größtenteils abgeschlossen.

Auf Grund geänderter Rahmenbedingungen wurde die Zielsetzung für die zweite Verfahrensstufe in Abstimmung mit den übergeordneten Dienststellen, der Architektengruppe, den beigezogenen Konsulenten sowie mit dem Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds dahingehend abgeändert, daß generelle und für die Stadt Wien auch an anderen Standorten anwendbare Ergebnisse z. B. hinsichtlich Kostenreduktion, flexible Nutzungen, Energiesparmöglichkeiten, optimierte Bauabwicklung usw. erzielt werden sollen.

Begleitend zur Erstellung des technischen generellen Projektes für den Ausbau der S80 waren für den Bereich Mühlgrund bis Hirschstetten die städtebaulichen Rahmenbedingungen zu präzisieren bzw. die Auswirkungen zu untersuchen.

Zweck dieser Untersuchung war es, die städtebaulichen Anforderungen an das technische Projekt zu ermitteln und in die Diskussion mit den Österreichischen Bundesbahnen einzubringen bzw. allfälligen planerischen Handlungsbedarf in den Nahbereichen der Schnellbahntrasse möglichst frühzeitig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Die Untersuchung stellte sich insofern als besonders komplex heraus, als funktionelle, technische und gestalterische Zusammenhänge mit anderen Trassenplanungen (U-Bahn, Bundesstraße B3d), die jeweils noch einen gewissen Variantenspielraum aufwiesen, zu beachten waren.

Als wichtige Bearbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ist das Plangebiet Hirschstetten hervorzuheben. Hier wurde insbesondere eine Schutzzone in differenzierter Form durch erschöpfende Auflistung des erhaltenswerten Baubestandes festgesetzt. Außerdem erfolgte die Klarstellung, daß in den übrigen Bereichen keine Bedenken gegen Abbrüche bestehen, sondern lediglich im Neubaufall auf eine ortsbildgerechte Gestaltung zu achten ist.

Auch für die Stadtrandsiedlung Breitenlee wurde unter anderem durch Differenzierung der flächigen Widmung der Wahrung des typischen Siedlungscharakters Rechnung getragen. Überdies wurde Widmungsvorsorge für Wohnbebauung sowie für die Ausgestaltung von Grünzonen im Nahbereich des Ortskernes getroffen. Ein intensiver Informationsaustausch mit der ansässigen Bevölkerung ergab ein äußerst positives Stimmungsbild.

Das rechtliche Sanierungsprogramm „für wilde Siedlungen“ wurde mit den Siedlungen „In der Bien“ und „Binsenweg“ fortgesetzt. Im Zuge der öffentlichen Auflage wurden die Bewohner der letztgenannten Siedlung maßgeblich in die Diskussion von Problemen und die Erarbeitung von Lösungen und Kompromissen eingebunden.

Für das Gebiet Quadenstraße/Ziegelhofstraße, für das auf Grund seines Baubestandes, seiner Verkehrswege und seiner Grundstückszuschnitte die derzeitige Rechtslage nicht mehr sinnvoll konsumiert werden kann, wurden Nutzungsüberlegungen angestellt und darauf basierend Bebauungsstudien erstellt.

Vor der Überarbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für den Ortskern von Breitenlee sollten in einer Studie die mittel- bis langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten des alten Ortskernes und des unmittelbaren Umlandes untersucht werden. In drei Szenarien wurde die anzustrebende Entwicklung im Zusammenhang mit der vorhandenen, der derzeit geplanten und der allenfalls erforderlichen Infrastruktur, der Grünflächen und der verkehrlichen Anbindung auch in Zusammenhang mit der Frage der Realisierbarkeit untersucht.

Die Möglichkeit, über Computernetzwerke zu kommunizieren, hatte die Abteilung veranlaßt, den Pilotversuch „Stadtplanung und Internet“ zu starten, der einen ersten Schritt für die Einführung einer zusätzlichen Kommunikationsebene zwischen den Planungsabteilungen und Bürgern mit Hilfe neuer Medien darstellen sollte.

Erstmals wurde im Rahmen der öffentlichen Auflage des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwurfes für den Bereich um das Donaospital die Möglichkeit geboten, Stellungnahmen zum aufgelegten Entwurf auch via Internet zu übermitteln.

Dieser Pilotversuch bildete gleichzeitig den Ausgangspunkt für Überlegungen, wie die Planungsstellen künftig die neuen Technologien der Informationsaufbereitung und -übertragung einsetzen könnten, um für (politische) Entscheidungsträger und die betroffene Bevölkerung mehr Transparenz bei planerischen Entscheidungsprozessen zu erreichen. Zu diesem Zweck wurde auf einem im Donaospital eingerichteten Computerarbeitsplatz unter anderem der zur Einsichtnahme aufgelegte Planentwurf in digitaler Form gezeigt sowie eine 3D-Visualisierung der Stadtlandschaft und computergestützte Darstellungen von graphischen Datengrundlagen für das Gebiet um das Donaospital; begleitend dazu gab eine Kleinausstellung einen Überblick über die Einsatzmöglichkeiten der graphischen Datenverarbeitung für eine EDV-gestützte Stadtplanung.

Um eine kritische und konstruktive Einbindung der Bevölkerung in die Vorgänge und Planungen rund um die Stadterweiterung zu gewährleisten, wurden folgende Arbeitsschwerpunkte des Bürgerbeteiligungsverfahrens Marchegger Ast fortgesetzt:

- Stadttreff:
als Ort der Kommunikation und Information,
- Arbeitskreise:
Transport aktueller Sachthemen über offene Bezirksveranstaltungen,
Informationsveranstaltungen vorwiegend zu übergeordneten Themen bzw. Maßnahmen der Stadtentwicklung,
- Stadtteilzeitung „Hier fehlt noch was“:
als Medium demokratischer Meinungsäußerung und Information.

Im Rahmen des Bürgerbeteiligungsverfahrens Marchegger Ast sollten weitere Möglichkeiten untersucht werden, wie durch technische und strukturelle Verbesserungen im Umfeld der Wohnanlagen in Hirschstetten ein Beitrag zur Identitätsfindung und sozialer Bindung vor allem Jugendlicher geleistet werden kann.

In diesem Zusammenhang wurde 1995 erstmals ein Jugendparlament als Plattform eines dauerhaften Dialoges zwischen den Jugendlichen und den Institutionen vor Ort eingerichtet. Mit der Erhebung der Mängel und Fehlbestände in den Wohnanlagen konnten nun die ersten Sanierungsmaßnahmen eingeleitet bzw. Gestaltungsentwürfe erarbeitet werden.

Statistischer Jahresüberblick

44 Plandokumente konnten im Wiener Gemeinderat bzw. in den Bezirksvertretungen von Floridsdorf und Donaustadt beschlossen werden. Weitere 40 Planentwürfe oder Bausperren wurden bearbeitet, vorbereitet oder liefen weiter bzw. wurden verlängert.

Von den beschlossenen Plandokumenten betrafen 16 Aufhebungen und Neufestsetzungen, 17 Abänderungen und 11 unwesentliche Abänderungen; 1 Planentwurf wurde im Laufe des Verfahrens eingestellt. Darüber hinaus wurden drei Bausperren verlängert und drei liefen weiter.

Die Summe der für sämtliche Planungsaktivitäten eingebrachten finanziellen Aufwendungen betrug knapp 10 Millionen Schilling. Differenziert man nach Verwendungsbereichen, so ergaben sich Aufwendungen für Expertenverfahren von 3,2 Millionen Schilling, für Bürgerbeteiligungen und Ausstellungen von über 2 Millionen Schilling, für Leitprogramme von einer knappen Million, für Bestandsaufnahmen von über 1,2 Millionen Schilling und für Sach-, Fach- bzw. Teilgebietsplanungen von fast 2,5 Millionen Schilling.

Gliedert man die Investitionen in räumlicher Hinsicht, so wurden – abgesehen von diversen oder nicht zuordbaren Kosten – für den 21. Bezirk fast 1,5 Millionen Schilling, für Donaustadt West 3,2 Millionen Schilling und für Donaustadt Ost 4,8 Millionen Schilling verwendet.

Der Abreitung wurden 1.074 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen von der Baubehörde zur Behandlung übermittelt. 14 Ansuchen auf Basis des Wohnhaussanierungsgesetzes wurden auf ihre Vereinbarkeit mit dem Flächenwidmungsplan und dem Bebauungsplan geprüft. In den Widmungsgesprächen wurden 41 Widmungsansuchen behandelt.

Öffentliche Beleuchtung

Im Zuge des Neu- und Umbaus von Straßenbeleuchtungsanlagen sowie von Großinstandsetzungsarbeiten wurden im Jahre 1995 rund 8.000 Lichtstellen bearbeitet. Mit Jahresende waren in Wien 131.486 Leuchten mit insgesamt 226.476 Lampen installiert. Der Anschlußwert der öffentlichen Beleuchtung betrug 13.589 kW, der Stromverbrauch 49.209.047 kWh.

Aus der Vielzahl der Arbeiten sollen im folgenden nur einige hervorgehoben werden:

Nach Fertigstellung der Tiefgarage am Georg-Coch-Platz im 1. Bezirk wurde, abgestimmt mit der MA 19 und koordiniert mit der Oberflächenwiederherstellung der MA 28, eine Kandelaberbeleuchtung der Type „Ringstraße“ errichtet. Als Leuchtmittel wurde eine Quecksilberdampf Lampe 80 W eingesetzt. Im Zuge der Parkumgestaltung am Max-Winter-Platz im 2. Bezirk wurde auf Wunsch des Bezirkes die öffentliche Beleuchtung erneuert. Die bestehenden Lichtständer wurden durch Lichtständer der Type „Lamprecht“ ersetzt. Da einige Lichtständerstandorte projektsbedingt verändert wurden, mußten in diesem Fall auch die Versorgungskabel getauscht werden. Im Zuge der Umgestaltung des Radetzkyplatzes im 3. Bezirk mußte projektsbedingt auch die öffentliche Beleuchtung erneuert werden.

Für die Ausleuchtung des Fahrbahnbereiches wurden, koordiniert mit der MA 46 und den Wiener Verkehrsbetrieben, die Spannmaststandorte für die Straßenbahn und die Verkehrslichtsignalanlage so gewählt, daß diese auch für eine Auslegerbeleuchtung herangezogen werden konnten.

Auf die von den Wiener Verkehrsbetrieben aufgestellten Masten werden Bogenausleger mit Leuchten der Type „Maiglöckchen, groß“ (Natriumhochdrucklampe 70 W), und am Mast der MA 46 ein Dreifachbogenausleger mit Leuchten der Type „Stephansplatz“ (Natriumhochdrucklampe 150 W) montiert. In den Fußgängerbereichen kamen Lichtständer der Type „Maiglöckchen, klein“ (Natriumhochdrucklampen 70 W), zur Aufstellung.

Auf langjährigen Wunsch der Anrainer wurde mit Mittel aus dem Bezirksbudget der durch eine Baumreihe und einem Grünstreifen von der Fahrbahn der Kundratstraße (10. Bezirk) getrennte Gehsteig mit einer eigenen Beleuchtung versehen. Als Beleuchtungsart wurden Lichtständer der Type „Lamprecht“ bestückt mit Natriumhochdrucklampen 50 W gewählt.

Ausgelöst durch den Straßenneubau der Straße Unter der Kirche und Holzergasse im 11. Bezirk entlang einer neuen Wohnhausanlage mußte eine öffentliche Beleuchtung errichtet werden. Die Ausleuchtung des Straßenbereiches erfolgt mit Lichtständer Type „Messe“ mit Ansatzleuchten 2 x 40 W.

Auf Bürgerwunsch wurde mit Bezirksmitteln der stark begangene Weg von der Simmeringer Hauptstraße zur Meidlgasse (Simmeringer Stadtwäldchen) mit einer öffentlichen Beleuchtung ausgestattet. Die Ausleuchtung des Weges, der auch in Einzelfällen von der Friedhofsgärtnerei befahren wird, wurde mittels Lichtständer „Stadhalle, mittel“ bestückt mit Ansatzleuchten 2 x 40 W ausgeführt.

Eine zusätzliche Lichtständerbeleuchtung Type „Lamprecht“ wurde auf einem Fußweg entlang einer Wohnhausanlage, im Bereich Rettichgasse, Keißlergasse, Bahnhofstraße im 14. Bezirk errichtet, da die bereits vorhandene Straßenbeleuchtung durch Sträucher abgedeckt wurde.

Im Zuge der neuen Ausgestaltung der Fußgeherzone Meiselstraße von Johnstraße bis Selzergasse im 15. Bezirk wurde, abgestimmt mit der MA 19 und mit dem Straßenprojekt, die Errichtung einer neuen Kandelaberbeleuchtung der Type „Meidlinger Hauptstraße“ durchgeführt. Die Ausleuchtung dieser Fußgeherzone erfolgte durch runde konische Lichtständer und einer Leuchte der Type „Meidlinger Hauptstraße“. Als Leuchtmittel ist eine Natriumhochdrucklampe 150 W eingesetzt.

Im Zuge der Parkumgestaltung am Richard-Wagner-Platz im 16. Bezirk wurden die Erdkabel der vorhandenen öffentlichen Beleuchtung erneuert. Die alten Lichtständer wurden gegen solche der Type „Altstadt“ ausgetauscht.

Ausgelöst durch den Bau der neuen Wohnhausanlage Kornhäuselpark im 20. Bezirk mußte in Teilbereichen der Leysstraße und der Robert-Blum-Gasse die bestehende Beleuchtung auf Stahldrahtverspannung erneuert werden. Neu beleuchtet wurde der Fußweg Kornhäuselgasse mit Lichtständer der Type „Stadhalle, mittel“ mit Ansatzleuchten 1 x 40 W, da dieser Weg im Notfall als Feuerwehruzufahrt benützt werden kann.

Im Zuge der Oberflächenherstellung nach dem U-Bahnbau in 20, Leipziger Straße, Hellwagstraße, Vorgartenstraße, Winarskystraße, Durchlaufstraße wurde eine neue Fahrbahnbeleuchtung mit Lichtmaste Type „Brigittenau“ mit Lichtpunkthöhe 8 m (konischer Stahlmast) bestückt mit Leuchtmittel – Natriumhochdrucklampe 150 W mit Reduzierschaltung auf 100 W errichtet.

In den Fußgeherbereichen wurden Lichtständer Type „Brigittenau“ mit Lichtpunkthöhe 4 m (konischer Stahlmast) aufgestellt und als Leuchtmittel die Natriumhochdrucklampe 70 W mit Reduzierschaltung auf 50 W verwendet.

Neugebaut wurde die öffentliche Beleuchtung in 21, Jedleseer Straße, infolge Straßenneubaues mittels Lichtständer „Stadhalle, groß“ bestückt mit Leuchtstofflampen 2 x 40 W bis zur Schutzzone.

Im Schutzzonenbereich erfolgt die Ausleuchtung des Straßenbereiches durch „Altstadtleuchten“ mit Natriumhochdrucklampen 50 W.

Im Zuge des Straßenneubaues der Langenzersdorfer Straße im 21. Bezirk wurde die bestehende Holzmastenanlage, dem Altstadtcharakter entsprechend, durch Kandelaber der Type „Altstadt“ bestückt mit Natriumhochdrucklampe 50 W ersetzt.

Ausgelöst durch den Straßenneubau der Süßenbrunner Straße im 22. Bezirk wurde die öffentliche Beleuchtung in Form von Lichtständern „Stadhalle, groß“, bestückt mit Ansatzleuchten 2 x 40 W errichtet.

Straßenumbauarbeiten in der Langobardenstraße im 22. Bezirk erforderten den Neubau der öffentlichen Beleuchtung. Verwendet wurden Lichtmaste mit Ausleger. Als Lichtquelle dient eine Ansatzleuchte die, mit Natriumhochdrucklampen 2 x 70 W ausgerüstet ist.

In Stadterweiterungs- und Entwicklungsgebieten wie in 21, westlich und östlich Brünner Straße, 22, Süßenbrunn sind die Beleuchtungsneubauten zum größten Teil abgeschlossen.

In den weiteren Gebieten im 11., 21. und 22. Bezirk werden Teilbereiche der öffentlichen Beleuchtung entsprechend den Möglichkeiten errichtet.

In den Stadterweiterungs- und Entwicklungsgebieten werden Straßenflächen überwiegend mit Lichtständer der Typen „Messe“, „Stadhalle, groß“ und „Krischanitz“ ausgeleuchtet, während auf Fußwegen und innerhalb von Wohnhausanlagen die Type „Lamprecht“ verwendet wird. Als Leuchtmittel werden generell Leuchtstoff- und Natriumhochdrucklampen eingesetzt.

Im Jahre 1995 wurden von der Abteilung 195 öffentliche Uhren betreut, und zwar 78 Würfeluhren, 5 Springzifferuhren, 80 Uhren auf Kirchen, 17 Uhren auf Amtshäusern und Schulen sowie 15 Uhren auf sonstigen Objekten. Sämtliche Uhren sind ferngesteuert und werden über den Zeitzeichensender DCF 77 der Deutschen Bundespost synchronisiert. Auch die Umstellung auf Sommerzeit und die Rückstellung auf Normalzeit wird von diesem Sender ausgelöst.

Im Berichtsjahr wurden folgende Würfeluhren (Lichtmastuhren) einer Generalüberholung unterzogen, und zwar in 1, Am Hof, Neuer Markt, 2, Am Tabor, 3, Radetzkyplatz, 5, Margaretenplatz, 9, Nußdorfer Straße, Alserbachstraße, 12, Gaudenzdorfer Gürtel, 15, Urban-Loritz-Platz, 19, Parkplatz Kahlenberg sowie in 20, Hannovermarkt.

Bei den Kirchen- oder Gebäudeuhren in 3, Kolonitzplatz (St. Othmar), 4, Elisabethplatz (St. Elisabeth), 7, Hermannsgasse (Amtshaus), 8, Uhlplatz (Pfarrkirche Breitenfeld), 13, Kardinal-Piffl-Gasse (St.-Hubertus-Christophorus), 14, Linzer Straße (Pfarrkirche Hütteldorf), 18, Gertrudplatz (Pfarrkirche Währing) und in 22, Asperner Heldenplatz (Pfarrkirche Aspern) waren zum Teil aufwendige Instandhaltungsarbeiten durchzuführen.

Das Berichtsjahr war gekennzeichnet durch eine wesentliche Steigerung des Arbeitsanfalls. Es wurden 207 Aufnahmen von Neuanlagen und 80 Kontrollen von Altanlagen durchgeführt. Erwähnenswert ist auch die hohe Zahl von 30 Lichtmessungen. Zum Teil handelt es sich hierbei um Messungen für die Gewerbebehörde auf Grund von Anrainerbeschwerden, zum Teil aber auch für interne Zwecke, etwa als Basis für die Verbesserung bestehender Beleuchtungsanlagen. Zur Unterstützung der Betriebsgruppe wurden schließlich auch noch 67 Kabelfehlermessungen durchgeführt.

Schwerpunkte der Arbeit im Versuchsraum waren umfangreiche Lampenprüfungen, zum Teil auch für andere Dienststellen wie MA 46 oder MA 54. Neben zahlreichen Leuchtenmessungen sind auch die erfolgreich abgeschlossenen Tests für elektronische Vorschaltgeräte und für ein neues Einheitsschaltgerüst zu erwähnen.

Von besonderer Bedeutung erscheint die Errichtung von Anleuchtungsanlagen für die Pfarrkirche Breitensee (14, Laurentiusplatz) und die Kirche St. Georg (22, St.-Wendelin-Platz). In Zusammenarbeit mit der MA 29 wurden die Augartenbrücke und die Kleine Ungarbrücke mit einer Effektbeleuchtung versehen. Weitere Umbauten bzw. Instandsetzungen betrafen 1, Grillparzerdenkmal, Stephanskirche und die ehemalige Böhmisches Hofkanzlei am Judenplatz.

Mit Eigenpersonal wird die Behebung der laufenden Störungen und Lampenausfälle der öffentlichen Beleuchtung und die Behebung aktueller Störungen im Starkstromteil der Lichtsignalanlagen sowie die Störungsbehebung an Verkehrslichtsäulen und beleuchteten Verkehrszeichen durchgeführt. Dazu ist ein Schichtdienst mit 35 Bediensteten eingerichtet, so daß das erforderliche Personal für die Störungsbehebung rund um die Uhr zur Verfügung steht.

Stadtvermessung

Die Aufgaben der Abteilung umfassen die Durchführung der vermessungstechnischen Arbeiten und die Herstellung von Planurkunden für die Stadtverwaltung, hauptsächlich in den Bereichen der Verwaltung, Planung und Bauausführung. Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist die Abteilung nach den Fachbereichen der Vermessungstechnik in die Dezernate Ingenieurgeodäsie mit den Referaten Baustellenmessungen, Allgemeine Vermessungen, Nivellement, Liegenschaftsgeodäsie mit den Referaten Urkundpläne und Grenzvermessungen sowie Kartographische Geodäsie mit den Gruppen Mehrzweckkarte, Luftbildauswertung und Kartographie gegliedert. Zusätzlich stehen die Referate Kanzlei, Archiv, Technisches Zeichnen und Ausmesser als Einzelreferate allen Arbeitsbereichen zur Verfügung.

Mitte des Jahres trat das Wiener Landesvergabegesetz, das die Vergabe von Aufträgen für Lieferungen, Bau- und Dienstleistungen regelt, in Kraft. Bei der Vergabe von Vermessungsleistungen, die über den in diesem Gesetz mit 200.000 ECU festgelegten Schwellenwert hinausgehen, werden nun in Hinkunft vermehrt EU-weite Ausschreibungen und Bekanntmachungen erforderlich sein. Derzeit liegen über die Auswirkungen dieses Gesetzes noch keine Erfahrungen aus der Anwendung in der Praxis vor.

Über Auftrag der Stadtbaudirektion wurde bei der MA 41 – Stadtvermessung eine Arbeitsgruppe zum Thema „Städtische Abteilungsverfahren“ eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe setzt sich aus Mitarbeitern der MA 41 und allen jenen Dienststellen, die mit Grundabteilungen befaßt sind, zusammen. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe ist es, die bestehenden, sehr zeitaufwendigen behördlichen Verfahren bei Grundteilungen zu analysieren und konkrete Maßnahmen zur Verkürzung und Vereinfachung sowohl im internen Verfahrensablauf als auch im legistischen Bereich zu vereinbaren bzw. der zuständigen Stellen zur Beschlußfassung vorzuschlagen.

Die Aufgaben des im Dezernat Ingenieurgeodäsie eingerichteten Referates Baustellenmessungen konzentrierten sich auf den Bereich des U-Bahn-Baus. Es handelt sich dabei meist um technisch sehr aufwendige und verantwortungsvolle Arbeiten, die häufig mit erheblichen körperlichen Strapazen verbunden sind. Je nach dem Projektstand der einzelnen Bauabschnitte waren im Zuge einer ständigen Baubetreuung sehr verschiedenartige Vermessungen vorzunehmen. So waren im Bereich der Linie U 6 zwischen den Abschnitten „Jägerstraße“ und „Floridsdorf“ vor allem Messungen für den Innenausbau und die Oberflächengestaltung im Stationsbereich erforderlich, sowie Präzisionskontrollmessungen der U-Bahnbrücken über Donaukanal, Donau und Neue Donau. Während im Bereich der Abschnitte U 3/16 „Hütteldorfer Straße“ bis U 3/18 „Ottakring“, Vortriebsrichtungen zu kontrollieren waren, Absteckungen für den Rohausbau anfielen, Toleranzen meßtechnisch zu erfassen und laufend Setzungsmessungen mit Zehntelmillimetergeauigkeit im Einflußbereich der Baustellen vorzunehmen waren, bezogen sich die Vermessungsarbeiten für die Verlängerung der U 3 nach Simmering vorerst noch auf bauvorbereitende Maßnahmen.

Neben diesen U-Bahn-Vermessungen wurden vom Referat Baustellenmessungen auch folgende Brückenbaustellen vermessungstechnisch betreut: Nordsteg, Hebung und Verbreiterung der Praterbrücke, Donaustadtbrücke.

Das dem Dezernat zugeordnete Referat Allgemeine Vermessungen hat für die städtischen Bauvorhaben 137 Lage- und Höhenpläne, überwiegend in CAD-Technik, zur Verfügung gestellt. Dazu zählten die Absteckungs- und Baubetreuungsarbeiten in den Stadterweiterungsgebieten Satzingerweg, Erzherzog-Karl-Straße, Ullreichgasse, Jedlersdorfer Straße, Leberberg und Kagran West, sowie Projektunterlagen und Fluchtlinienberechnungen für die Stadterweiterungsflächen Süßenbrunn, In der Wiesen Nord und Multifunktionales Zentrum U 6. Weiters waren Planunterlagen für die Donaustadtbrücke, die neue Straßenbahnlinie 27, die Straßenverbindung Seyringer Straße–B 302 vorzubereiten und Planergänzungen für die Verlängerung der U 3 nach Simmering vorzunehmen. Mit der vermessungstechnischen Bestandsaufnahme der Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik der Stadt Wien liegt nun für ein weiteres städtisches Spital eine digitale Plangrundlage für ein computergestütztes Krankenhausverwaltungssystem vor.

Das von einem Mitarbeiter der Abteilung entwickelte kostensparende Verfahren der indirekten Absteckung konnte erstmals in größerem Rahmen für den Umbau der äußeren Mariahilfer Straße und der Ottakringer Straße vorteilhaft eingesetzt werden.

Einen Einblick über die Vielfalt der Vermessungsarbeiten dieses Referates kann folgende Aufzählung weiterer Arbeiten bieten: So waren vermessungstechnische Unterlagen für das Park-and-Ridekonzept zu liefern, das im Zusammenhang mit der Kraftwerkserrichtung Freudenua stehende Entwässerungsprojekt Kuchelau zu betreuen, der Eislaufplatz am Rathausplatz zu vermessen, die Ausgrabungen am Judenplatz zu erfassen, für den Baumgartner und Ottakringer Friedhof vermessungstechnische Grundlagen für den Aufbau eines Friedhofsinformationssystems auszuarbeiten, sowie Messungen für einen Hubschrauberlandeplatz im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel vorzunehmen.

Im Vorjahr wurde damit begonnen, Hangrutschungen, die im Bereich der Wasserleitungsstrassen auftreten, mit GPS-Geräten zu beobachten. Mit deren Hilfe ist eine Ermittlung der Position von Vermessungspunkten durch Streckenmessungen zu einem System von in festen, exakt bestimmten Umlaufbahnen um die Erde kreisenden Satelliten möglich. Die im Berichtsjahr vorgenommenen Wiederholungsmessungen bestätigen die Prognose über die erzielbare Genauigkeit der Methode sowie die Verlässlichkeit der Ergebnisse und rechtfertigen somit einen weiteren langfristigen Einsatz.

In 26 Fällen waren bei Einsprüchen in Verwaltungsverfahren, vor allem bei Verkehrsangelegenheiten, Gutachten in planlicher Form abzugeben. Weiters wurde in 82 Fällen für die MA 7 geprüft, ob die im Veranstaltungsgesetz definierte Verbotszone beim Aufstellen von Glückspielautomaten eingehalten ist.

Zu den wesentlichen Aufgaben des Referates Nivellement zählen die Erneuerung und Wartung des städtischen Höhenfestpunktfeldes, das derzeit etwa 6.300 Punkte umfaßt, sowie die Kontrolle sämtlicher kommunaler Hochbauten auf etwaige Setzungen. Dazu waren 234 km Höhenmeßzüge zu begehen, 465 km kontrolliert zu messen und 205 Höhenfestpunkte zu setzen. An 45 städtischen Objekten waren Setzungsmessungen mit Zehntelmillimetergenauigkeit vorzunehmen.

Zu den Hauptaufgaben des Dezernates Liegenschaftsgeodäsie zählen die Evidenthaltung der Landes- und Bezirksgrenzen, das Erstellen von Lage-, Teilungs-, Dienstbarkeits- und Entschädigungsplänen für stadteigene Liegenschaften und kommunale Projekte sowie Grenzvermessungen stadteigener Liegenschaften. In diesem Arbeitsbereich wird die mit Bundesgesetz verliehene Befugnis zur Verfassung von Urkundplänen wahrgenommen.

Die Ende 1994 in Kraft getretene neue Vermessungsverordnung, BGBl. Nr. 562/1994, zeigte ihre Auswirkungen erst im Berichtsjahr 1995. Auf Grund der in dieser Verordnung vorgeschriebenen höheren Anforderungen an Urkundpläne ist der Erhebungs-, Berechnungs- und Zeichenaufwand beim Erstellen von Teilungsplänen angestiegen.

Im Zuge der Überarbeitung der Bezirksgrenzen hat dieses Dezernat die Voraussetzungen für die Beschlußfassung folgender Landesgesetze geschaffen:

- 12. Gesetz über eine Änderung der Grenze zwischen dem 1. und 6. Bezirk (Getreidemarkt)
- 13. Gesetz über eine Änderung der Grenze zwischen dem 1. und 8. Bezirk (Auerspergstraße)
- 14. Gesetz über eine Änderung der Grenze zwischen dem 6. und 15. Bezirk (Gürtel)
- 15. Gesetz über eine Änderung der Grenze zwischen dem 7., 15. und 16. Bezirk (Gürtel)
- 16. Gesetz über eine Änderung der Grenze zwischen dem 10. und 12. Bezirk (Wienerbergstraße)
- 17. Gesetz über eine Änderung der Grenze zwischen dem 12. und 23. Bezirk (Danilovatzgasse, Wilhelm-Erben-Gasse)
- 18. Gesetz über eine Änderung der Grenze zwischen dem 12. und 23. Bezirk (Am Schöpfwerk)
- 19. Gesetz über eine Änderung der Grenze zwischen dem 14., 15. und 16. Bezirk (Josef-Weinheber-Platz, Steinbruchstraße, Ibsenstraße)
- 47. Gesetz über eine Änderung der Grenze zwischen dem 3. und 11. Bezirk (Schlechtastraße, Hüttenbrennergasse)
- 48. Gesetz über eine Änderung der Grenze zwischen dem 17., 18. und 19. Bezirk (Höhenstraße)
- 49. Gesetz über eine Änderung der Grenze zwischen dem 21. und 22. Bezirk (Eipeldauer Straße)
- 69. Gesetz über eine Änderung der Grenze zwischen dem 14. und 16. Bezirk (Johann-Staud-Straße)

Mit diesen aus Gründen der Zweckmäßigkeit erforderlichen Anpassungen der historisch gewachsenen Bezirksgrenzen an die derzeitige Verbauung werden die Bezirksgrenzen auch koordinativ festgelegt, so daß eine genaue, eindeutige Aussage über dessen Lage jederzeit möglich ist. Diese Änderungen machten Teilungsverfahren erforderlich, um die Grundstücksgrenzen den neuen Bezirksgrenzen anzupassen; auch war beim Vermessungsamt Wien die Angleichung der Katastralgemeindengrenzen vorzunehmen.

Nach einer erfolgten Einigung mit den zuständigen Bundesstellen können seit April 1995 wieder Abfragen aus der Grundstücksdatenbank über ein in diesem Dezernat aufgestelltes Terminal direkt erfolgen. Da für diese kostenpflichtigen Abfragen nur beschränkte Mittel zur Verfügung stehen, mußten restriktive Verwaltungsmaßnahmen ergriffen werden, um mit der vorgegebenen Abfragemenge das Auslangen finden zu können.

Mit dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen wurde Ende 1993 ein Arbeitsübereinkommen abgeschlossen, wonach unter Mitwirkung der Stadt Wien die digitale Katastralmappe flächendeckend über das gesamte Stadtgebiet bis Ende 1997 erzeugt werden soll. Diese digitalen Grundstückspläne bilden neben der generellen Verwendung

im Magistrat vor allem die Grundlage für die im Aufbau befindliche Grundstücksinformation der MA 40. Die Arbeiten laufen programmgemäß, derzeit sind von den 89 Katastralgemeinden Wiens 42 fertig bearbeitet.

Nach Einschulung der Techniker konnte begonnen werden, Urkundpläne zum Teil mit dem neu installierten CAD-System zu erstellen. Es ist damit zu rechnen, daß in Hinkunft in vermehrtem Ausmaße händische Zeichenarbeiten eingespart und auf Bildschirmarbeitsplätzen ausgeführt werden.

Die Zahl der vom Dezernat Liegenschaftsgeodäsie an Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen vergebenen Aufträge ist leicht auf 145 gefallen, doch hat sich die Auftragssumme um etwa 25 Prozent auf etwa 11 Millionen Schilling erhöht. Der Schwerpunkt der Arbeiten lag bei Teilungsplänen für die Stadterneuerungsgebiete, die Donauinsel und den Liesingbach, die U-Bahn, Kleingartenanlagen und Schulen, sowie bei Servitutsplänen für die U 3 in Simmering.

Gegenüber dem Vorjahr konnte die Zahl der vom Eigenpersonal des Dezernates angefertigten Pläne und Grenzfeststellungen weiter gesteigert werden. So wurden 28 Pläne über eine Fläche von 45 ha angefertigt und bei 12 Grenzfeststellungen eine Grenzlänge von 5,2 km mit 150 Grenzpunkten vermarkt; dazu kommen noch die Vermessungen von Bezirksgrenzen in einer Länge von 5,3 km mit koordinativer Festlegung. Etwa 70 provisorisch vermarkte Grenzpunkte oder auch beschädigte Grenzzeichen von städtischen Liegenschaften wurden vom Eigenpersonal durch dauerhafte Vermarkungen ersetzt. Von diesen Arbeiten können folgende beispielsweise aufgezählt werden: Mit Teilungsplänen wurden die Grundflächen der Stadt Wien am Bisamberg gegen das Ausflugsrestaurant „Gamshöhe“ abgegrenzt, die Bundesstraßenflächen auf dem Karlsplatz und die Trasse der U6 in einem Teilbereich des Gürtels ausgeschrieben. Weitere Teilungspläne wurden für die Schule Eipeldauer Straße und für die städtische Wohnhausanlage Engerthstraße angefertigt. Mit der Vermessung der Trasse der 1. Hochquellenleitung in der Katastralgemeinde Rauenstein wurde ein zusätzliches Stück des Grenzverlaufes der im Eigentum der Stadt Wien stehenden Wasserleitungstrasse gegen die Nachbarn koordinativ abgesichert.

Die Zahl der behördlichen Ansuchen im Zusammenhang mit der grundbücherlichen Durchführung von Teilungsplänen ist von 460 im Vorjahr auf 580 angestiegen. Bei den vierteljährlichen durchgeführten Teilungsplan-Terminbesprechungen ist die Zahl der Urgenzakte auf 90 leicht gefallen. An Zustimmungserklärungen für private Teilungspläne, bei denen der Grenzverlauf zwischen Privatgrundstücken und den Grundflächen der Stadt Wien überprüft werden mußte, waren 310 Stück abzugeben.

Das Dezernat Kartographische Geodäsie ist in die Fachbereiche Luftbildauswertung, Mehrzweckkarte und Kartographie gegliedert. Von den in der Gruppe Luftbildauswertung eingesetzten, nach und nach angeschafften Auswertegeräten ist das älteste bereits seit 1958 im Einsatz. Es war daher dringend notwendig, Überlegungen über einen Ersatz anzustellen. In den letzten Jahren befaßte sich die Forschung mit der Entwicklung von digitalen Luftbildauswertegeräten, Arbeitsstationen, an denen digitale Bilder ausgewertet werden. Im Vergleich zu den herkömmlichen Verfahren bietet die digitale Auswertung eine Reihe von faszinierenden Vorteilen, die vor allem in der Automatisierung von Teilaufgaben liegen. Da nunmehr die Software- und Systementwicklung zur Einsatzreife gelangt war und leistungsfähige Produkte am Markt erschienen, wurden einige dieser Erzeugnisse im Testeinsatz in der Abteilung eingehend geprüft. Ende des Jahres konnten nach einer sehr ins Detail gehenden Ausschreibung drei Arbeitsstationen angekauft werden, mit der Einschulung der Mitarbeiter wurde begonnen.

Noch vor Anschaffung der neuen Stationen wurden auf den alten Auswertegeräten im Jahre 1995 51 Stadtkartenblätter 1:1000 neu ausgewertet und 277 auf den aktuellen Stand gebracht. Mittels Luftbildinterpretation, 286 Blätter 1:2000 betreffend, konnte die Fortführung des Räumlichen Bezugssystems Wien (RBW) und die Realnutzungskartierung mit Stand 1994 abgeschlossen werden. Weiters erfolgten unter Verwendung von Luftbildern halbjährliche Auswertungen und Kubaturermittlungen der Deponie Rautenweg und Dachflächenauswertungen für die Stadtplanung, 17 Blätter 1:1000 umfassend.

Da die Eigenkapazitäten ausgelastet waren, wurden folgende Arbeiten nach außen vergeben: Luftbildauswertungen im Donau- und Lobaubereich für Wasserbaumaßnahmen, die im Zusammenhang mit der Staustufe Freudenau stehen, sowie Studien über automatisierte 3D-Darstellungen unter Verwendung der digitalen Stadtkarte.

Das in diesem Referat eingerichtete Luftbildarchiv umfaßt wertvolles Dokumentationsmaterial, dessen Bestände bis 1938 zurückreichen. Diese historischen Aufnahmen wurden wieder vielfach für behördliche Entscheidungen herangezogen.

Zur Erhöhung der Genauigkeit wird die Luftbildauswertung für die digitale Stadtkarte durch präzise Vermessungen des Straßenraumes gestützt. Diese Straßenvermessung ist Aufgabe der Gruppe Mehrzweckkarte, die 1995 die Erstvermessung des Straßennetzes des verbauten Stadtgebietes abgeschlossen hat. Mit Fertigstellung dieser Arbeit verfügt die Stadt Wien nun erstmals über eine einheitliche, geschlossene, in einer Datenbank abgespeicherte, zentimetergenaue Vermessung. Im Rahmen einer zyklischen, ständigen Aktualisierung wurden 1995 die Veränderungen im Straßenbereich, ein Drittel des Stadtgebietes betreffend, vermessen.

Die digitale Mehrzweckkarte (MZK) entsteht auf den Bildschirmarbeitsplätzen der Gruppe Kartographie unter Verwendung der automatisiert zusammengeführten Datenbestände der Luftbildauswertung und der Vermessungen des Straßenraumes. Im Zuge der Ersterfassung wurden weitere 80 Blätter 1:1000 fertiggestellt und 176 Blätter 1:1000 erneuert. Der Zuwachs im Kartenmaßstab 1:2000 betrug 35 Blatt. Auszeichnungen im Maßstab 1:5000 können nun auch überall dort bezogen werden, wo Blätter 1:1000 vorliegen. Weiters sind nun auch als eigene Kartenausgaben unter Verwendung der Karte 1:1000 angefertigte Bezirkspläne und Bezirksteilpläne verfügbar.

Das Operat des digitalen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes wuchs um weitere 281 Blätter 1:1000 an und umfaßt nun bereits zwei Drittel des Stadtgebietes; 107 Blätter 1:1000 wurden überarbeitet. Im Maßstab 1:2000 liegen nunmehr 232 Blätter vor. An konventionellen kartographischen Arbeiten können beispielsweise diverse Veröffentlichungen im Amtsblatt der Stadt Wien, der Rebflächenkataster der MA 40, Überarbeitungen von händisch gezeichneten Karten wie die Gewässerkarte der MA 45 und die Herstellung von Druckfolien über den gesamten Stadtbereich im Maßstab 1:25000 genannt werden.

Im Planarchiv werden sämtliche seit dem Bestehen der Abteilung verfaßten Pläne aufbewahrt. Nach der Durchsicht, Registrierung in Übersichten, Mikroverfilmung und Reproduktion stehen sie sämtlichen Dienststellen der Stadtverwaltung zur Verfügung. Die Bedeutung des zentralen Planarchives ist aus der Entlehnzahl von etwa 3.400 Blatt ersichtlich.

Das Referat Technisches Zeichnen ist vor allem für das Herstellen von reproduktionsfähigen Originalen, mit Ausnahme der städtischen Kartenwerke, zuständig. Es wurden 76 zum Teil sehr umfangreiche Teilungs- und Lagepläne neu gezeichnet und 92 ergänzt oder geändert.

Fachliche Kontakte werden ständig mit den Technischen Universitäten, dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen sowie im Rahmen der Verbindungsstelle der Bundesländer und des Städtebundes gepflegt. Durch den Besuch von Fachveranstaltungen im In- und Ausland war es möglich, das Fachwissen über die neuesten technischen Entwicklungen im Bereich der Vermessungstechnik zu vertiefen. Die Erfahrung und das Fachwissen der Abteilung wird bei der Mitarbeit in nationalen und internationalen Normungsgremien eingebracht.

Mit 2.400 neuen Geschäftsfällen ist die Anzahl der Anforderungen leicht, etwa auf das Ausmaß von 1993, zurückgegangen. Davon wurden 1.332 abgeschlossen, der Rückstand aus den Vorjahren konnte um 1.149 reduziert werden. Bei der Vergabe von Vermessungsleistungen ist das Auftragsvolumen von etwa 50 Millionen Schilling seit 1993 nahezu unverändert geblieben.

Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten

Die Abteilung hat im Jahre 1995 die Beratungen für eine Reihe von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen weitergeführt und zum Teil den verfassungsmäßig zuständigen Organen zur Beschlußfassung zugeleitet:

Zur Bauordnung für Wien (BO) wurden im Zuge der kontinuierlichen Überarbeitung unter Einbindung der Wiener Bauordnungs-Kommission mehrere Novellen zu bestimmten Themenkreisen vorbereitet. Daneben war ab Ende Oktober 1995 der vom Planungsausschuß eingesetzte Unterausschuß mit dem Arbeitskreis „Bauordnungsreform“ zu betreiben, die beide auf eine für 1996 geplante umfassende Novellierung mit den Zielen einer Verfahrensvereinfachung und Deregulierung hinarbeiten. Von den einzelnen BO-Novellen sind zu erwähnen: Eine im Vorjahr vom Landtag beschlossene BO-Novelle, die bei kleineren Bauten eine Erleichterung für die Anbringung von Solaranlagen vorsieht, wurde im LGBL für Wien Nr. 2/1995 verlaubar. Eine BO-Novelle, die Schallschutzanforderungen aktualisierte und die Berechnung der Kanaleinmündungsgebühr betraf, wurde im LGBL für Wien Nr. 78/1995 verlaubar. Zufolge eines die raumordnungsrechtlichen Bestimmungen betreffenden aufhebenden Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes (Kundmachung im LGBL für Wien Nr. 55/1995) wurde eine fristgerechte Novellierung der §§ 1 und 2 BO vorbereitet, vom Landtag am 30. November 1995 beschlossen und im Folgejahr im LGBL für Wien Nr. 10/1996 verlaubar.

Der auf Grundlage der BO-Novelle, LGBL für Wien Nr. 47/1993, ausgearbeitete Verordnungsentwurf, mit dem bei Neubauten eine gesamthafte praxisgerechte Anwendung der Wärmeschutzbestimmungen erleichtert werden soll, wurde nach Abschluß des europäischen Notifizierungsverfahrens als Wärmeschutzverordnung von der Landesregierung beschlossen und im LGBL für Wien Nr. 20/1995 kundgemacht.

Zum Wiener Kleingartengesetz wurde neben der Verlängerung einer Übergangsfrist, die vom Landtag am 30. November 1995 beschlossen und im Folgejahr im LGBL für Wien Nr. 9/1996 verlaubar wurde, noch eine Novellierung mit dem Ziel von Verfahrenserleichterungen vorbereitet, die dem Begutachtungsverfahren zugeleitet werden konnte.

Zum Wiener Garagengesetz wurde eine Novelle betreffend die Einstellung von elektrisch angetriebenen Kraftfahrzeugen mit Sicherheitsvorkehrungen für Ladeplätze in Garagen vorbereitet, nach Abschluß des europäischen Notifizierungsverfahrens vom Landtag am 30. November 1995 beschlossen und im Folgejahr im LGBL für Wien Nr. 8/1996 verlaubar.

Zum Wiener Gasgesetz wurde eine Novelle zwecks Anpassung an das europäische Konformitätszeichen (CE-Zeichen) für Gasverbrauchsgeräte vorbereitet, vom Landtag am 30. November 1995 beschlossen und im Folgejahr im LGBL für Wien Nr. 7/1996 verlaubar. Daneben wurde für einen Novellierungsentwurf betreffend eine Erleichterung des Einsatzes von Außenwand-Gasfeuerstätten (auch hinsichtlich des Kleingartengesetzes und der Bauordnung) das europäische Notifizierungsverfahren eingeleitet.

Im Zuge mit der Vorbereitung der Europäischen Integration wurden zwei Vereinbarungen gemäß Art. 15a B-VG, die zur Landeshauptmännerkonferenz am 9. November 1994 fertiggestellt worden waren, vom Wiener Landtag am 24. März 1995 genehmigt und im LGBL für Wien Nr. 33 und 34/1995 kundgemacht. Die eine Vereinbarung sieht eine Aktualisierung der Energiesparvereinbarung zwischen Bund und Ländern aus 1980 vor, die andere ein gemeinsa-

mes Vorgehen der Länder hinsichtlich Kleinf Feuerungen, um Schadstoffemissionen zu mindern, aber auch den Wirkungsgrad zu verbessern. Der Entwurf eines Wiener Bauprodukten- und Akkreditierungsgesetzes wurde auf Grund der Länder-Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Zusammenarbeit im Bauwesen, LGBl. für Wien Nr. 24/1993, zur Begutachtung ausgesendet und zur Beschlußfassung für das Folgejahr vorbereitet. Der Entwurf eines Wiener Notifizierungsgesetzes mit Ausführungsbestimmungen für das europäische Notifizierungsverfahren wurde erstellt und im Folgejahr dem Begutachtungsverfahren zugeleitet.

Zu den vom Bund und anderen Bundesländern ausgehenden Gesetzes- und Verordnungsentwürfen war im Begutachtungsverfahren in über 100 Fällen Stellung zu nehmen.

Neben den Assanierungsgebieten im 2., 3. und 16. Bezirk wurde im letztgenannten Bezirk mit Verordnung der Landesregierung ein weiteres Teilgebiet festgelegt und im LGBl. für Wien Nr. 58/1995 kundgemacht. Neben etwa 400 Genehmigungsverfahren über laufende Rechtsgeschäfte in Assanierungsgebieten waren auch zahlreiche Feststellungsanträge über einzelne Objekte zu behandeln.

In Vollziehung der Bauordnung hatte die Abteilung als Behörde erster Instanz das Baubewilligungsverfahren für einige bemerkenswerte Bauvorhaben des Bundes, die öffentlichen Zwecken dienen, durchzuführen. Als Beispiele sind die Baubewilligungen für den Einbau einer Lüftungsanlage zu den Redoutensälen der Hofburg in 1, Josefsplatz, für den Neubau einer Allgemeinbildenden Höheren Schule samt Kindergarten in 10, Laaer Berg-Straße 25-31, und für Neu- und Umbauten im Tiergarten Schönbrunn in 13, Maxingstraße 13b, unter anderem der Elefantenanlage, weiters Benützungsbewilligungen für die Österreichische Galerie im Oberen Belvedere in 3, Prinz-Eugen-Straße, und für das generalsanierte Wasa-Gymnasium in 9, Wasagasse 10, zu nennen. Insgesamt waren über Antrag der Bundesbaudirektion Wien, der Post- und Telegraphendirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland sowie der Burghauptmannschaft Wien für mehr als 200 Bauvorhaben die entsprechenden Bauverhandlungen einschließlich Benützungsbewilligungen durchzuführen.

Grundabteilungen zur Schaffung von Bauplätzen, Abtretungen von Verkehrsflächen, sonstige Parzellierungen, Liegenschaftsteilungen, Abschreibungen und Löschungen von Ersichtlichmachungen waren in etwa 1.400 Fällen zu behandeln, in etwa derselben Zahl Gerichtsbeschlüsse der Grundbuchgerichte über solche Grundabteilungen, Abschreibungen und Löschungen von Ersichtlichmachungen zu überprüfen. Mehrleistungsentschädigungen für seinerzeitige unentgeltliche Straßengrundabtretungen nach einer Verschmälerung oder einem Abrücken der Verkehrsflächen waren in mehr als 50 Fällen zu bemessen.

Auf Grund von Ermächtigungen des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr bzw. für den Landeshauptmann waren Eisenbahnbauvorhaben von der Abteilung zu behandeln. Auf Antrag der Wiener Stadtwerke – Wiener Linien konnten Konzessionserweiterungen für Straßenbahnlinien, wie die Verlängerung der Linie 25 nach Aspern und der Linie 71 nach Kaiserebersdorf, erteilt werden. Wie in den Vorjahren konnten für weitere Straßenbahnhaltestellen Bewilligungen für neue transparente Fahrgastunterstände („City-light-Vitrinen“) erteilt werden. Eisenbahnrechtliche Baugenehmigungen waren für die Nachrüstung von U-Bahnstationen mit Aufzügen unter anderem der U2 beim Rathaus zu erteilen. Die Betriebsbewilligung für die Verlängerung der U-Bahnlinie U6 von Meidling nach Süden bis 23, Siebenhirten, zur Eröffnung am 15. April 1995 konnte ausgefertigt werden, weiters für die Station „Spittelau“ zur Eröffnung am 7. Oktober 1995 vorerst für die U4, während die nördliche Verlängerung der U6 bis 21, Floridsdorf, für das Folgejahr vorbereitet wird. Enteignungsverfahren waren noch für die Verlängerung der U-Bahnlinie U3 vom 15. Bezirk bis Ottakring zu führen.

Weitere Enteignungsverfahren wurden nach dem Stadterneuerungsgesetz und nach der Bauordnung für Wien, insbesondere zum widmungsgemäßen Ausbau von Verkehrsflächen im 10., 11., 21., 22. und 23. Bezirk und auch zur Erfüllung der Abtretungsverpflichtung zu öffentlichen Verkehrsflächen im Zuge von Bauplatzschaffungen durchgeführt. Auch Anträge auf Einlösung von Liegenschaften, die durch Umwidmungen der Gemeinde ihre Bebaubarkeit verloren haben oder in den Wald- und Wiesengürtel zu liegen gekommen sind, waren zu bearbeiten. Dies betraf Grundstücke im 12., 13., 18. und 23. Bezirk. Auch über Enteignungsanträge zur Arrondierung von neu zu schaffenden Bauplätzen durch benachbarte Ergänzungsflächen, etwa im 21. Bezirk, war zu entscheiden.

Für Luftfahrtveranstaltungen (Schauflüge, Fallschirmabsprünge und dgl.), Außenlandungen und Außenabflüge von Luftfahrzeugen (Hubschrauber, Heißluftballons) außerhalb von Flugplätzen oder Flughäfen waren 1995 über 100 Anträge zu behandeln, dazu einige Luftfahrzeugvermietungs bewilligungen.

Die Abteilung hatte weiters zufolge einer Novelle zum Luftfahrtgesetz dem Landeshauptmann zufallende Verwaltungsstrafsachen erster Instanz in elf Fällen wahrzunehmen.

Für den Ausbau des Leitungsnetzes der Wiener Stadtwerke – Wienstrom waren starkstromwege- und energierechtliche Bewilligungen zu verhandeln, dazu Leitungsverlegungen der Wiener Stadtwerke – Wiengas und Aufgrabungsgenehmigungen für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung sowie des Fernmeldebauamtes.

Anträge von Hauseigentümern, ob Neu- bzw. Umbauten an Stelle von Althäusern im öffentlichen Interesse liegen, sind 1995 nur zwei neu eingebracht worden. Die Feststellungsverfahren werden im Hinblick auf die soziale Situation der betroffenen Mieter mit besonderer Sorgfalt durchgeführt und bedürfen umfassender Erhebungen.

Baupolizeiliche Instandsetzungsaufträge, die der Erhaltung der Gebäude in gutem und vorschriftsgemäßem Zustand dienen, sowie Abtragungsaufträge bezüglich vorschriftswidriger Bauten führten in über 700 Fällen zu Ersatzvornahmeverfahren. Dazu kamen nahezu 150 Berufungserledigungen zu Kostenvorauszahlungsaufträgen, Voll-

streckungsverfügungen und Kostenersatzvorschriften, aber auch zu Aufträgen auf Instandsetzung von Gassteigleitungen in Wohnhäusern.

Auf Grund des neuen Abfallwirtschaftsgesetzes, LGBL. für Wien Nr. 13/1994, waren erstmals einige Berufungen wegen Ausnahmen von der öffentlichen Müllabfuhr zu behandeln.

Rund 70 Fälle betrafen Berufungen in Administrativverfahren für die Erteilung von Gebrauchserlaubnissen bzw. diesbezügliche Entfernungsaufträge, weiters Feuerpolizeiangelegenheiten insbesondere wegen Heizverbote und Kostenersätze für mutwillig verursachte Feuerwehreinsätze. Hier waren die Entscheidungen für den Berufungssenat der Stadt Wien vorzubereiten.

Schließlich waren im Jahre 1995 auf Grund von Beschwerden an den Verwaltungsgerichtshof und den Verfassungsgerichtshof in vier Fällen Gegenschriften zu verfassen und bei Anträgen auf aufschiebende Wirkung den Gerichtshöfen Stellungnahmen vorzulegen.

Magistrats- und Bundesdienststellen haben der Abteilung über 300 Einladungen zu Besprechungen übermittelt, denen Folge zu leisten war. In nahezu 200 Fällen waren zufolge des per 1. Jänner 1995 vollzogenen Beitrittes der Republik Österreich zur Europäischen Union Stellungnahmen zur Europäischen Integration in bezug auf das Bauwesen, den Abbau technischer Handelshemmnisse und zu Notifikationsverfahren vor Erlassung technischer Vorschriften abzugeben. Ferner waren zahlreiche Rechtsgutachten, vor allem für die Baupolizei, abzugeben. In über 300 Fällen ergaben sich Stellungnahmen und Gutachten im Verfahren zu Neufestlegungen und Änderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen.

Statistisches Amt der Stadt Wien

Die Hauptaufgabe der Abteilung bestand im Jahre 1995 in der Herausgabe von statistischen Publikationen.

Mit der Neuauflage der „Wiener Bezirksdaten“, je Bezirk ein Datenband mit 96 Seiten und rund 90 Tabellen sowie mehreren Grafiken, wurde für die 23 Wiener Gemeindebezirke ein aktuelles Zahlennachschlagwerk geschaffen. Die Grundlage für die „Wiener Bezirksdaten 1995“ stellte die zehn Jahre ältere Ausgabe des Jahres 1985 dar. Das Konzept von 1985 bewährte sich auch noch 10 Jahre später. Auf eine „Übersicht“ folgen die Abschnitte „Bevölkerung“, „Gebäude und Wohnungen“, „Umwelt und Grünflächen“, „Wirtschaft“, „Verkehr“, „Gesundheit und Soziales“, „Bildung, Kultur, Freizeit und Sport“ sowie „Wahlen“. Zu diesen Bereichen wurde Datenmaterial gesammelt und in insgesamt 2.070 Tabellen bzw. Grafiken aufbereitet. Die Grundstruktur eines Großteils der Tabellen konnte beinahe unverändert von der Ausgabe des Jahres 1985 übernommen werden. Allerdings mußten einige Tabellen, bedingt durch Zäsuren und Veränderungen, völlig neu gestaltet werden, und in etlichen Bereichen mußten die Schwerpunkte um neue Tabellen ergänzt werden. Das Datenmaterial, das aus der amtlichen Statistik stammt, konnte jedoch nicht immer amtlichen Publikationen entnommen werden, sondern mußte in einigen Fällen erst recherchiert werden. Intensiver als in der Ausgabe 1985 wurde versucht, den potentiell Interessierten die Bezirke durch konkrete Details zu veranschaulichen; also nicht nur statistische Maßzahlen, sondern auch Namen und Bezeichnungen von Gewässern, Märkten, Krankenanstalten, Volkshochschulen, Bezirks- und Sondermuseen sowie Schutzzonen zu nennen. In der Phase – Definition der Tabellenstruktur und Datenrecherche – kam der Koordinierung eine besondere Bedeutung zu. So wurden Tabellenstandards erstellt und in internen Richtlinien den an diesem Projekt beteiligten Mitarbeitern/innen zur Verfügung gestellt. Die folgenden Arbeitsschritte umfaßten die Beauftragung eines Layouts für Umschlag und Schubert, eines Layouts für den Innenteil, sowie Lesen und Korrektur der Zwischenausdrucke, die als Grundlage für die Filme dienten. Als besonders aufwendig hat sich die letzte Arbeitsphase erwiesen, da unter anderem die Konvertierung der von der Abteilung gelieferten Excel-Dateien in das Dateiformat des DTP-Programmes Pagemaker nicht reibungslos funktionierte, wodurch ein erheblicher Korrekturaufwand entstand. Die „Wiener Bezirksdaten“ erschienen Anfang 1996 in einer Auflage von 1.500 Stück.

Zu den wichtigsten Veröffentlichungen des Statistischen Amtes gehört das „Statistische Jahrbuch der Stadt Wien“. Die Ausgabe 1994 des „Statistischen Jahrbuches der Stadt Wien“ erschien, wie im Jahre 1993, in einer neuen, veränderten äußeren Form im Format DIN A4 und neuem gefälligen Layout auf Hochglanzpapier. Als Bereicherung zu den bestehenden Tabellen wurden im Jahrbuch 1994 noch weitere neue Schwarzweiß-Grafiken, insgesamt 42, aufgenommen. Die Tabellen wurden mit dem EDV-Programm Excel erstellt. Das Statistische Jahrbuch erschien im Dezember 1995 in einer Auflage von 1.000 Stück. Die 446 Tabellenseiten wurden in 26 Kapiteln aufgeteilt. Wie auch in früheren Jahren wurden 25 Farbgrafiken (Wiens Lage, Witterung, Bevölkerung, Umwelt, Wirtschaft, Verkehr, Wohnungswesen, Arbeitsmarkt und Preise in Wien) angefertigt. Die Ausgabe des „Statistischen Jahrbuches 1994“ behielt aus Vergleichsgründen Jahresreihen über die letzten fünf Jahre (1990 bis 1994) bei.

Das „Statistische Taschenbuch der Stadt Wien“ für das Jahr 1994 erschien in einer Auflage von 1.230 Stück wie gewohnt um die Mitte des Jahres 1995. Die Ausgabe 1994 präsentiert sich im neuen veränderten Layout. Diese aktualisierte äußere Form entspricht mehr als die frühere Form den Statistischen Publikationen. Das „Statistische Taschenbuch 1994“ stellt eine Kurzfassung des Statistischen Jahrbuches in 20 Kapiteln auf 150 Seiten dar und ist eine kleinformatige Information über Wien in Zahlen. Das „Statistische Taschenbuch 1994“ weist aber eine Reihe von Tabellen auf, die im Statistischen Jahrbuch nicht enthalten sind. Zu diesen Tabellen gehören die Vergleiche

Wiens mit anderen österreichischen Städten, sowie eine Gegenüberstellung Wiens mit anderen europäischen Großstädten. Die Tabellen wurden ebenfalls wie die Jahrbuchtabellen mittels Excel erstellt.

Die vierteljährlich erscheinende Publikation „Statistische Mitteilungen“ enthält neben Fachartikeln, die von Mitarbeitern der Abteilung, aber auch von Gastautoren verfaßt werden, einen umfangreichen Tabellenteil und fallweise Buchbesprechungen. Im Jahre 1995 erschienen die Artikel „Städtevergleich Zürich–Wien“, „Berufstätigkeit und Ausbildung der Wiener Bevölkerung“, „Kultur und Freizeit“, „Tourismus in Wien und in europäischen Städten“, „Hilfe für und von Privathaushalte(n)“ sowie die umfangreiche Arbeit „Wien in der Zweiten Republik“, die beinahe Handbuchcharakter hat. Die Zeitschrift wurde pro Quartal in einer Auflage von 800 bis 1.500 Stück hergestellt.

Die Broschüre „Wien in Zahlen“ wurde in deutscher, englischer, französischer, italienischer, ungarischer und tschechischer Sprache aufgelegt. Diese Zahlenübersicht bringt auf 16 Seiten grundlegende Informationen über die wichtigsten Lebensbereiche dieser Stadt zur Kenntnis. Die Broschüre erschien im Herbst 1995 in einer Auflage von 45.000 Stück. Seit November 1995 ist der Datenbestand von „Wien in Zahlen“ in den Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch und Italienisch auch über Internet abrufbar.

In der Reihe der Sonderveröffentlichungen zur Volkszählung 1991 erschien die Publikation „Die Wiener Arbeitsstätten“, eine umfangreiche Auswertung der Arbeitsstätten 1991. Diese Publikation enthält neben einem 800 Seiten umfassenden Tabellenteil sowie sieben Farbkarten noch eine Analyse der Wiener Arbeitsstätten und eine typisierende Darstellung der Wirtschaftsaktivitäten der Gemeindebezirke. Das Datenmaterial wurde kleinräumig bis auf Zählgebietsebene aufbereitet. Die Sonderveröffentlichung erschien Ende 1995 in einer Auflage von 1.466 Stück.

Die Sonderbände mit den kleinräumigen Ergebnissen der Volkszählung 1991 wurden vorbereitet, ihr Erscheinen verzögerte sich jedoch, da die familien- und haushaltsspezifischen Daten vom Österreichischen Statistischen Zentralamt (ÖSTAT) erst im Dezember übermittelt wurden.

Für eine rasche und aktuelle statistische Information dienen die monatlichen „Schnellberichte“ über die Bevölkerungsentwicklung und die Wirtschaftskennzahlen. Als „Statistik aktuell“ sind diese Schnellberichte auch über Internet verfügbar. Daneben wurde wieder eine große Zahl von Anfragen über Detailergebnisse der Volkszählung und zahlreiche andere Daten, vorwiegend aus den Themenbereichen Bevölkerung und Wirtschaft beantwortet, wobei in vielen Fällen Auswertungen aus der ISIS-Datenbank des ÖSTAT oder von den auf dem Großrechner der MD-ADV eingelagerten Datenbeständen vorgenommen wurden.

Auch im Jahre 1995 wurde die Reihe „Die Verwaltung der Stadt Wien“ (Ausgabe 1994) in einer Auflage von 700 Stück fortgesetzt. Die Publikation, die ein neues Layout bekommen hat, informiert über die Maßnahmen der Stadtverwaltung, der städtischen Unternehmungen, des Wiener Tourismusverbandes sowie der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien.

Die umfangreiche Publikationstätigkeit der Abteilung ließ die Öffentlichkeitsarbeit zu einem wichtigen Anliegen werden. Für die Bewerbung von Statistiken in den Medien und die Organisation von fachbezogenen Veranstaltungen war die Erstellung von Informationsmaterial notwendig. Um den Bekanntheitsgrad, aber auch die finanziellen Einnahmen der statistischen Publikationen zu steigern, wurde eine Ausweitung bei den Inserateneinschaltungen erreicht. Um nicht nur allgemein sondern gezielt über neu aufgelegte Statistikpublikationen zu informieren, mußte eine Auswahl unter den potentiellen Interessenten getroffen werden. Für die Organisation von Fachveranstaltungen ist es auch notwendig, Material über weiterentwickelte Planungs- und Präsentationssysteme zu sammeln, um bei eventuellen Organisationsproblemen gegebenenfalls darauf zurückgreifen zu können.

Die Erhebungstätigkeit der Abteilung umfaßte eine Reihe von periodisch durchzuführenden Erhebungen.

Die Stichprobenerhebungen des Mikrozensus wurden wie jedes Jahr vierteljährlich an rund 4.000 Adressen durchgeführt. Zweck dieser seit 1967 österreichweit bestehenden Erhebung ist es im Zeitraum zwischen Volks- und Wohnungszählungen aktuelle Daten über Bevölkerungs- und Wohnungsstruktur zu erhalten.

130 Interviewer/innen suchten in den Monaten März, Juni, September und Dezember die ihnen vom ÖSTAT zugewiesenen Adressen auf. Die dort lebenden Personen gaben Auskunft über Fragen des Grundprogrammes zu Personen-, Haushalts- und Wohnungsmerkmalen sowie zu aktuellen Themen der von Quartal zu Quartal wechselnden Sonderprogramme.

Folgende Themen wurden 1995 behandelt:

- März – Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union
 - Juni – Personen mit körperlichen Beeinträchtigungen
 - September – Haushaltsführung, Kinderbetreuung
 - Dezember – Erweiterte Wohnungserhebung, Wohnungsfragen
- Probeerhebung: Dienst- und Geschäftsreiseverkehr

Für den Mikrozensus stellt das ÖSTAT die Erhebungsunterlagen zur Verfügung, die ordnungsgemäße Durchführung obliegt jedoch der Abteilung und beinhaltet die Anwerbung und Einschulung der neuen Interviewer/innen sowie Nachschulungen von Interviewer/innen, die Betreuung des Interviewerstabs vor und während der Mikrozensusbefragungen sowie telefonische Befragungen für Interviewer/innen in komplizierten Fällen als auch die Kontrolle der Erhebungsbelege in der Abteilung. Die Kontrollarbeiten für die Arbeitskräfteerhebung und die Probeerhebung – Dienst- und Geschäftsreiseverkehr dienten auch als Grundlage für die Berechnung des Entgeltes der Interviewer/innen.

Im März konnten die Befragungen an 3.150 Adressen (77 %), – davon entfielen 1.969 auf die Arbeitskräfteerhebung, im Juni an 3.071 (75 %), im September an 3.055 (75 %) und im Dezember an 3.025 (75 %) durchgeführt werden.

Für die Erstellung des Österreichischen Verbraucherpreisindex wurden 1995 einmal pro Monat in 286 Wiener Geschäften rund 5.620 Einzelpreise erhoben. Unter der Verantwortung der Abteilung erfolgte die Durchführung dieser Preiserhebungen durch 30 freiberufliche Mitarbeiter/innen am jeweiligen Stichtag. Die Auswahl und Betreuung der Preiserheber/innen und deren Vertretung, die Koordination bei krankheitsbedingten Ausfällen und ähnlichem, zählte ebenso zu den Aufgaben des Referates für Preisstatistik wie die Auswahl, Anwerbung und Betreuung der mitarbeitenden Geschäfte. Neben der Aufarbeitung und Kontrolle der Preismeldungen, oblag der Abteilung auch die Vertretung der Stadt Wien bei den monatlichen Sitzungen des Wiener Preiskomitees, des zentralen Redaktionskomitees, den Tagungen für die Index-Revision 1996 und den Vorbereitungen für den HICP (Harmonisierter EU-Index der Verbraucherpreise). Zu den weiteren Aufgaben zählten Auskünfte über den Verbraucherpreisindex und Hilfestellungen bei der Berechnung von Wertsicherungsklauseln.

Im Bereich der Agrarstatistik waren 1995 folgende agrarstatistische Erhebungen durchzuführen:

- 2 Schweinezwischenzählungen mit Stichtag 3. April und 3. August (Stichprobenerhebung je 82 Betriebe)
- Rinderzwischenzählung mit Stichtag 3. Juni (Stichprobenerhebung 39 Betriebe)
- Agrarstrukturhebung mit Stichtag 3. Juni (Vollerhebung 1.356 Betriebe)
- Erhebung der Weinernte, der Weinvorräte und der Weinlagerkapazität (Vollerhebung 410 Betriebe)
- Allgemeine Viehzählung mit Stichtag 3. Dezember (Vollerhebung 107 Betriebe).

Die Agrarstrukturhebung wurde das erste Mal 1995 durchgeführt; sie war eine sehr umfangreiche und zeitaufwendige Erhebung im Auftrag der Europäischen Union.

Auf Grund des Beitrittes Österreichs zur Europäischen Union (EU) mußte eine Reihe von Statistiken an die EU-Richtlinien angepaßt werden.

Die Fremdenverkehrsstatistik wurde monatlich erstellt und erfaßte die Ankünfte und Übernachtungen der Gäste in den Wiener Fremdenverkehrsbetrieben. Die Daten über den Fremdenverkehr wurden dem ÖSTAT sowie einer Reihe anderer interessierter Institutionen zur Verfügung gestellt. Für die Betriebe besteht Meldepflicht. Einmal jährlich mit Stichtag 31. Mai erfolgt die Erhebung über die Art, Kategorie und Öffnungszeiten der Fremdenverkehrsbetriebe sowie die Zahl und Ausstattung der Fremdenzimmer. 1995 wurden in Wien 340 Fremdenverkehrsbetriebe gezählt; davon waren 212 Hotels, 105 Pensionen und 23 Studentenheime (Saisonhotels).

Im Rahmen der Wohnbaustatistik wurden die statistischen Erhebungsformulare für die Baubewilligungsmeldungen, Neu- und Umbau, die Meldungen über fertiggestellte und bezugsfertige Wohnungen und die Meldungen für abgehende Wohnungen durch Umbau, wie Abbrüche, Wohnungszusammenlegungen und Umwidmungen bearbeitet. In umfangreichen Kontrollen war das laufende Baufortschrittsverzeichnis zu bearbeiten. Das besondere Baufortschrittsverzeichnis, das Adressen für die ab 1972 bis 1979 bewilligten Bauvorhaben enthielt und für die keine Baufertigstellungen mehr zu erwarten waren, konnte aufgelassen werden. Ferner waren durch fehlerhaft ausgefüllte Erhebungsformulare wiederholt zahlreiche mündliche und schriftliche Kontakte herzustellen. Durch den Einsatz der EDV-unterstützten Kontrolle seit 1994 konnte die Erfassung aller Adressen mit erteilten Baubewilligungsbescheiden garantiert werden. Die im Jahre 1995 gemeldeten Wohnungszu- (9.075) und Wohnungsabgänge (2.944) wurden nach verschiedenen Merkmalen, wie Datum der Baubewilligung, Fertigstellung, Bauherr, Dachgeschoßausbauten, Ausstattung der Wohnung usw., erfaßt und ausgewertet.

Im Bereich der Bevölkerungsstatistik wurden sämtliche Wiener Standesfälle (Geburten, Eheschließungen, Todesfälle) bearbeitet. Insbesondere die Vercodung der Todesursachen nach der „Internationalen Klassifikation der Krankheiten“, aber auch die Erfassung der geburtsstatistischen Daten erforderte zahlreiche Nacherhebungen. Besondere Beachtung erfahren Totgeburten und verstorbene Säuglinge sowie die Opfer von Selbstmorden und Verkehrsunfällen. Die diesbezüglichen Statistiken liefern für das Gesundheitsamt und die Verkehrsorganisationsplanung wichtige Datengrundlagen. Neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung ist das Wanderungsverhalten die zweite Komponente der Bevölkerungsentwicklung. Während in Wien schon seit vielen Jahren eine Wanderungsstatistik geführt wird, ist sie bundesweit infolge EU-Notwendigkeit erst im Aufbau begriffen. Da die für Wien zuständige Bundespolizeidirektion derzeit nicht in der Lage ist, dem ÖSTAT EDV-lesbare Wanderungsdaten zu liefern, wurde in Kooperation mit dem Städtebund und der MD-ADV ein Dienstleistungsvertrag mit dem Bundesministerium für Inneres ausgearbeitet, demzufolge die Wiener Wanderungsfälle dem ÖSTAT durch den Magistrat gegen Kostenersatz übermittelt werden. Aus den Ergebnissen der Statistik der Bevölkerungsbewegung erfolgt eine monatliche Bevölkerungsfortschreibung sowie regelmäßige Analysen der kurz- und mittelfristigen Trendentwicklungen, auf die von der Stadtplanung zurückgegriffen wird.

Unter Federführung des Österreichischen Instituts für Familienforschung wird in Österreich parallel zu 19 anderen europäischen Ländern ein „Family and Fertility Survey“ durchgeführt, an dem sich die MA 66 ebenso wie die MA 11 und die MA 18 beteiligte. 1995 wurde in mehreren Arbeitssitzungen das Fragenprogramm ausgearbeitet. Die Ergebnisse, die auf Grund der verhältnismäßig großen Stichprobe auch auf der Bundesländerebene verwertbar sein werden, sollen Rückschlüsse über die Zusammenhänge zwischen Bildungs-, Erwerbs-, Migrations-, Familien- und Partnerschaftsbiographien und über die Determinanten des Fruchtbarkeitsverhaltens ermöglichen.

Die Hauptaufgabe der Umweltstatistik war weiterhin die Aufbereitung von Umweltdaten für Publikationszwecke. Die bestehenden Bereiche wurden hinsichtlich der Qualität der Daten überprüft bzw. überarbeitet. Dies traf in besonderem Maß für die Gewässergüte- und die Abfallstatistik zu. Eine Erweiterung erfuhr das Publikationsprogramm durch die Ergebnisse der Waldzustandserhebung für den Wienerwald, die das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen durchgeführt hat. Durch Luftbildinterpretation des Baumkronenzustandes konnte das Ausmaß der Waldschädigung durch klimatische Bedingungen, Veränderungen des Nährstoffhaushaltes und sonstige Einflüsse erhoben werden. Zwischen 1986 und 1991 hat sich das Waldzustandsbild im zu Wien gehörigen Teil des Wienerwaldes im Durchschnitt etwas verbessert.

Die seit vielen Jahren betreuten Bereiche der Gesundheitsstatistik werden auch fallweise durch Ergebnisse des Mikrozensus ergänzt, sofern eine dieser Stichprobenerhebungen ein Gesundheitsthema behandelt. In die Ambulatoriumsstatistik wurden im Vorjahr erstmals die Leistungen an stationären Patienten nicht mehr miteinbezogen, wodurch sich die Aussagekraft hinsichtlich der Frequenz und Leistung der Ambulatorien und Ambulanzen für ambulante Patienten wesentlich verbesserte. Sowohl durch diesen Umstand als auch durch die geänderten Erfassungsmodalitäten wurde die Kontinuität in den Datenreihen im Vergleich zu den Vorjahren unterbrochen. Bei einer Anzahl von über 900 berichtenden Ambulatorien und Ambulanzen muß auf die Einhaltung der neuen Erfassungsrichtlinien und die Einheitlichkeit der übrmittelten Daten durch genaue Überprüfung und Nacherhebungen in Teilbereichen besonderer Wert gelegt werden.

Die Unterlagen der Sozialhilfestatistik wurden der neuen Gesetzeslage entsprechend dem ÖSTAT zur Verfügung gestellt. Mit dem zum Teil neu erarbeiteten Formular – basierend auf Vorschlägen des Sozialamtes der Stadt Wien und der Abteilung – konnte die Aussagekraft einiger Daten bzw. die maximale Vergleichbarkeit im Bundesgebiet erreicht werden. Im Bereich der Jugendwohlfahrtspflegestatistik wurden nunmehr neben den Verwaltungsmaßnahmen auch Aussagen über den sozialen Hintergrund der betroffenen Minderjährigen erfaßt. Die umfangreichen Erhebungsunterlagen, deren Aufarbeitung eine aufwendige und rigorose Kontrolle erforderte, dienen als Grundlage eines Leistungskataloges der Jugendbetreuung, der unter anderem bei speziellen Anfragen herangezogen wurde.

Mit Bezug auf den EU-Beitritt Österreichs und auf Grund der starken Nachfrage nach entsprechenden Daten wurde die Arbeitsmarktstatistik mit einer Darstellung der unselbständig Beschäftigten nach Staatszugehörigkeit ergänzt, in der nicht nur die zahlenmäßig wichtigsten Herkunftsländer aufgegliedert werden, sondern auch die Beschäftigten aus der EU und der EFTA ablesbar sind. Da sich die Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice Wien 1995 verbessert hat, entfiel die Notwendigkeit, die Anbindung des Magistrats an das Datenbanksystem SAMIS des Arbeitsmarktservice zu betreiben. Dies bedeutet aber keine endgültige Absage an dieses Projekt. 1995 wurde die Grundlage für eine interne Datenbank angelegt, die – historisch weit zurückgreifend – Daten über den Wiener und österreichischen Arbeitsmarkt enthält.

In der Schulstatistik konnte im Jahre 1995 neben der routinemäßigen Aufarbeitung eine wichtige Systematisierung erzielt werden. Die Abteilung hat sich entschlossen, bei der Zahl der Schulen – Schulstandorte (Bundesministerium) versus Schultypen (ÖSTAT) – der Konzeption des ÖSTAT zu folgen. Durch die rückwirkende Korrektur der Daten ist die Vergleichbarkeit der Daten wieder gewährleistet. Außerdem wurde die Praxis, als Privatschulen geltende Schulen der Stadt Wien dem öffentlichen Bereich zuzurechnen, zugunsten einer strengen Orientierung an jenen Gesetzen, die die Frage des Schulerhalters regeln, aufgegeben.

In einigen Bereichen der Rechtspflegestatistik wurden 1995 terminologische Angleichungen an das ÖSTAT vorgenommen und eine bessere Lesbarkeit des komplexen Datenmaterials erreicht. Auf Grund der Anforderungen an die amtliche Statistik von EU-Seite einerseits und des allgemeinen Interesses an historischen Daten andererseits ergab sich 1995 ein Mehrbedarf an nationalen und internationalen Statistiken, besonders innerhalb des Kulturbereiches im Hinblick auf das Millenniumsjahr. Mit der Aufnahme intensiver Beziehungen zu diversen europäischen Städten konnte der Erfahrungsaustausch über kommunale Untersuchungen und die Nutzung neuer Datenquellen erweitert werden. Die routinemäßige Redaktionsarbeit an den verschiedenen Publikationen berücksichtigte weitgehend internationale Vorgaben.

Für das Projekt Statistisches Informationssystem wurden auch im Vorjahr die Arbeiten und die einzelnen Entwicklungsstufen am WUIS – „Wiener Umweltinformationssystem“ von der Abteilung weiter beobachtet, um den Einsatz neuer Technologien im Bereich der Informationsverarbeitung und die dabei auftretenden Probleme besser kennenzulernen.

Die Umstellung vieler händischer Arbeitsvorgänge auf EDV-mäßige Bearbeitung wurde fortgesetzt. Die Umstellung der Arbeitsvorgänge für den Verbraucherpreisindex auf EDV wurde eingeleitet. Der Aufbau einer EDV-unterstützten Inventarevidenz wurde in Angriff genommen. Die EDV-mäßige Erstellung der Tabellen für das „Statistische Jahrbuch“ und „Statistische Taschenbuch“ mittels Excel konnte abgeschlossen werden. Die Tabellen für die Sonderpublikationen „Die Wiener Arbeitsstätten“ und die „Wiener Bezirksdaten“ wurden nur mehr in Excel erstellt. Alle Tabellen von „Wien in Zahlen“ und einige ausgewählte Tabellen wurden als „Statistik aktuell“ für das Internet konzipiert. Der Internet-Zugriff für den Magistrat ist über den Testserver, der Zugriff aller anderen ist über den externen Server „<http://www.magwien.gv.at/ma66>“ möglich.

Der Bücherbestand in der statistischen Fachbibliothek betrug Ende des Jahres 6.202 Bände, wobei während des Jahres 1995 allein 345 Bücher und Zeitschriften katalogisiert wurden. Nur einen geringen Teil dieser

Neuerwerbungen erhielt die Abteilung durch Kauf, den überwiegenden Teil durch Tausch. Mit 550 Stellen des In- und Auslandes wurde wieder ein Tauschverkehr unterhalten, der zur Aktualisierung der Bestände beitrug.

Die Unterlagen für die Publikationen der Abteilung sowie zur Information öffentlicher Dienststellen, Mandatare und privater Personen wurden im statistischen Archiv gesammelt, geordnet und abgelegt.

Die Schulung von Bediensteten und die Entsendung zu Fortbildungsseminaren insbesondere zu EU-relevanten Themen wurde fortgesetzt. An den Sitzungen der statistischen Beratungsgremien des ÖSTAT, der Verbindungsstelle der Bundesländer und des Österreichischen Städtebundes nahm der Abteilungsleiter oder dessen Vertreter teil. Bedienstete der Abteilung nahmen im Jahr 1995 an folgenden Tagungen teil:

- Arbeitstreffen mit Budapester Statistikern vom 10. bis 12. Mai in Budapest
- Erfahrungsaustausch der deutschsprachigen Bevölkerungsstatistiker vom 16. bis 20. Mai in Rorschach
- 89. Sitzung des Fachausschusses für Statistik des Österreichischen Städtebundes am 30. Mai in Klagenfurt
- 28. Kommunalstatistische Tagung in Klagenfurt vom 31. Mai bis 1. Juni in Klagenfurt
- Statistische Woche 1995 vom 25. bis 29. September in Leipzig

Am 4. Dezember fand die 6. Sitzung des neu konstituierten Statistischen Beirates für Wien statt. Als Tagesordnungspunkte wurden behandelt: erste Ergebnisse der Großstudie „Leben in Wien“, Tätigkeitsbericht über die vergangenen und künftigen Aktivitäten der Abteilung sowie Ausbau der Regional- und Urbanstatistiken.